Die reichsdeutschen Binnenwanderungen

im Gebiete des Freistaates Preußen

im Zeitraum 1910-1925

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften (rer. pol.)
der rechts- u. staatswissenschaftlichen
Fakultät der Universität Breslau

Vorgelegt von **Emil Oft**, Diplomvolkswirt

1932

Schlesische Druckerei Aktien-Gesellschaft
Breslau 2

Gedruckt mit Genehmigung
der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Breslau

Berichterstatter: Professor Dr. Hesse

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsangabe

Seite

Einleitung 7

I. Die Rückwanderung aus den abgetretenen deutschen Gebieten nach dem Freistaat Preußen und seinen Landesteilen in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925 13

II. Wanderung und natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Provinzen Preußens im Zeitraum 1910–1925 18

III. Die Wanderungen in den preußischen Regierungsbezirken und die Stellung der Großstädte in der Wanderungsbewegung des Zeitraumes 1910–1925 24

IV. Die Wanderungen in den Kreisen Preußens im Zeitraum 1910–1925 35

V. Die Binnenwanderungen in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925 auf Grund der Befragung der Bevölkerung nach dem Wohnsitz bei Kriegsausbruch 47

VI. Die Wanderungen in Preußen in den Zeiträumen 1910–1919 und 1919–1925 59

VII. Die Wanderungen in Preußen, getrennt nach Stadt und Land, in der Zeit vom 1. Dezember 1900 bis zum 16. Juni 1925 66

VIII. Wanderungsursachen und Einfluß von Bevölkerungsverschiebungen auf den Altersaufbau der Bevölkerung 74

IX. Ergebnis der Untersuchung 82

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543117_0006

Literaturverzeichnis

Ammon, O.: „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen". 2. Aufl. Jena 1896.

v. Batocki und G. Schack: „Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen". Jena 1929.

Broesike: „Die Binnenwanderungen im preußischen Staate". In: „Zeitschr. des Preuß. Statist. Landesamtes", Jahrg. 42 u. 47.

Bücher, K.: „Die Entstehung der Volkswirtschaft", 10. Aufl. Tübingen 1917.

Burgdörffer, Friedrich: „Entwicklung der deutschen Bevölkerung seit dem Weltkriege". In: „Allg. Statist. Archiv", Jahrg. 13, 1/3, S. 1 ff.

Burgdörffer, Friedrich: „Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925. Erhebungs- und Bearbeitungsplan". In: „Allg. Statist. Archiv", Jahrg. 15, 1, S. 7 ff.

Conrad, J.: „Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie", IV. Teil: Statistik, 1. Abtlg.: Allg. Statistik, Bevölkerungsstatistik, 5. Aufl., bearb. von A. Hesse. Jena 1923.

Golding, Arthur: „Wanderungen in Preußen. Ein Beitrag zur Frage der Landflucht". In: „Heimatdienst", Jahrg. 7.

Golding, Arthur: „Die Wanderungen in Ostpreußen seit der Jahrhundertwende mit besonderer Berücksichtigung der Abwanderung vom Lande". In: „Zeitschr. des Preuß. Statist. Landesamtes", 69. Jahrg., II. u. III. Abtlg.

Hansen: „Die drei Bevölkerungsstufen". München 1889.

Hertz, Friedrich: „Die Wanderungen". In: „Kölner V. J. H. für Soziologie", Jahrg. 8, 1, S. 36 ff. (1929).

Hesse, Albert: „Die Bevölkerung von Ostpreußen". Jena 1916.

Kuczinski, R.: „Der Zug nach der Stadt". Stuttgart 1897.

Losch, H.: „Wanderungsstatistik". In: „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand", Bd. I. München-Berlin 1911 (herausgegeben von Fr. Zahn).

Maaß, Ludolf: „Deutsche Binnenwanderung mit besonderer Berücksichtigung des deutschen Westens". In: „Staat und Volkstum". Berlin 1926.

v. Mayr, Georg: „Statistik und Gesellschaftslehre", II. Bd.: „Bevölkerungsstatistik". Tübingen 1926.

Morgenroth, Wilhelm: Art. „Binnenwanderungen". In: „Hdw. d. Stw.", 4. Aufl., Bd. II, S. 910 ff.

Müller, Joh.: „Grundriß der deutschen Statistik", Teil 3: „Deutsche Bevölkerungsstatistik". Jena 1926.

Radetzki, Werner: „Der gegenwärtige Stand der landwirtschaftlichen Wanderarbeiterfrage in Deutschland". Berlin 1926.

Schaffranek, Paul: „Wanderungen und Gebürtigkeit der oberschlesischen Bevölkerung". Bresl. Diss. 1927. (Maschinenschrift.)

Schumann, M.: „Die inneren Wanderungen in Deutschland". In: „Allg. Statist. Archiv", Bd. I. Tübingen 1890.

Stützke, Fritz: „Innere Wanderungen". Diss., Heidelberg; Berlin 1903.

Wirminghaus, A.: Art. „Binnenwanderungen". In: „Hdw. d. Stw.", 3. Aufl., Bd. 3.

Wirminghaus, A.: „Stadt und Land unter dem Einfluß der Binnenwanderungen". In: „Jb. f. N. u. St.", III. F., 9. Bd., S. 1 ff. u. S. 161 ff. (1895.)

Wolff, H.: „Die inneren Wanderungen mit besonderer Berücksichtigung der Wanderungen mit fester Wohnstätte". In: „Jb. f. N. u. St.", III. F., 39. Bd. (1910.)

Zahn, Friedrich: „Die Entwicklung der räumlichen, beruflichen und sozialen Gliederung des deutschen Volkes seit dem Aufkommen der industriell-kapitalistischen Wirtschaftsweise". In: „Volk und Reich der Deutschen", Bd. I, S. 220 ff. Berlin 1929.

*

Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin, 1924.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 53–56, 58 u. 59.
Statistik des Deutschen Reichs.
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.
Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs.
Wirtschaft und Statistik.
Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen.
Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts.

Einleitung

Der Begriff Binnenwanderung. — Arten der Binnenwanderung. — Statistische Erfassung von Wanderungen. — Das amtliche statistische Material für die Zählperiode 1910 bis 1925. — Die Größe der Binnenwanderung im Vergleich zur Auslandswanderung.

In der Bevölkerungsstatistik fallen die Wanderungen unter den weiteren Begriff der Bevölkerungsbewegung. Man versteht hierunter alle Erscheinungen, die eine Veränderung des Bevölkerungsstandes zur Folge haben. Diese Veränderungen sind bei den Wanderungen sowie bei Geburten und Sterbefällen, den sogenannten natürlichen Faktoren der Bevölkerungsbewegung, quantitativer Art. Im Gegensatz hierzu verändern andere Faktoren (Eheschließung, Scheidung, Berufswechsel usw.) die Bevölkerung nur in qualitativer Hinsicht.

Den Wanderungen ist es, verglichen mit allen anderen Faktoren der Bevölkerungsbewegung, eigentümlich, daß sie im Bevölkerungsstande räumliche Verschiebungsvorgänge hervorrufen. Art und Bedeutung aller Wanderungen sind darum wesentlich durch die geographischen Verhältnisse bedingt. Insbesondere ist die räumliche Abgrenzung des Beobachtungsgebietes bei Untersuchung von Wandervorgängen unerläßlich. Die wichtige Unterscheidung in innere und äußere Wanderungen ergibt sich damit fast von selbst. Während man unter ersteren — meist als Binnenwanderungen bezeichneten — alle Wandervorgänge innerhalb der Grenzen des beobachteten Gebietes versteht, fallen unter letztere alle Wanderungen, die in der Form der Ein- oder Auswanderung über die Grenzen des Gebietes hinausführen. Aus Gründen einfacherer statistischer Bearbeitung hält man sich bei der Abgrenzung des Beobachtungsgebietes gewöhnlich an die politischen Grenzen. Die Begriffe Binnen-, Ein- und Auswanderung sind dann entsprechend zu verstehen.

Es interessieren hier in erster Linie die Binnenwanderungen. Sie lassen sich ihrer Art nach verschieden einteilen. Morgenroth[1]) unterscheidet vier volkswirtschaftlich wichtige Gruppen:

1. Binnenwanderungen mit der Absicht dauernder Umsiedlung, d. h. mit dem Endzweck dauernder Wohnsitzverlegung (sogen. qualifizierte oder eigentliche Binnenwanderungen),

[1]) a. a. O. Seite 910.

2. Binnenwanderungen mit zeitweiliger, meist regelmäßig wiederkehrender Umsiedlung unter periodischer Aufgabe des ständigen Wohnsitzes auf bestimmte Zeit (Saisonwanderungen),
3. Binnenwanderungen mit nur vorübergehendem, auswärtigem Aufenthalt unter Beibehaltung des ständigen Wohnsitzes (Reise- und Fremdenverkehr),
4. Binnenwanderungen mit steter Ortsveränderung ohne dauernde Niederlassung an einem ständigen Wohnsitz (nomadische Wanderungen der Zigeuner, Wanderhandel usw.).

Von Mayr[2]) zählt zu den inneren Wanderungen auch noch alle innerhalb des Niederlassungsortes stattfindenden Ortsveränderungen mit oder ohne Verlegung der Wohnstätte. Er rechnet ferner zu ihnen die Wanderungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte. Befinden sich diese nicht in der gleichen politischen Gemeinde, dann spricht man von Pendelwanderungen. Die zuletzt genannten Wanderungsarten überwiegen zahlenmäßig alle anderen beträchtlich. Man bezeichnet sie zusammenfassend gewöhnlich als Nahwanderungen. Alle diese Nahwanderungen treten jedoch an Bedeutung stark zurück gegenüber den Fernwanderungen, die den Wanderer in Gegenden ganz anderer wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse führen.

Es ist nicht möglich, die verschiedenen hier aufgeführten Arten von inneren Wanderungen scharf gegeneinander abzugrenzen. Ob im einzelnen Falle der Wanderungsvorgang dieser oder jener Art zuzurechnen ist, wird, um eine Schwierigkeit herauszugreifen, häufig davon abhängen, wie die Begriffe „dauernde" bzw. „vorübergehende Umsiedlung" aufgefaßt werden. Bei der Vielzahl der Arten, die unter den Begriff der Binnenwanderung im weitesten Sinne fallen, liegt es nahe, Untersuchungen, die sich auf ein größeres Gebiet erstrecken, auf eine oder wenige Arten von inneren Wanderungen zu beschränken. So beschränkt sich auch die vorliegende Arbeit auf die volkswirtschaftlich wichtigste Gruppe, die qualifizierten Binnenwanderungen. Darüber hinaus scheint es erwünscht, den Kreis der in diesem Rahmen zu untersuchenden Wanderungen noch weiter dadurch einzuengen, daß die Umsiedlungen im nachbarlichen Austauschverkehr zwischen den Gemeinden ausgeschaltet werden. Ob und inwieweit bei dem heutigen Stande der Statistik in Deutschland eine so scharfe Umgrenzung des Aufgabenbereichs zu erreichen ist, werden die Ausführungen über die Möglichkeiten einer statistischen Erfassung von Wanderungsvorgängen ergeben. Bevor ich mich mit dieser Frage befasse, will ich noch darauf hinweisen, daß im vorliegenden Falle alle Wanderungen innerhalb des Deutschen Reiches (Gebiets-

[2]) a. a. O. Seite 569.

stand vom 16. Juni 1925) als Binnenwanderungen gelten sollen. Zum Zwecke der Abgrenzung der inneren gegenüber der äußeren Wanderung habe ich hier das Deutsche Reich als Beobachtungsgebiet gewählt. In den Bereich dieser Untersuchung fallen aber nur diejenigen reichsdeutschen Binnenwanderungen, die den Freistaat Preußen irgendwie berührt haben. Hierzu gehören also einmal alle innerpreußischen Wanderungen und zum andern der Bevölkerungsaustausch zwischen Preußen und dem übrigen Reich. Für diese Abgrenzung spricht neben anderen Gründen — insbesondere statistisch-technischer Art — der Umstand, daß Wanderungen zwischen Preußen und anderen deutschen Ländern einerseits und Wanderungen zwischen Preußen und außerdeutschen Staaten anderseits ganz verschieden zu beurteilen sind. Dagegen besteht, volkswirtschaftlich gesehen, kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Bevölkerungsaustausch innerhalb Preußens und dem mit dem außerpreußischen Reichsgebiet, wenn man Preußen als einen Teil des einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes ansieht.

Die statistische Erfassung der Binnenwanderungen eines Landes auf direktem Wege durch Beobachtung und Registrierung des einzelnen Wanderers stößt auf große Schwierigkeiten. Bei allen Versuchen, die in dieser Richtung bisher in Deutschland unternommen wurden, handelte es sich entweder um besondere Wanderungsarten, oder man beschränkte die Untersuchung auf bestimmte Personenkreise. Untersuchungen aber, die sich auf den gesamten innerstaatlichen Bevölkerungsaustausch in einem größeren Gebiet erstrecken, müssen sich bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Statistik auf zwei indirekte Methoden stützen. Die erste dieser beiden indirekten Verfahrensarten besteht darin, daß man rechnerisch den Wanderungsüber- bzw. -unterschuß feststellt, indem man der durch den Vergleich zweier Volkszählungen ermittelten tatsächlichen Bevölkerungszunahme die natürliche Bevölkerungsvermehrung (Überschuß der Geburten über die Sterbefälle) gegenüberstellt. Die zweite Methode — die sogen. Gebürtigkeitsstatistik — beruht auf der Erfragung des Geburtsortes bei der Volkszählung. Der wechselseitige Bevölkerungsaustausch läßt sich mit ihrer Hilfe gleichfalls zur Darstellung bringen, weil man ja bei Personen, deren Geburtsort mit dem Ort des Wohnsitzes am Zählungstage nicht übereinstimmt, auf eine vorausgegangene Wanderung schließen kann. Beide Verfahrensarten haben erhebliche Mängel. Es erscheint zweckmäßig, sie an Hand des für die Untersuchung der Wandervorgänge im Zeitraum 1910 bis 1925 zur Verfügung stehenden amtlichen statistischen Materials im nächsten Abschnitt zu erörtern.

Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählungen von 1910 und 1925 und unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungs-

entwicklung in dem zwischen den Zählungsterminen liegenden Zeitraum hat das Statistische Reichsamt eine Wanderungsbilanz nach der Differenzmethode (gebräuchlichste Bezeichnung für die erste der eben erwähnten indirekten Methoden) aufgestellt[3]). Sie ist für das gesamte deutsche Reichsgebiet (Gebietsstand 1925) bis zu den kleinsten Verwaltungsbezirken hinunter, den Kreisen, durchgeführt. Nach dem gleichen Verfahren hat auch das preußische Statistische Landesamt eine Bilanz für den Freistaat Preußen aufgestellt[4]). Bei dieser Bilanz ist die kleinste gewählte Gebietseinheit der Regierungsbezirk. Gegenüber der Wanderungsbilanz des Reichsamts hat sie aber den Vorzug, daß die Zwischenzählung vom 8. Oktober 1919 bei ihr berücksichtigt worden ist, daß ferner, um Vergleiche zu ermöglichen, für die Zählungsperioden 1900 bis 1905 und 1905 bis 1910 die Wanderungszahlen unter Zugrundelegung des Gebietsstandes von 1925 neu berechnet wurden. Zu erwähnen ist außerdem, daß bei dieser preußischen Bilanz die Angaben für Stadt und Land getrennt gemacht wurden.

Wie schon die Bezeichnung Bilanz andeutet, stellen die auf diese Weise ermittelten Zahlen Wanderungseffekte dar. Über die Größe der Wanderbewegung im einzelnen (insbesondere über die Zahl der Zu- und Abwanderungen des betreffenden Gebietes) können bei dieser Methode Aussagen nicht gemacht werden. So kann z. B. das gleiche Nettoergebnis bei ganz verschieden starken Wanderströmen erzielt worden sein. Je größer der gewählte Beobachtungszeitraum ist, um so größer ist die Gefahr, daß durch eventuelle Umkehrung der Wanderungsrichtung in der fraglichen Zeit das Endergebnis stark verfälscht erscheint. Eine weitere Schwäche des Verfahrens liegt darin, daß Wanderungen der verschiedensten Art, von der Umsiedlung in die nähere Umgebung angefangen — sofern hierbei nur die Grenze der gewählten Gebietseinheit überschritten wurde — bis zur Überseewanderung, in der errechneten Wanderungszahl ihren Ausdruck finden. Diese unterste Grenze läßt sich freilich beliebig verschieben, indem man größere Gebietseinheiten der Beobachtung unterwirft. Eine Trennung gegenüber den Wanderungen höherer Ordnung, etwa den überstaatlichen, läßt sich aber nicht durchführen.

Für die zweite der erwähnten indirekten Methoden, die Gebürtigkeitsstatistik, wurden in der letzten Volkszählung die Voraussetzungen durch Erhebung des Geburtsortes nicht geschaffen. Bei der Zählung vom 16. Juni 1925 wurde vielmehr die Frage nach der Gebürtigkeit mit Rücksicht auf die durch Kriegs- und Nachkriegszeit geschaffenen besonderen Verhältnisse ersetzt durch die Frage nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Weltkrieges. Diese

[3]) „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I.; Seite 44 ff.
[4]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen" Bd. 26, Seite 22 ff.

Wohnsitzstatistik ist für die Untersuchung von Wanderungsvorgängen ähnlich verwendbar wie die Gebürtigkeitsstatistik. Leider wird bei ihr — im Gegensatz zur Gebürtigkeitsstatistik — nur ein Teil der gesamten Bevölkerung erfaßt. Es kommen hier nur diejenigen Personen in Frage, die schon vor dem 1. August 1914 geboren wurden, das waren in Preußen am Zähltage etwa 82 v. H. der Gesamtbevölkerung. Für diesen Personenkreis ist durch Feststellung eines Wohnsitzwechsels der Nachweis einer vorausgegangenen Wanderung zu erbringen. Anderseits ist es zu begrüßen, daß mit Hilfe der Wohnsitzstatistik die Wanderungsvorgänge eines begrenzten, dazu noch verhältnismäßig kurzen Zeitabschnittes registriert werden. Bei der Gebürtigkeitsstatistik dagegen kann die festgestellte Wanderung unter Umständen sehr weit zurückliegen, wenn es sich um eine ältere Person handelt. Einen Mangel hat die Wohnsitzstatistik mit der Gebürtigkeitsstatistik gemeinsam, das ist die Tatsache, daß bei Personen, die mehrmals ihren Wohnsitz gewechselt, immer nur eine Wanderung registriert wird, obwohl gegebenenfalls mehrere einzelne Wanderungsvorgänge vorliegen.

Der Wert von Wohnsitz- und Gebürtigkeitsstatistik, die ja im Prinzip gleich sind, hängt wesentlich davon ab, wie die Auszählung erfolgt. Wird sie in möglichst detaillierter Form vorgenommen, dann können beide Statistiken eingehend Aufschluß verschaffen über die Größe und Richtung der Wanderungszüge und über die wechselseitige Beeinflussung der einzelnen Gebiete überhaupt. Bei der Volkszählung 1925 stand die Frage im Vordergrund, welche Wirkung die Gebietsabtretungen und die dadurch verursachte Rückwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung im Reich und seinen Teilen ausgeübt hat. Das Interesse für die innerstaatlichen Wanderungsvorgänge ist dadurch zurückgedrängt worden. Bei der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Wohnsitzstatistik wurde, soweit der innerdeutsche Bevölkerungsaustausch in Frage steht, die Auszählung in folgender Weise durchgeführt. Für die einzelnen Gebietsteile — kleinste Gebietseinheit: Regierungsbezirk — ermittelte man die Zahl der Personen, die bei Kriegsausbruch ihren Wohnsitz 1. im Zählkreis, 2. in einem anderen Kreise der gleichen Provinz, 3. in einer anderen Provinz und 4. in einem anderen Lande des Reiches hatten[5]). Auf diese Weise erhält man ein Bild von der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altansässigen und Zugewanderten, die letzteren nach drei Zonen ausgezählt. Vom Standpunkt der Untersuchung der Wandervorgänge im Zeitraum 1910—1925 ist es zu bedauern, daß durch Wahl des 1. August 1914 als Stichtag bei der Wohnsitz-

[5]) Nach diesem Schema wurde in Preußen ausgezählt, bei den übrigen deutschen Ländern trat an Stelle des Zählkreises die Zählgemeinde.

statistik ein Beobachtungszeitraum geschaffen wurde, der um fast vier Jahre kürzer ist als der durch die Volkszählungstermine festgelegte bei der Differenzmethode.

Es ist wichtig, daß die Wohnsitzstatistik Gelegenheit gibt, das Größenverhältnis der inneren zur überstaatlichen Wanderung für die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925 zu bestimmen. (Allerdings handelt es sich hierbei nur um Zuwanderung.) Weil dieses Verhältnis für die richtige Beurteilung der Wanderungsergebnisse, wie sie die Differenzmethode liefert, von Bedeutung ist, lasse ich hier die entsprechenden Zahlen für den Freistaat Preußen folgen.

Von der gesamten Wohnbevölkerung Preußens am 16. Juni 1925 waren 31 424 480 Personen vor dem 1. August 1914 geboren. Bei 472 409 von ihnen (1,5 v. H.) konnte der Wohnsitz bei Kriegsausbruch nicht ermittelt werden. Für die Untersuchung der Wohnsitzveränderungen kommen also nur 30 952 071 Personen in Frage. Davon hatten 25 564 015 schon zu Beginn des Krieges ihren Wohnsitz im Zählkreis, man bezeichnet sie als seßhafte Bevölkerung. Außerhalb des Zählkreises aber wohnten 5 388 056 Personen, das sind 17,4 v. H. des untersuchten Personenkreises.

Am 1. August 1914 hatten von diesen Personen (Wanderern) ihren Wohnsitz

in anderen Kreisen der Zählprovinz	1 996 671	d. s.	37,1	v. H.
„ „ Provinzen Preußens . .	1 718 109	„	31,9	„
„ „ Ländern des Reiches .	624 547	„	11,6	„
im Saargebiet	26 558	„	0,5	„
in abgetretenen deutschen Gebieten	666 428	„	12,5	„
im übrigen Europa	330 992	„	6,1	„
in außereuropäischen Gebieten . .	24 751	„	0,4	„

} der gewand. Pers.

Es zeigt sich also, daß in Preußen die Zuwanderung aus preußischen und außerpreußischen deutschen Landesteilen (einschließlich des Saargebietes) etwa 81,0 v. H. der Gesamtzuwanderung ausmachte, das heißt mehr als 4 mal so groß war als der Zuzug aus allen Gebieten, die außerhalb des Deutschen Reiches (Gebietsstand 1925) lagen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Einwanderung in das preußische Staatsgebiet über die Reichsgrenzen hinweg — eine Folge des unglücklichen Kriegsausganges — in diesem Zeitabschnitt ungewöhnlich groß gewesen ist. Fast zwei Drittel dieser Einwanderung entfiel auf die Rückwanderung aus den abgetretenen Gebietsteilen. Sie hat die Bilanzen der einzelnen Landesteile ganz unterschiedlich beeinflußt. Es erscheint deshalb zweckmäßig, den eigentlichen Ausführungen über die Binnenwanderung im I. Kapitel eine eingehendere Darstellung der Rückwanderung vorauszuschicken.

I.

Die Rückwanderung aus den abgetretenen deutschen Gebieten nach dem Freistaat Preußen und seinen Landesteilen in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925.

Kriegs- und Nachkriegszeit haben der Bevölkerungsentwicklung der Zählperiode 1910—1925 ihren Stempel aufgedrückt. Die Ereignisse jener Zeit seien darum einmal kurz zusammengefaßt. Die Auswanderung hörte mit Kriegsbeginn fast ganz auf. Dagegen strömten deutsche Staatsangehörige aus dem Ausland und Flüchtlinge aus den Operationsgebieten nach dem Inneren des Landes. Zu diesen Kriegswanderern gesellte sich in der Nachkriegszeit noch eine große Schar von Deutschen, die aus den abgetretenen Gebieten geflüchtet waren. Diese Zuwanderungstendenz hielt etwa bis zum Jahre 1923 an, eine Tatsache, die durch den Versuch des Preußischen Statistischen Landesamts, die Wanderbewegung in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis zum 31. August 1923 mit Hilfe der ausgegebenen Lebensmittelabmeldescheine zu erfassen, erhärtet wird[6]). Auf der anderen Seite brachte die Nachkriegszeit erhebliche Abwanderungen, die von Golding[7]) auf etwa 700 000 Personen geschätzt werden. Der ganze Zählabschnitt 1910—1925 schloß für den Freistaat Preußen mit einem Wanderungsgewinn von rund 450 000 Menschen ab, dagegen hielten sich in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis 16. Juni 1925 Gewinn und Verlust die Waage.

Die Ausführungen am Schluß der Einleitung haben gezeigt, daß, abgesehen von dem innerstaatlichen Bevölkerungsaustausch, die Zuwanderung aus den deutschen Abtretungsgebieten bei weitem am stärksten war. Ihr Einfluß auf die mit Hilfe der Differenzmethode errechneten Wanderungszahlen ist darum recht beachtlich, er ist aber bei den einzelnen preußischen Landesteilen ganz verschieden groß. Zu beachten ist ferner, daß Gebiete mit un-

---

[6]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", 20. Bd. 1924, Seite 10—12.

[7]) „Zeitschrift des Preuß. Stat. Landesamts", 69. Jahrg., II. und III. Abtg., Seite 207.

gewöhnlich starker Zuwanderung in der Nachkriegszeit keineswegs immer mit solchen späterer großer Abwanderung zusammenfallen.

Wenn ich den Ausführungen über die Binnenwanderungen in Preußen diesen statistischen Überblick über die Rückwanderung voranstelle, so veranlaßt mich hierzu neben den bereits angeführten noch ein weiterer Grund. Die Rückwanderung nimmt gegenüber der inneren und äußeren Wanderung eine Zwischenstellung ein. Die mit Hilfe der Wohnsitzstatistik feststellbaren Umsiedlungen aus dem abgetretenen Gebiet nach dem heutigen Reichsgebiet sind bei Zugrundelegung des Gebietsstandes vom 16. Juni 1925 als Einwanderungen anzusehen. Und doch handelt es sich, wenn diese Umsiedlung in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum Tage der Abtretung stattfand, in Wirklichkeit um einen reinen Binnenwanderungsvorgang. In dieser Zeit werden freilich die Wohnsitzverlegungen viel weniger zahlreich gewesen sein als in der Zeit nach erfolgter Abtretung, weil 1. durch den Krieg die Freizügigkeit stark eingeengt wurde und 2. gerade die Tatsache der Abtretung meist erst der Grund zur Auswanderung aus den einst deutschen Gebieten gewesen ist.

Übersicht I (s. S. 15) gibt nun einen Überblick über die seit Kriegsausbruch bis zum Zähltage 1925 aus dem Abtretungsgebiet nach dem heutigen Staatsgebiet zurückgewanderten Personen in den einzelnen preußischen Regierungsbezirken. Hierbei ist immer zu beachten, daß bei dieser Statistik nur Personen erfaßt wurden, die vor dem 1. August 1914 geboren waren und den Zählungstag 1925 erlebt haben. Die absoluten Zahlen zeigen, daß sich ein großer Teil der Flüchtlinge nach Berlin gewandt hat, wo 1925 noch 105 000 gezählt wurden. In größerem Abstande von Berlin folgen mit annähernd gleichgroßen Bestandszahlen die Regierungsbezirke Oppeln, Frankfurt, Breslau, Düsseldorf und Arnsberg.

Noch aufschlußreicher sind die Relativzahlen, die den Anteil der aus ehemals deutschen Gebieten in den einzelnen Regierungsbezirken eingewanderten Personen an der vor dem 1. August 1914 geborenen Wohnbevölkerung wiedergeben. Ganz an der Spitze steht bezüglich der Höhe dieses Anteiles der Regierungsbezirk Schneidemühl mit 10,12 v. H. Hoch sind die Anteile an Flüchtlingen noch bei den Bezirken Oppeln (5,19), Köslin (4,65), Frankfurt (4,12), Stettin (3,40) und Liegnitz (3,01). Auch alle übrigen Regierungsbezirke im Osten Preußens liegen mit ihren Anteilen über dem preußischen Durchschnitt von 2,12 v. H. Allein der Regierungsbezirk Königsberg macht hiervon eine Ausnahme, unterschreitet aber mit 2,08 v. H. den Durchschnitt nur unwesentlich.

Daß gerade der überwiegend agrarische Osten Preußens in hohem Maße Aufnahmegebiet für den aus dem Abtretungsgebiet

ÜBERSICHT I

Die Rückwanderung aus den abgetretenen deutschen Gebietsteilen in den preußischen Regierungsbezirken und im Staat[8]).

Von der vor dem 1. August 1914 geborenen Wohnbevölkerung, die am 16. Juni 1925 ermittelt wurde, wohnten vor Ausbruch des Weltkrieges im abgetretenen Gebiet a) absolut, b) in v. H. der vor Kriegsausbruch geborenen Wohnbevölkerung

Gebiete	a) (1000)	b)	Gebiete	a) (1000)	b)
Königsberg	15,2	2,08	Hannover	7,9	1,13
Gumbinnen	9,8	2,28	Hildesheim	4,7	0,96
Allenstein	12,1	2,88	Lüneburg	6,0	1,21
Westpreußen	18,4	8,71	Stade	2,6	0,71
Stadt Berlin	105,0	2,92	Osnabrück	1,8	0,53
Potsdam	32,7	2,96	Aurich	1,2	0,51
Frankfurt	44,5	4,12	Münster	17,0	1,73
Stettin	26,8	3,40	Minden	3,7	0,57
Köslin	25,3	4,65	Arnsberg	37,4	1,70
Stralsund	5,2	2,58	Kassel	7,0	0,78
Schneidemühl	27,1	10,12	Wiesbaden	9,5	0,87
Breslau	43,1	2,78	Koblenz	3,9	0,61
Liegnitz	30,8	3,04	Düsseldorf	40,6	1,28
Oppeln	55,9	5,19	Köln	7,2	0,60
Magdeburg	17,5	1,62	Trier	5,3	1,42
Merseburg	13,0	1,13	Aachen	5,1	0,90
Erfurt	4,5	0,96	Hohenzollern	0,2	0,30
Schleswig	18,6	1,47	Preußen	666,4	2,12

nach dem verkleinerten Staatsgebiet sich ergießenden Flüchtlingsstrom wurde, soll die folgende zusammenfassende Tabelle noch einmal verdeutlichen[9]).

[8]) Die absoluten Zahlen sind der „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I entnommen, die Verhältniszahlen sind aus Angaben des gleichen Bandes errechnet.

[9]) Berechnet auf Grund der Angaben in „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I.

Von den 1925 ermittelten Personen (geboren vor dem 1. August 1914) wohnten vor Kriegsausbruch im abgetretenen Gebiet

Gebietsteile	absolut (1000)	in v. H. der Wohnbev., die vor dem 1. 8. 1914 geb. war	in v. H. aller preußischen Rückwanderer
Osten[10])	346,8	3,68	52,0
Berlin	105,0	2,92	15,8
Westen[11])	214,6	1,17	32,2
Preußen	666,4	2,12	100,0

Es befanden sich demnach von allen 1925 in Preußen gezählten Rückwanderern mehr als die Hälfte in den sechs östlichen Provinzen, fast 16 v. H. in Berlin und die restlichen 32,2 v. H. in den sechs westlichen Provinzen. Der Anteil dieser Flüchtlinge an der Gesamtwohnbevölkerung war im Osten mehr als 3 mal so groß wie im Westen. Berlin steht bezüglich der Höhe dieses Anteils in der Mitte. Die Bevorzugung des Ostens hat ihren Grund in der Größe der östlichen Abtretungsgebiete. Da die Umsiedlung aus den ehemals deutschen Landesteilen nach dem heutigen Reichsgebiet meist unter dem Druck der politischen Geschehnisse erfolgte, ließ sich ein großer Teil der Wanderer in Ermangelung eines bestimmten Reisezieles in nahe der Grenze gelegenen Orten nieder. Es handelt sich bei dieser durch den Krieg bedingten Erscheinung im Gegensatz zu den sonst meist wirtschaftlichen Erwägungen entspringenden Umsiedlungen um eine ausgesprochene Zwangswanderung. Hier bei Behandlung der inneren Wanderungen interessiert in erster Linie die Frage, in welchem Maße die Wanderungszahlen für den Zeitraum 1910—1925 durch diese ungewöhnliche Massenzuwanderung beeinflußt wurden, insbesondere in welcher Weise sie bei den Wanderungsergebnissen der ausgesprochenen Abwanderungsgebiete des östlichen Preußen in Erscheinung tritt. Später wird in anderem Zusammenhange noch Gelegenheit sein, diese Dinge statistisch weiter zu erhellen.

Während für die Einwanderung im untersuchten Zeitraum die Wohnsitzstatistik gewisse Anhaltspunkte gibt, lassen sich über die Auswanderung annähernd genaue Angaben nicht machen. Die Auswandererstatistik beschränkt sich in Deutschland auf die

[10]) Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Nieder- und Oberschlesien.

[11]) Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Hohenzollern.

Überseeauswanderer. Von der Größe der Auswanderung nach Übersee im Zeitraum 1910—1925 und ihrer Verteilung auf die preußischen Provinzen gibt folgende Zusammenstellung ein Bild:

Herkunft der preußischen überseeischen Auswanderer 1910–1925 [12])

	(1000)		(1000)
Ostpreußen und Grenzmark Posen–Westpreußen [13])	17,2	Schleswig-Holstein [13])	14,7
Berlin und Brandenburg	32,3	Hannover	25,6
Pommern	6,8	Westfalen	18,8
Nieder- u. Oberschlesien [13])	7,5	Hessen-Nassau	8,7
Sachsen	11,7	Rheinprovinz [13])	24,6
Hohenzollern	0,3	Preußen	168,2

Die Auswanderung über die trockene Grenze war in dieser Zeit weit größer, sie wird von Golding[14]) allein für die Nachkriegszeit auf 350 000 Personen geschätzt. Außerdem schätzt er die Zahl der abgewanderten Ausländer auf 150 000 bis 200 000.

[12]) „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 402, II, Seite 538.

[13]) Für die Vorkriegszeit beziehen sich die Zahlen auf den alten Gebietsstand.

[14]) „Zeitschrift des Preuß. Stat. Landesamts", 69. Jahrg., II. und III. Abtg., Seite 207.

II.

Wanderung und natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Provinzen Preußens im Zeitraum 1910—1925.

Ebenso wie bei der überstaatlichen Wanderung traten im Zählabschnitt 1910—1925 der Krieg und seine Folgeerscheinungen auch bei der inneren Wanderung stark in Erscheinung. Es soll nur auf einige Momente hingewiesen werden, die speziell auf den innerstaatlichen Bevölkerungsaustausch teils hemmend, teils fördernd gewirkt haben. Die Einziehung der Wehrfähigen zum Heeresdienst, durch die in der Hauptsache die wanderungslustigen mittleren Altersklassen betroffen wurden, beeinträchtigte die Binnenwanderung während des Krieges erheblich. In der gleichen Richtung wirkte die Wohnungsnot der Nachkriegszeit. Auch dürften die im Vergleich zur Stadt recht günstigen Ernährungsverhältnisse auf dem Lande in der Zeit der Inflation der Landflucht einen Riegel vorgeschoben haben. Auf der anderen Seite hatten Gebiete mit Rüstungsindustrie im Kriege zeitweise Zuwanderung aufzuweisen. Hinzu kommt noch, daß durch den Kriegstod von 2 000 000 Männern und durch den Geburtenausfall und -rückgang in den Jahren seit 1914 der Altersaufbau der Bevölkerung sich so stark verändert hat, daß allein von dieser Seite eine Rückwirkung auf die Wanderung eintreten mußte. Diese verschiedenartigen Einflüsse haben bewirkt, daß in dem langen Beobachtungszeitraum 1910—1925 die inneren Wanderungen häufig Stärke und Richtung geändert haben.

Bei der Untersuchung der Wanderungsvorgänge in Preußen in der Zeit vom 1. Dezember 1910 bis zum 16. Juni 1925 soll deshalb in der Weise vorgegangen werden, daß zunächst die Wanderungsbilanz des Gesamtzeitraumes der Betrachtung zugrunde gelegt und erst später durch Berücksichtigung der Zwischenzählung vom 8. Oktober 1919 die gewonnene Erkenntnis weiter ausgebaut wird. Ebenso soll bezüglich der räumlichen Abgrenzung von den Provinzen ausgehend zu den kleineren Verwaltungsbezirken fortschreitend das Bild allmählich vertieft werden.

Die Bevölkerungsentwicklung in den preußischen Provinzen im Zeitraum 1910—1925 unter dem Einfluß der Wanderungen und des Geburtenüberschusses in dieser Zeit veranschaulicht Übersicht II. Diese erste grobe Übersicht zeigt, daß die Provinz Ost-

UBERSICHT II

Der Einfluß von Wanderung und Geburtenüberschuß auf die Bevölkerungsentwicklung in Preußen und seinen Provinzen im Zeitraum 1910—1925[15]).

Gebiet	Zu- oder Abnahme (−) der Bevölkerung vom 1. Dezember 1910 bis 16. Juni 1925					
	a) überhaupt, b) durch Geburtenüberschuß, c) durch Wanderung					
	absolut (Tausend)			in v. H. der ortsanwesenden Bevölkerung v. 1. Dez. 1910		
	a)	b)	c)	a)	b)	c)
Ostpreußen	109,0	220,6	−111,6	5,08	10,27	− 5,20
Stadt Berlin	289,9	− 82,4	372,3	7,76	− 2,21	9,97
Brandenburg	162,8	37,0	125,8	6,70	1,52	5,18
Pommern	159,8	122,9	36,9	9,30	7,15	2,15
Grenzmark Posen-Westpreußen	22,4	31,6	− 9,2	7,21	10,18	− 2,97
Niederschlesien	140,7	139,5	1,2	4,70	4,66	0,04
Oberschlesien	112,3	150,3	− 38,1	8,86	11,86	− 3,01
Sachsen	188,2	202,6	− 14,4	6,09	6,56	− 0,46
Schlesw.-Holstein	64,7	104,4	− 39,7	4,45	7,17	− 2,73
Hannover	238,8	237,7	1,0	8,09	8,05	0,03
Westfalen	700,2	686,2	14,0	16,96	16,62	0,34
Hessen-Nassau	175,8	151,2	24,7	7,92	6,81	1,11
Rheinland[16])	753,9	664,6	89,3	11,62	10,25	1,38
Hohenzollern	0,8	2,1	− 1,3	1,17	2,94	− 1,77
Preußen[16])	3119,3	2668,2	451,1	8,91	7,62	1,29

preußen als Abwanderungsgebiet an erster Stelle steht. Die Mehrabwanderung war hier sowohl absolut wie relativ — das heißt bezogen auf die Ausgangsbevölkerung 1910 — am größten. 111 000 Personen, das sind etwa 50 v. H. seines Geburtenüberschusses in dieser Zeit, hat Ostpreußen durch Abwanderung verloren. Die Verhältniszahlen setzen uns in den Stand, Vergleiche zwischen den einzelnen Landesteilen anzustellen. Sie zeigen, daß neben Ostpreußen die südöstlichste preußische Provinz, Oberschlesien, die neugeschaffene Provinz Grenzmark und die um Nordschleswig verkleinerte Provinz Schleswig-Holstein gleichfalls starke Abwanderung aufzuweisen hatten. Während es sich bei den erstgenannten Gebieten um Provinzen handelt, die sich auch

[15]) „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I.
[16]) Ohne Saargebiet.

in früheren Zählperioden durch Mehrabwanderung auszeichneten, hatte Schleswig-Holstein in der Vorkriegszeit kleine Wanderungsgewinne. Dieser Tendenzumschwung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaft Kiels, die fast ausschließlich auf die Deckung des Bedarfs der Kriegsmarine abgestellt war, durch den unglücklichen Ausgang des Krieges stillgelegt wurde. Außerdem macht sich hier der Rückgang des Militärbestandes (um 28 500 gegenüber 1910) besonders bemerkbar, weil nur der kleinere Teil der Militärpersonen sich aus der Provinz selbst rekrutierte[17]). Einen Wanderungsverlust hatten ferner das ganz agrarische Hohenzollerische Ländchen und einen ziemlich unbedeutenden die Provinz Sachsen.

Alle übrigen preußischen Landesteile hatten Zuwanderung. Der Wanderungsgewinn der Stadt Berlin betrug 372 000 Personen, das bedeutet eine Vermehrung ihrer Anfangsbevölkerung (1910) durch Wanderung um fast 10 v. H. Den nächst höheren Wanderungsgewinn hatte die um Berlin herumliegende Provinz Brandenburg (125 000), so daß in der Zeit von 1910—1925 etwa ½ Million Menschen in diesen Raum hineingeströmt sind. Die übrigen Landesteile mit Zuwanderung fallen gegenüber diesen Höchstziffern mehr oder minder stark ab. Zu erwähnen sind nur das Rheinland mit einem Wanderungsgewinn von 90 000 Personen (1,38 v. H. der Ausgangsbevölkerung) und die Provinz Pommern, die in der Vorkriegszeit ein ausgesprochenes Abwanderungsland war, deren Bevölkerung aber im Zeitraum 1910—1925 um 2,15 v. H. gegenüber dem Stande von 1910 durch Wanderung zugenommen hat.

Für die Entwicklung einer Bevölkerung ist in erster Linie von Bedeutung ihr natürliches Wachstum, das ist die durch Geburten- bzw. Sterbefallüberschuß bedingte Bevölkerungszu- oder -abnahme. In der Übersicht II sind neben den Wanderungszahlen die tatsächliche Zunahme der Bevölkerung sowie der Geburten- oder Sterbefallüberschuß im Beobachtungszeitraum für den Freistaat Preußen und seine großen Verwaltungsbezirke angegeben. Die wechselseitige Wirkung dieser Faktoren auf das Wachstum der Bevölkerung tritt hierbei deutlich in Erscheinung.

In Preußen hat die Bevölkerung von 1910 bis 1925 um 8,91 v. H. gegenüber der Ausgangsbevölkerung zugenommen. Nur in drei Provinzen wurde diese durchschnittliche Bevölkerungszunahme überschritten, in Westfalen (16,96 v. H.), im Rheinland (11,62 v. H.) und in Pommern (9,30 v. H.). In den genannten drei Landesteilen ist das starke Bevölkerungswachstum weniger auf den Zustrom von Menschen aus anderen Landesteilen als auf die

[17]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrg., 1927, Seite 311.

starke natürliche Vermehrung der Bevölkerung zurückzuführen. Besonders ausgeprägt ist diese Erscheinung bei der Provinz Westfalen, deren Bevölkerung in der fraglichen Zeit um 16,62 v. H. durch Geburtenüberschuß, durch Wanderung aber nur um 0,34 v. H. gewachsen ist.

Unter den Landesteilen, deren Bevölkerungen eine wesentlich geringere Zunahme aufweisen als der Staat, sind zu nennen Hohenzollern, Schleswig-Holstein, Niederschlesien und Ostpreußen. In Niederschlesien und im Hohenzollerischen Ländchen ist der Hauptgrund hierfür das zu schwache natürliche Wachstum. Die Provinz Schleswig-Holstein erreicht bezüglich des Geburtenüberschusses annähernd den preußischen Durchschnitt. Daß ihre Wachstumsquote trotzdem beträchtlich hinter der preußischen zurückbleibt, ist also hauptsächlich eine Folge der Abwanderung. Der unheilvolle Einfluß starker Abwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung zeigt sich in seiner ganzen Schwere bei Ostpreußen. Obgleich die Provinz einen weit höheren Geburtenüberschuß aufweist als der Staat im Durchschnitt — unter den Landesteilen steht sie in dieser Hinsicht an dritter Stelle —, bleibt sie wegen des Verlustes der Hälfte dieses Überschusses durch Abwanderung weit hinter der durchschnittlich preußischen Bevölkerungszunahme zurück. Dabei ist zu beachten, daß im Beobachtungszeitabschnitt eine Reihe von Momenten stark abwanderungshemmend gewirkt hat, daß insbesondere durch die Zuwanderung aus den Abtretungsgebieten das Ergebnis sehr verfälscht ist.

Ein ganz anderes Bild zeigt das preußische Hauptzuwanderungsgebiet, die Provinz Brandenburg mit der Landeshauptstadt. Berlin hat in der Zeit von 1910 bis 1925 einen Sterbefallüberschuß von 2,21 v. H. und Brandenburg einen Geburtenüberschuß von nur 1,52 v. H. der jeweiligen Ausgangsbevölkerungen. Trotzdem haben ihre Bevölkerungen infolge der beträchtlichen Wanderungsgewinne stärker zugenommen als etwa die ostpreußische, konnten aber den preußischen Durchschnitt nicht mehr ganz erreichen.

Die Ausführungen des I. Kapitels haben gezeigt, welche Bedeutung dem Zustrom großer Menschenmassen aus den Abtretungsgebieten auf die Gestaltung der Wanderungsbilanz für den Zeitraum 1910—1925 zukommt. Im Anschluß an die Darstellung der Wanderungsergebnisse für die preußischen Provinzen soll nun hier der Versuch gemacht werden, rechnerisch festzustellen, in welcher Weise etwa die Wanderungszahlen durch diese politischen Ursachen entsprungenen Vorgänge eine Veränderung erfahren haben.

Ich schließe mich dabei dem Vorgehen von Volz und Schwalm[18]) an, die die Wanderungszahlen für die östlichen Ge-

[18]) „Die deutsche Ostgrenze", Leipzig 1929.

bietsteile Preußens einer Korrektur unterworfen haben. Sie gingen dabei so vor, daß sie die auf Grund der Wohnsitzbefragung ermittelten Rückwanderer mit einem Zuschlag von 20 v. H. für Kinder, die nach Kriegsausbruch geboren wurden, bei den mit der Differenzmethode erzielten Wanderungszahlen berücksichtigten. Bei den Landesteilen mit Mehrabwanderung erhöhen sich dadurch die Wanderungszahlen um die Zahl der Rückwanderer zuzüglich des mit 20 v. H. angenommenen Anteiles an Kindern unter 11 Jahren, bei den Gebieten mit Wanderungsgewinn tritt eine entsprechende Verminderung ein.

ÜBERSICHT III

Die Wanderung in den preußischen Landesteilen 1910—1925 unter Berücksichtigung der Einwanderung aus den abgetretenen Gebieten seit dem 1. August 1914[19]).

a) Wanderungsgewinn oder -verlust (–) 1910–1925.
b) Zahl der aus den abgetretenen Gebieten seit Kriegsausbruch zugewanderten Personen (Wohnsitzstatistik) mit einem Zuschlag von 20 v. H. für Kinder, die nach dem 1. August 1914 geboren wurden.
c) Tatsächlicher Wanderungsgewinn oder -verlust (–), wenn die Einwanderung aus den Abtretungsgebieten nicht stattgefunden hätte.

Gebiete	a) (1000)	b) (1000)	c) (1000)
Prov. Ostpreußen	–111,6	66,5	–178,1
Stadt Berlin	372,3	126,0	246,3
Prov. Brandenburg	125,8	92,6	33,2
„ Pommern	36,9	68,7	– 31,8
„ Grenzmark	– 9,2	32,5	– 41,7
„ Niederschlesien	1,2	88,6	– 87,4
„ Oberschlesien	– 38,1	67,1	–105,2
„ Sachsen	– 14,4	41,9	– 56,3
„ Schleswig-Holstein	– 39,7	22,3	– 62,0
„ Hannover	1,0	29,1	– 28,1
„ Westfalen	14,0	69,8	– 55,8
„ Hessen-Nassau	24,7	19,8	4,9
„ Rheinland	89,3	74,4	14,9
Hohenzollern	– 1,3	0,2	– 1,5

[19]) Die Zahlen der Spalte a) sind der „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I entnommen, die Zahlen der Spalten b) und c) errechnet man aus Angaben des gleichen Bandes.

In Übersicht III sind auf die gleiche Weise die absoluten Wanderungszahlen für die preußischen Provinzen einer Abänderung unterzogen worden. Das Ergebnis ist, soweit Abwanderungsgebiete in Frage stehen, eine Erhöhung der Wanderungsziffern, soweit es sich um Zuzugsgebiete handelt, eine Verminderung des Wanderungsgewinnes. Das erstere ist der Fall bei den Ostprovinzen, Ostpreußen, Grenzmark, Oberschlesien, und bei Sachsen und Schleswig-Holstein, der zweite Fall tritt ein bei Berlin und den Provinzen Brandenburg, Rheinland und Hessen-Nassau. Die meist unbedeutenden Gewinne in den übrigen vier Provinzen (Pommern, Niederschlesien, Hannover und Westfalen) schlagen bei Ausschaltung der Rückwanderung in zum Teil große Wanderungsverluste um. Wenn auch diese Zahlen keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben können, so lassen sie doch bei den einzelnen Landesteilen der Zu- bzw. Abwanderungscharakter deutlicher in Erscheinung treten.

III.

Die Wanderungen in den preußischen Regierungsbezirken und die Stellung der Großstädte in der Wanderungsbewegung des Zeitraumes 1910–1925.

Bei den mit Hilfe der Differenzmethode ermittelten Wanderungszahlen handelt es sich um Angaben über den im jeweiligen Beobachtungsgebiet zwischen zwei Volkszählungen erzielten Wanderungseffekt, das ist der Überschuß der Zuwanderung über die Abwanderung oder umgekehrt. Innerhalb des Beobachtungsgebietes tritt häufig ein Ausgleich der Wanderungseffekte in den einzelnen Teilgebieten ein. Je größer aber das gewählte Beobachtungsgebiet ist, um so größer ist auch gegebenenfalls dieser Ausgleich und damit die Gefahr einer Verschleierung der wirklichen Verhältnisse. Zur Erweiterung des Bildes, das die Betrachtung der Wanderungsbilanz für die Provinzen uns bot, sind in der Übersicht IV die Wanderungsergebnisse der preußischen Regierungsbezirke zusammengestellt. Außerdem ist in dieser Tabelle der Versuch gemacht, den 15jährigen Zeitraum vor 1910 zum Vergleich mit der Zählperiode 1910—1925 heranzuziehen. Zu diesem Zweck sind die Wanderungszahlen der drei Zählperioden zwischen den Jahren 1895 und 1910 zusammengefaßt worden. Die Zahlen beziehen sich auf den jeweiligen Gebietsstand 1910 bzw. 1925. Deshalb sind bei einigen Regierungsbezirken wegen der inzwischen eingetretenen größeren Gebietsverluste die absoluten Zahlen nicht ohne weiteres vergleichbar, was in der Übersicht durch Einklammerung der betreffenden Angaben kenntlich gemacht ist.

Bevor ich diesen Vergleich im einzelnen durchführe, wende ich mich noch einmal dem Zählabschnitt 1910—1925 für sich zu. Wir wollen sehen, inwieweit die Wanderungszahlen der Regierungsbezirke uns veranlassen können, die bisher gewonnene Erkenntnis zu korrigieren. Die vier ostpreußischen Bezirke sind sämtlich Abwanderungsgebiete, und zwar sind — wie die Verhältniszahlen zeigen — die Verluste des Regierungsbezirks Allenstein am größten, die des Bezirkes Königsberg am geringsten. In letzterem hat ganz offenbar der Wanderungsgewinn der Stadt Königsberg (23 000) stark ausgleichend gewirkt. Ähnlich liegen

ÜBERSICHT IV

Wanderungsgewinn oder -verlust in den Regierungsbezirken Preußens in den Zeiträumen 1895—1910 und 1910—1925[20]).

Gebiete (Regierungs-Bezirk)	Wanderungsgewinn oder -verlust (−)			
	absolut (Tausend)		in v. H. der jeweiligen Anfangsbevölkerung	
	1895−1910	1910−1925	1895−1910	1910−1925
	1	2	3	4
Königsberg		− 15,6		− 1,83
Gumbinnen	− 331,2[21])	− 32,9	− 16,50[21])	− 6,24
Allenstein		− 49,9		− 9,62
Westpreußen	−	− 13,2	−	− 5,28
Danzig	− 51,4	−	− 8,32	−
Marienwerder	− 175,2	−	− 20,00	−
Stadt Berlin mit Regb. Potsdam	989,4	468,2	29,72	9,49
Frankfurt	− 127,1	29,9	− 10,86	2,43
Stettin	− 66,8	37,6	− 8,49	4,31
Köslin	− 100,1	− 5,8	− 17,42	− 0,93
Stralsund	− 25,7	5,1	− 12,01	2,28
Posen	− 201,0	−	− 17,14	−
Bromberg	− 107,1	−	− 16,33	−
Schneidemühl	−	− 9,2	−	− 2,97
Breslau	− 74,7	(− 8,5)	− 4,56	− 0,47
Liegnitz	− 48,1	9,7	− 4,51	0,83
Oppeln	− 81,4	(− 38,1)	− 4,76	− 3,01
Magdeburg	− 85,6	− 3,7	− 7,62	− 0,29
Merseburg	− 93,1	− 7,5	− 8,24	− 0,57
Erfurt	− 21,4	− 3,2	− 4,78	− 0,60
Schleswig	11,0	(− 39,7)	0,86	− 2,73
Hannover	27,5	32,8	4,69	4,33
Hildesheim	− 34,6	− 6,4	− 6,96	− 1,14
Lüneburg	7,2	13,2	1,61	2,41
Stade	− 20,4	− 18,2	− 5,77	− 4,25
Osnabrück	− 20,8	− 1,3	− 6,66	− 0,34
Aurich	− 14,2	− 19,0	− 6,24	− 6,94
Münster	150,9	65,6	25,39	6,63
Minden	− 24,9	− 9,8	− 4,25	− 1,33
Arnsberg	180,4	− 41,7	11,86	− 1,74
Kassel	− 46,2	− 11,6	− 5,43	− 1,15
Wiesbaden	92,9	36,2	10,24	2,99
Koblenz	− 43,5	− 20,7	− 6,68	− 2,74
Düsseldorf	398,6	53,1	18,19	1,56
Köln	88,1	76,0	9,73	6,08
Trier	− 16,6	(− 18,5)	− 2,16	− 4,22
Aachen	− 36,9	(− 0,7)	− 6,09	− 0,11
Sigmaringen	− 5,5	− 1,3	− 8,40	− 1,77

[20]) Die Angaben für den Zeitraum 1895—1910 beziehen sich auf den Gebietsstand von 1910, die Angaben für den Zeitraum 1910—1925 auf den Gebietsstand von 1925. Die Zahlen der 1. Spalte sind errechnet aus Angaben für die

die Verhältnisse in der Provinz Sachsen. Auch hier hatten alle Regierungsbezirke eine, wenn auch nur geringe, Mehrabwanderung. Die beiden brandenburgischen Bezirke waren Zuwanderungsgebiete. (In der Übersicht IV ist der Regierungsbezirk Potsdam mit Berlin zusammengefaßt worden, um den Vergleich mit der Vorkriegszeit zu erleichtern.) In allen übrigen Provinzen aber — Provinzen mit nur einem Regierungsbezirk scheiden hier aus — gibt es sowohl Bezirke mit Zuwanderung, als auch solche mit Abwanderung. Von den drei pommerschen Bezirken zeigt der Regierungsbezirk Köslin allein einen kleinen Wanderungsverlust, der bei dem Gesamtergebnis für die Provinz nicht erheblich ins Gewicht fällt. Die Provinzen Niederschlesien und Hannover schnitten beide mit einem ganz geringen Wanderungsgewinn ab. In Niederschlesien kommt dies dadurch zustande, daß der nicht allzu große Verlust des Regierungsbezirks Breslau durch einen nur unbedeutend höheren Gewinn des zweiten Regierungsbezirks ausgeglichen wird. Bei Hannover liegen die Dinge so, daß die Mehrzuwanderung in zwei von den sechs Bezirken etwa gleich der Mehrabwanderung aus den übrigen vier war. Dabei liegen, wie die Relativzahlen zeigen, bei den einzelnen Regierungsbezirken bedeutende Abweichungen vor. Hervorzuheben ist insbesondere der Bezirk Aurich, der mit einer Abwanderung von 6,94 v. H. seiner Anfangsbevölkerung unter den Regierungsbezirken Preußens an zweiter Stelle steht. Der Regierungsbezirk Münster gleicht durch seinen bedeutenden Wanderungsgewinn die Verluste der beiden anderen westfälischen Bezirke so völlig aus, daß die Provinz noch mit einem kleinen Gewinn abschließt. Von den fünf rheinländischen Regierungsbezirken hatten Köln und Düsseldorf zusammen eine Mehrzuwanderung von 129 000 Menschen, wobei ersterer mit einer Wanderungsquote von 6,08 v. H. nur noch von Berlin und den Bezirken Potsdam und Münster übertroffen wird. In den restlichen drei rheinischen Bezirken beträgt die Mehrabwanderung zusammen rund 40 000 Personen. Bei Hessen-Nassau steht dem nicht unerheblichen Wanderungsgewinn im Regierungsbezirk Wiesbaden ein Verlust des Bezirks Kassel gegenüber.

---

einzelnen Zählperioden zwischen den Jahren 1895 und 1910 in „Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrg., S. 310. Die Zahlen der 2. und 4. Spalte sind der „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I. entnommen. In Spalte 2 sind die eingeklammerten Zahlen wegen größerer Gebietsveränderungen mit denen der 1. Spalte nicht vergleichbar. Der Berechnung der Verhältniszahlen in Spalte 3 sind die Bevölkerungszahlen vom 2. Dezember 1895 aus der „Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus", 42. Jahrg., S. 275, zugrunde gelegt.

[21]) Angaben für die einzelnen ostpreußischen Regierungsbezirke sind nicht möglich, weil der Regierungsbezirk Allenstein durch Verordnung vom 14. Oktober 1905 aus Kreisen der Bezirke Königsberg und Gumbinnen erst gebildet wurde.

Das Ergebnis dieser Betrachtung läßt sich etwa so zusammenfassen. Als ausgesprochene Abwanderungsgebiete heben sich in Preußen deutlich ab: Ostpreußen und Oberschlesien im Osten, Schleswig-Holstein und die Regierungsbezirke Stade und Aurich im Nordwesten und die Regierungsbezirke Koblenz und Trier im Südteil des Rheinlandes. Bei der im mittleren Preußen gelegenen Provinz Sachsen haben wir es mit einem Gebiet mäßiger Abwanderung zu tun. Offenbar überwiegt in diesem agrarisch-industriellen Landesteil die Abwanderung vom Lande den Zustrom nach den Industriezentren. Schon bei der Betrachtung der Wanderungsergebnisse für die Provinzen hatten sich Berlin und die Provinz Brandenburg als Hauptzuwanderungsgebiet herausgestellt. Jetzt zeigt sich noch ein weiteres Zuwanderungsgebiet, der rheinisch-westfälische Industriebezirk. Dies gilt allerdings nur mit gewissen Einschränkungen, insbesondere bezüglich des Regierungsbezirks Arnsberg. Immerhin haben die Bezirke Köln, Düsseldorf und Münster zusammen eine Mehrzuwanderung von annähernd 200 000 Menschen.

Wenn man die soeben besprochenen Wanderungsergebnisse der Zählperiode 1910—1925 mit denen des etwa gleichgroßen[22]) Zeitraumes 1895—1910 vergleicht, dann ist eine Reihe wichtiger Beobachtungen zu machen. Es fällt zunächst auf, daß die Wanderungszahlen — die absoluten sowohl wie die relativen — in dem Vorkriegszählabschnitt ungleich höher liegen als die des Zeitraumes 1910—1925. Deutlich wird dies schon an der Spanne zwischen der größten und kleinsten Verhältniszahl in der einen und in der anderen Periode. Im Zeitabschnitt 1910—1925 liegen diese Zahlen zwischen — 9,62 v. H. (Reg.-Bez. Allenstein) und + 9,49 v. H. (Stadt Berlin mit Reg.-Bez. Potsdam) der jeweiligen Ausgangsbevölkerungen, im Abschnitt 1895—1910 aber erreichte der Regierungsbezirk Köslin die stärkste Abwanderung mit 17,42 v. H. und Berlin mit dem Regierungsbezirk Potsdam die größte Zuwanderung mit 29,72 v. H. ihrer Anfangsbevölkerungen[23]).

Die Gründe, die zu diesen unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben, können mancherlei Art sein. In der Hauptsache kommen zwei Ursachen in Frage. Einmal könnte der Bevölkerungsaustausch zwischen den einzelnen Teilgebieten in der Zeit vor dem 1. Dezember 1910 reger gewesen sein als nach diesem

---

[22]) Die beiden Vergleichsperioden sind deshalb nicht ganz gleich lang, weil die Volkszählung 1925 am 16. Juni stattfand, in den Jahren 1895 und 1910 aber am Anfang Dezember gezählt wurde.

[23]) Die noch höher liegende Abwanderungsquote von 20,0 v. H. beim Regierungsbezirk Marienwerder kann nicht berücksichtigt werden, weil dieser Bezirk zum größten Teil an Polen gefallen ist und darum für den Vergleich ausscheidet.

Zeitpunkt, oder die Wanderungstendenz war eine stetigere. Schon mehrfach habe ich auf den Einfluß des Krieges und seiner Folgewirkungen auf die Wanderungen hingewiesen. In den späteren Ausführungen wird noch zu zeigen sein, daß nicht nur hemmende Einflüsse sich in dieser Zeit bemerkbar machten, daß vielmehr häufig eine Umkehrung der Wanderungsrichtung zu beobachten war. Nur so lassen sich die im Vergleich zum Zeitraum 1895—1910 stark ausgeglichenen Wanderungsergebnisse erklären. Die Einengung der Freizügigkeit in den Kriegs- und Nachkriegsjahren wirkte freilich in der gleichen Richtung, sie reicht aber zur Erklärung dieser auffallenden Tatsache nicht aus.

Betrachten wir die Ergebnisse dieser Gegenüberstellung einmal etwas genauer. Es zeigt sich, daß im Zeitabschnitt 1895—1910 von 37 größeren Verwaltungsbezirken (Berlin ist als solcher gerechnet) nur 10 mit einem Wanderungsgewinn abschlossen, während in den folgenden fünfzehn Jahren 12 von 35 Regierungsbezirken eine Mehrzuwanderung aufwiesen. Der ungewöhnlich hohe Wanderungsgewinn (450 000) des ganzen Freistaates Preußen steht damit offenbar in Zusammenhang; im Zeitraum 1895—1910 betrug er nur 92 600 Personen. Wie wir gesehen haben, waren allein 666 000 Menschen aus den abgetretenen Gebieten nach dem verkleinerten Preußen zurückgewandert. In dieser Zahl sind alle nach Kriegsausbruch geborenen Kinder noch nicht enthalten. Für den bei weitem größten Teil dieses Flüchtlingsstromes diente der Osten als Auffanggebiet. So ist es zu erklären, daß vier von den östlichen Regierungsbezirken, die in den Vorkriegszählperioden ständig Wanderungsverluste hatten, in der Zeit von 1910—1925 einen Gewinn verbuchen konnten. Es sind dies die Regierungsbezirke Frankfurt, Stettin, Stralsund und Liegnitz; bei den ersten beiden sind die Unterschiede zwischen den Vergleichsperioden besonders hoch. Demgegenüber ist nur bei zwei Bezirken ein Tendenzumschwung in umgekehrter Richtung zu beobachten, bei Arnsberg und Schleswig. In den fünfjährigen Zählabschnitten vor dem Kriege zeigte dieser westfälische Regierungsbezirk immer einen allerdings sich allmählich verringernden Wanderungsgewinn[24]), im Zeitraum 1910—1925 aber verlor er 42 000 Personen durch Wanderung. Beim Regierungsbezirk Schleswig sind die Zahlen nicht vergleichbar, weil eine Verkleinerung dieses Gebietsteiles durch Abtretung Nordschleswigs an Dänemark eingetreten ist. An die Stelle eines kleinen Wanderungsgewinnes im ehemaligen Schleswig ist im heutigen verkleinerten ein Wanderungsverlust

[24]) Die entsprechenden Zahlen waren: 1895 — 1900: + 136 300
1900 — 1905: + 22 200
1905 — 1910: + 21 900
(entnommen „Wirtschaft und Statistik", Jahrg. 7, 1927, Seite 310).

getreten, der, wie schon ausgeführt wurde, hauptsächlich auf die Verringerung des Militärbestandes und die wirtschaftliche Umstellung Kiels zurückzuführen ist.

In allen übrigen Regierungsbezirken hat sich die Wanderungstendenz gegenüber der Vorkriegszeit nicht geändert, doch sind die Zahlen in den Zu- und Abwanderungsbezirken in dieser Zeit fast ausnahmslos höher als im Zeitraum 1910—1925. Im Regierungsbezirk Aurich hat der Wanderungsverlust sich allerdings nach 1910 absolut und relativ etwas erhöht. Die scheinbare Erhöhung der Abwanderungsziffer beim Bezirk Trier kommt dadurch zustande, daß in der Zahl für 1910—1925 das Saargebiet nicht berücksichtigt ist.

Leider konnte in dieser Statistik eine Gegenüberstellung der einzelnen ostpreußischen Regierungsbezirke nicht erfolgen, weil selbst nach Umrechnung auf den Gebietsstand von 1910, die wegen der Neubildung des Regierungsbezirks Allenstein im Jahre 1905 nötig wäre, infolge der neuerlichen Gebietsveränderungen (nach dem Kriege) Vergleiche nicht angestellt werden können. Immerhin zeigen die Zahlen für die ganze Provinz, daß der Verlust Ostpreußens (Gebietsstand von 1910) durch Wanderung in den 15 Jahren vor 1910 mit 331 000 Menschen fast genau dreimal so groß war als der des heutigen Ostpreußen in der Zeit von 1910 bis 1925. Die Verhältniszahlen (— 16,50 bzw. — 5,20 v. H.) zeigen sogar eine Verringerung der Abwanderungsintensität auf weniger als ein Drittel. Die hohe Durchschnittsquote von — 16,50 v. H., die die Provinz im Zeitraum 1895—1910 aufwies, wurde in den Jahren 1910—1925 von keinem Regierungsbezirk auch nur annähernd erreicht. In allen anderen preußischen Abwanderungsbezirken sind mehr oder minder große Verkleinerungen der Wanderungszahlen festzustellen. Hervorgehoben seien lediglich der pommersche Regierungsbezirk Köslin und die sächsischen Bezirke Magdeburg und Merseburg, bei denen die ehemals starke Abwanderung fast völlig verschwunden ist.

Außerordentlich bemerkenswert ist die Entwicklung in den Zuzugsgebieten. Im preußischen Hauptzuwanderungsgebiet (Berlin einschließlich des Reg.-Bez. Potsdam) ist die Zuwanderung von 989 000 auf 468 000 Personen zurückgegangen, das bedeutet, wenn wir das Verhältnis dieser Zahlen zu den jeweiligen Anfangsbevölkerungen als einen Maßstab für die Zuzugsintensität ansehen, eine Abnahme auf ein Drittel. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Regierungsbezirk Münster, dessen Zuwanderung — die Relativzahlen als Maßstab genommen — auf ein Viertel gesunken ist. Bei weitem am stärksten aber hat der Regierungsbezirk Düsseldorf an Anziehungskraft eingebüßt. Seine Mehrzuwanderung von rund 400 000 Menschen in den Jahren 1895—1910 hat

in den folgenden 15 Jahren auf 53 000 Personen abgenommen. Die entsprechenden Verhältniszahlen betragen 18,19 bzw. 1,56 v. H. der jeweiligen Ausgangsbevölkerungen, dies würde einem Rückgang der Zuzugsintensität auf etwa 8 v. H. der Vorkriegszeit entsprechen. Auch hier ist (ähnlich wie beim Reg.-Bez. Arnsberg) schon in den fünfjährigen Zählabschnitten vor dem Kriege eine Abnahme der Wanderungszahlen zu beobachten[25]).

Die anderen Zuwanderungsbezirke treten demgegenüber an Bedeutung stark zurück. Es soll nur noch erwähnt werden, daß in den Regierungsbezirken Köln und Hannover die Zuwanderung 1910—1925 fast die Höhe der Vorkriegszeit erreichte, im Regierungsbezirk Wiesbaden aber gleichfalls sehr abgenommen hat.

Überschaut man rückblickend noch einmal die Einzelheiten dieses Vergleichs, so kann man abschließend etwa folgendes feststellen. Die Ab- und Zuwanderungsgebiete, die sich bei der Betrachtung der Ergebnisse für die Regierungsbezirke im Zeitraum 1910—1925 herausgestellt haben, heben sich schon in der Zeit von 1895—1910, hier jedoch meist deutlicher ab. Das gilt insbesondere für die ausgesprochenen Abwanderungsgebiete des preußischen Ostens wie für die Hauptzuwanderungszentren des mittleren und westlichen Preußens.

Der starke Rückgang der Abwanderungsziffern im östlichen Preußen läßt sich durch die zahlreichen Hemmungen, die Kriegs- und Nachkriegszeit der Wanderungsbewegung brachten, durch den bedeutenden Zustrom von Flüchtlingen aus den Abtretungsgebieten und durch zeitweiligen Wechsel der Wanderungsrichtung erklären. Auch für die Abnahme der Zuwanderung in der Mitte Preußens (Berlin mit Reg.-Bez. Potsdam) dürften diese Erklärungsgründe — das Moment des Flüchtlingszustromes außer acht gelassen — noch ausreichen. Beim rheinisch-westfälischen Industrierevier, dem westlichen Zuzugsgebiet, aber kann man meines Erachtens den großen Rückgang der Zuwanderung auf diese Ursachen allein nicht mehr zurückzuführen. Es ist zu beachten, daß dieses Gebiet im Zeitraum 1895—1910 noch eine Mehrzuwanderung von 818 000 Personen hatte — die Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf, Münster und Arnsberg sind in dieser Zahl zusammengefaßt — und damit dem Zuwanderungszentrum in der Mitte Preußens kaum nachstand, während in den Jahren 1910—1925 in dem gleichen Gebiet nur noch 150 000 Menschen mehr zuwanderten als abwanderten. (Der Reg.-Bez. Arnsberg hatte in dieser Zeit sogar schon einen Wanderungsverlust.) Die Annahme scheint mir

---

[25]) 1895 — 1900: + 175 600
1900 — 1905: + 106 800
1905 — 1910: + 116 300
(„Wirtschaft und Statistik", Jahrg. 7, 1927, Seite 310).

deshalb berechtigt, daß in diesem Gebietsteil, der die frühere starke Zuwanderung seinem raschen industriellen Aufschwung zu verdanken hatte, eine gewisse Sättigung eingetreten ist. Wie die Betrachtung der Wanderung in den einzelnen Kreisen des Gebietes zeigen wird, liegen hier neben Kreisen mit großer Zuwanderung auch solche mit beträchtlicher Abwanderung. Es ist anzunehmen, daß der Bedarf an Menschen in den Zuzugsinseln fast ganz durch den Überschuß in den heimischen Abgabegebieten gedeckt werden konnte. Jedenfalls ist auch für das Gesamtgebiet die rückläufige Tendenz unverkennbar, die wir bei den einstigen Hauptzuwanderungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg schon vor dem Jahre 1910 beobachten konnten.

Bei der Behandlung der Wanderungsergebnisse für die Regierungsbezirke im Zeitraum 1910—1925 habe ich schon gelegentlich darauf hingewiesen, daß einzelne Zahlen durch die Wanderungsvorgänge in den zugehörigen Großstädten entscheidend beeinflußt wurden. Das war aber mehr oder weniger bei allen Bezirken der Fall, in denen Großstädte liegen. In der Wanderungsbewegung nehmen die Großstädte eine bevorzugte Stellung ein. Für die vom Lande abwandernden Menschenmassen stellten sie in einer Zeit, in der die Verstädterung der Bevölkerung immer größere Fortschritte machte, die Hauptanziehungspunkte dar. Wie lagen nun in dieser Hinsicht die Dinge in dem hier zu behandelnden Zeitabschnitt?

Übersicht V (s. S. 32) veranschaulicht die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerungen, wobei zum Vergleich die Regierungsbezirke ausschließlich der Großstädte mit aufgeführt wurden. Vergleicht man zunächst einmal die Großstädte untereinander, so zeigen sich in mancher Hinsicht große Unterschiede. In den 15 Jahren von 1910 bis 1925 hatte die Bevölkerung von Dortmund um 24,2 v. H. zugenommen, während Wiesbaden einen Bevölkerungsrückgang von 5,7 v. H. der Bevölkerung von 1910 verzeichnete. In nicht weniger als fünf Großstädten ist in dieser Zeit eine Abnahme der Bevölkerung festzustellen; es sind außer dem eben genannten Wiesbaden die Städte Kiel, Barmen, Elberfeld und Aachen.

Sowohl bezüglich des natürlichen Wachstums als auch in bezug auf die Wanderung lagen bei den einzelnen preußischen Großstädten große Verschiedenheiten vor. Noch wiesen im Beobachtungszeitraum alle Großstädte mit Ausnahme von Berlin[26]) und Wiesbaden Geburtenüberschüsse auf. Im allgemeinen lagen sie weit niedriger als in den entsprechenden Bezirken ausschließlich der Großstädte. Doch machten auch in dieser Hinsicht einige

[26]) Berlin ist in dieser Tabelle nicht aufgeführt, weil es einen Verwaltungsbezirk für sich bildet. Die entsprechenden Zahlen für die Landeshauptstadt finden sich in Übersicht II.

ÜBERSICHT V

Die Bevölkerungsentwicklung in den preußischen Regierungsbezirken mit Großstädten unter Ausschluß der Großstädte und in den Großstädten selbst[27]).

Regierungsbezirk bzw. Stadt	Zu- oder Abnahme der Bevölkerung von 1910—1925 durch					
	insgesamt		Geburtenüberschuß		Wanderung	
	a) absolut; b) in v. H. der Ortsbevölkerung 1910					
	a)	b)	a)	b)	a)	b)
Königsberg ohne Königsberg	25,8	4,3	64,3	10,6	— 38,5	— 6,3
Königsberg	33,3	13,8	11,1	4,5	22,8	9,3
Stettin ohne Stettin	62,2	9,8	41,3	6,5	20,9	3,3
Stettin	17,1	7,2	0,4	0,2	16,7	7,0
Breslau ohne Breslau	39,9	3,1	79,1	6,1	— 39,2	— 3,0
Breslau	42,2	8,2	11,5	2,2	30,7	6,0
Magdeburg	31,2	3,2	44,4	4,6	— 13,2	— 1,4
Magdeburg ohne Magdeburg	14,3	5,1	4,8	1,7	9,6	3,4
Merseburg	89,5	7,9	109,2	9,7	— 19,7	— 1,8
Halle ohne Halle	13,7	7,6	1,5	0,8	12,2	6,8
Erfurt ohne Erfurt	27,5	6,7	34,7	8,5	— 7,2	— 1,8
Erfurt	12,0	9,7	8,0	6,5	4,0	3,2
Schleswig ohne Kiel und Altona	64,4	6,1	86,0	8,1	— 21,6	— 2,0
Kiel	— 12,7	— 5,6	16,0	7,1	— 28,7	— 12,7
Altona	13,0	7,6	2,4	1,4	10,6	6,2
Hannover ohne Hannover	24,4	6,5	22,3	6,0	2,1	0,5
Hannover	41,1	10,8	10,3	2,7	30,8	8,1
Münster ohne Münster	278,0	30,9	223,5	24,9	54,5	6,0
Münster	16,2	17,9	5,1	5,6	11,1	12,3
Arnsberg ohne 3 Großstädte	236,5	13,0	277,9	15,3	— 41,4	— 2,3
Bochum	20,4	14,9	25,0	18,3	— 4,6	— 3,4
Dortmund	62,8	24,2	37,7	14,5	25,1	9,7
Gelsenkirchen	15,8	8,3	36,7	19,2	— 20,9	— 10,9
Kassel ohne Kassel	66,2	7,7	94,1	11,0	— 27,9	— 3,3
Kassel	18,0	11,8	1,8	1,2	16,3	10,6
Wiesbaden o. Wiesbaden u. Frankfurt	36,8	5,4	38,3	5,6	— 1,5	— 0,2
Wiesbaden	— 6,3	— 5,7	— 4,0	— 3,7	— 2,2	— 2,0
Frankfurt a. M.	52,9	12,8	13,0	3,2	39,9	9,6
Düsseldorf ohne 10 Großstädte	206,0	13,7	219,8	14,6	— 13,8	— 0,9
Barmen	— 0,2	— 0,1	8,4	4,5	— 8,6	— 4,6
Duisburg	43,3	18,9	32,7	14,3	10,6	4,6
Düsseldorf	73,9	20,6	2,3	0,6	71,6	20,0
Elberfeld	— 2,6	— 1,5	8,0	4,7	— 10,6	— 6,2
Essen	60,3	14,7	33,1	8,1	27,2	6,6
Hamborn	22,3	21,4	8,3	8,0	14,0	13,4
Krefeld	1,7	1,3	27,3	21,1	— 25,6	— 19,8
Mühlheim a. Ruhr	13,8	12,1	13,8	12,2	— 0,1	— 0,1
M.-Gladbach	4,5	4,1	9,0	8,1	— 4,4	— 4,0
Oberhausen	10,8	11,4	17,9	19,0	— 7,2	— 7,6
Köln ohne Köln	85,4	13,1	59,2	9,1	26,2	4,0
Köln	99,9	16,7	50,1	8,4	49,9	8,3
Aachen ohne Aachen	49,6	10,5	54,9	11,6	— 5,3	— 1,1
Aachen	— 1,0	— 0,6	3,6	2,3	— 4,6	— 2,9

[27]) „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, II (aus einzelnen Statistiken zusammengestellt).

Städte Ausnahmen. Es sind vier Großstädte des Westens mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, und zwar Bochum und Gelsenkirchen im Regierungsbezirk Arnsberg und Krefeld und Oberhausen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Während Gelsenkirchen einen Geburtenüberschuß von 19,2 v. H. der Ausgangsbevölkerung zeigte, hatte Wiesbaden einen Sterbefallüberschuß von 3,7 v. H. der Ortsbevölkerung von 1910 und übertraf damit noch ein wenig Berlin.

Besonders große Gegensätze aber traten im untersuchten Zeitraum bei der großstädtischen Wanderung auf. Den größten Wanderungsgewinn erzielte Düsseldorf mit 20,0 v. H., den größten Verlust durch Wanderung hatte das im gleichen Regierungsbezirk liegende Krefeld mit 19,8 v. H. der Bevölkerung von 1910. Im Bezirk Düsseldorf gewannen ferner die Großstädte Essen, Duisburg und Hamborn, während die noch verbleibenden fünf Abwanderung hatten, wenn auch in geringerem Umfange als Krefeld. Von den beiden übrigen Großstädten der Rheinprovinz konnte Köln einen Mehrzuzug von 50 000 Menschen (8,3 v. H. der Bev. 1910) verbuchen, Aachen dagegen hatte einen kleinen Wanderungsverlust. Im benachbarten Westfalen hatten Bochum und Gelsenkirchen starke Wanderungsverluste, Dortmund und Münster aber verhältnismäßig große Gewinne. In Hessen-Nassau betrug die Bevölkerungszunahme durch Wanderung sowohl bei Kassel als auch bei Frankfurt a. M. etwa 10 v. H. der Bevölkerung von 1910, während Wiesbaden — hauptsächlich wohl infolge der zeitweiligen fremdländischen Besatzung — Bevölkerungseinbußen erlitt.

Ein viel einheitlicheres Bild zeigte die großstädtische Wanderung im mittleren und östlichen Preußen. Hier hatten alle Großstädte Wanderungsgewinne, wenn auch Rekordziffern, wie in einzelnen Städten des Westens, nicht erzielt wurden. Auf die besondere Stellung Kiels in der Wanderbewegung brauche ich an dieser Stelle nicht mehr einzugehen. Erwähnt sei nur, daß die zweite Großstadt im Regierungsbezirk Schleswig, Altona, einen mäßigen Wanderungsgewinn hatte.

Die Gegenüberstellung der Wanderungszahlen für die Regierungsbezirke ohne die zugehörigen Großstädte und für die Großstädte selbst zeigt deutlich, in wie hohem Maße die Ergebnisse für die Gesamtbezirke von der Großstadtwanderung mitbestimmt wurden. Für die Abwanderungsbezirke des Ostens und für die sächsischen Regierungsbezirke erhöhen sich die relativen Abwanderungsziffern bei Ausschaltung der Großstädte beträchtlich (vgl. Übersicht IV). Entsprechend tritt bei den Bezirken, die mit einem Wanderungsgewinn abschlossen, in diesem Falle eine Erniedrigung der Wanderungszahlen ein. Bei zweien von ihnen ergeben sich dann sogar Verluste (Düsseldorf und Wiesbaden). Der Regierungs-

bezirk Schleswig macht insofern eine Ausnahme, als bei ihm die relative Abwanderungszahl kleiner wird, wenn die Großstadtwanderung unberücksichtigt bleibt.

Man kann annehmen, daß im weiträumigen Osten die Zuwanderung in die Großstädte hauptsächlich aus dem agrarischen Hinterlande erfolgt ist. Im dicht besiedelten Westen aber wird auch der Bevölkerungsaustausch der Großstädte untereinander eine große Rolle gespielt haben. Gewisse Anhaltspunkte für die Beantwortung dieser Frage werden die späteren Ausführungen über die Wanderung in den einzelnen Kreisen und die Untersuchungen über die Herkunft der zugezogenen Personen mit Hilfe der Wohnsitzstatistik ergeben.

IV.

Die Wanderungen in den Kreisen Preußens im Zeitraum 1910—1925.

Die Darstellung der Wanderbewegungen in den preußischen Provinzen und Regierungsbezirken bedarf noch einer Ergänzung durch Betrachtung der Wanderungen in den Kreisen. Es würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, wollte man die Ergebnisse für die Kreise in allen Einzelheiten wiedergeben. Eine derartige Darstellungsweise ist bei einer Untersuchung über die Wanderbewegung im einzelnen Landesteil — Provinz oder Regierungsbezirk etwa — mit Vorteil anzuwenden, könnte aber bei einem so großen Beobachtungsgebiet wie dem vorliegenden leicht zur Unübersichtlichkeit führen. Darum erscheint es mir zweckmäßig, durch Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungskreise in den verschiedenen Provinzen und Bezirken zu untersuchen, ob in ihnen eine in der Hauptsache gleichgerichtete Wanderungstendenz zu beobachten ist, oder ob eine mehr oder minder starke Abgleichung der zu- und abströmenden Menschenmassen stattgefunden hat.

Eine Gegenüberstellung dieser Art für die größeren und mittleren Verwaltungsbezirke ist Übersicht VI (s. S. 36). Es ist die Zahl der Kreise mit Mehrzu- bzw. Mehrabwanderung angegeben und außerdem in absoluten Zahlen der gesamte Gewinn der Zuwanderungskreise dem Verlust der Abwanderungskreise in den einzelnen Provinzen und Regierungsbezirken gegenübergestellt. Man kann daraus ersehen, auf welche Weise die Wanderungsüber- bzw. -unterschüsse zustande gekommen sind[29]).

Ostpreußen.

Ostpreußen zeigt seinen Charakter als Abwanderungsgebiet auch in dieser Übersicht ganz deutlich. Neben einer großen Zahl von Abwanderungskreisen gibt es hier nur sehr wenige Kreise mit Zuwanderung. Wanderungsgewinne hatten nur die Stadtkreise Königsberg, Insterburg, Tilsit und Allenstein, der Landkreis Königsberg und die Kreise Fischhausen, Rastenburg und Marienburg in Westpreußen. Bei Fischhausen und Marienburg wird der Hauptanteil des Gewinnes den Kreishauptstädten wegen

[29]) Alle Zahlenangaben in diesem Kapitel, die für die einzelnen Kreise gemacht werden, sind dem Band 401, I der „Statistik des Deutschen Reichs" entnommen.

ÜBERSICHT VI

Die Zu- und Abwanderungskreise sowie ihre Wanderungsgewinne und -verluste in den größeren und mittleren Verwaltungsbezirken Preußens im Zeitraum 1910—1925[28]).

Verwaltungsbezirke	Zahl der Kreise mit Wanderungs- gewinn	verlust	Gesamter Wanderungsgewinn bzw. -verlust in den Kreisen mit Zuwanderung (1000)	Abwanderung (1000)
Reg.-Bez. Königsberg	4	10	25,9	41,6
„ Gumbinnen	2	10	8,8	41,8
„ Allenstein	1	9	1,8	51,7
„ Westpreußen	1	5	1,4	14,6
Provinz Ostpreußen	8	34	38,0	149,6
Reg.-Bez. Potsdam	16	3	101,4	5,5
„ Frankfurt	15	7	36,6	6,6
Provinz Brandenburg	31	10	138,0	12,1
Reg.-Bez. Stettin	9	5	44,4	6,8
„ Köslin	5	10	16,0	21,7
„ Stralsund	3	3	11,4	6,3
Provinz Pommern	17	18	71,8	34,8
„ Grenzmark Posen-Westpr.	2	7	7,1	16,3
Reg.-Bez. Breslau	10	17	44,6	53,1
„ Liegnitz	12	12	34,3	24,6
Provinz Niederschlesien	22	29	78,9	77,7
„ Oberschlesien	6	16	23,6	61,6
Reg.-Bez. Magdeburg	7	13	23,8	27,5
„ Merseburg	11	12	37,9	45,4
„ Erfurt	4	8	9,1	12,3
Provinz Sachsen	22	33	70,9	85,2
„ Schleswig-Holstein	8	15	31,5	71,1
Reg.-Bez. Hannover	6	7	39,7	6,9
„ Hildesheim	3	15	9,2	15,6
„ Lüneburg	9	7	19,4	6,2
„ Stade	3	12	3,1	21,4
„ Osnabrück	2	9	7,0	8,2
„ Aurich	1	7	0,4	19,5
Provinz Hannover	24	57	78,8	77,8
Reg.-Bez. Münster	8	9	79,9	14,3
„ Minden	4	8	11,1	20,9
„ Arnsberg	12	17	48,8	90,6
Provinz Westfalen	24	34	139,8	125,8
Reg.-Bez. Kassel	7	17	40,7	52,3
„ Wiesbaden	8	9	48,4	12,1
Provinz Hessen-Nassau	15	26	89,0	64,4
Reg.-Bez. Koblenz	4	10	6,7	27,3
„ Köln	8	4	84,1	8,1
„ Trier	1	9	0,5	19,0
„ Aachen	6	3	8,1	8,8
„ Düsseldorf	14	16	204,5	151,4
Provinz Rheinland	33	42	303,9	214,6
Hohenzollern	1	3	0,1	1,3

[28]) Ausgezählt und berechnet nach den Angaben in „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I.

ihrer verkehrsgeographisch günstigen Lage zugute gekommen sein. Die Mehrzuwanderung betrug in diesen 8 Kreisen insgesamt 38 000 Personen, wovon allein 23 000 auf die Hauptstadt der Provinz entfielen. Demgegenüber wanderten in den restlichen 34 Kreisen rund 150 000 Menschen mehr ab. In nicht weniger als 11 Kreisen waren die Wanderungsverluste größer als die Geburtenüberschüsse, so daß hier die Bevölkerungen auch absolut zurückgegangen sind. Sie liegen fast alle nördlich des Pregel und im Ermland. Am größten war der Bevölkerungsrückgang im Landkreise Allenstein, der um 2000 Menschen (3,8 v. H. der Bevölkerung 1910) abgenommen hat. Sein Wanderungsverlust betrug 9900 Personen, das sind 17,17 v. H. der ortsanwesenden Bevölkerung von 1910.

Grenzmark.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Provinzen Grenzmark und Oberschlesien. In ersterer hatten von 9 nur 2 Kreise Mehrzuwanderung zu verzeichnen. Es sind dies der Stadtkreis Schneidemühl mit fast 7000 Menschen (26,74 v. H. der Bevölkerung 1910) und der Kreis Dtsch. Krone, der daneben mit einem Mehrzuzug von 100 Personen kaum ins Gewicht fällt. Die übrigen Kreise der Provinz Grenzmark hatten Wanderungsverluste; beim Grenzkreise Bomst wog er den gesamten Geburtenüberschuß auf.

Oberschlesien.

Von den 22 oberschlesischen Kreisen hatten Stadt- und Landkreis Beuthen, der Stadtkreis Gleiwitz und der Kreis Hindenburg, die zusammen den bei Deutschland gebliebenen Teil des oberschlesischen Industriereviers bilden, einen Wanderungsgewinn. Auch die Stadtkreise Neiße und Ratibor hatten — allerdings schwächere — Mehrzuwanderung. Der Rest der Provinz aber ist ausgesprochenes Abwanderungsland. Die westlich der Oder gelegenen Kreise Leobschütz, Neiße (Landkreis), Neustadt und Grottkau verzeichneten sogar einen absoluten Bevölkerungsrückgang.

Schleswig-Holstein.

Bei der Provinz Schleswig-Holstein tritt die große räumliche Ausdehnung des Abwanderungsgebietes gegenüber den Zuzugsinseln gleichfalls noch deutlich in Erscheinung. Neben den Stadtkreisen Altona, Flensburg, Neumünster und Wandsbeck sind es nur noch die um das hamburgische Staatsgebiet herumliegenden Kreise Pinneberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg, sowie der an Dänemark grenzende Kreis Süd-Tondern, deren Bevölkerungen durch Wanderung gewonnen haben. Der zahlenmäßig unbedeutende Gewinn (600 Personen) des zuletzt genannten Kreises hängt

wahrscheinlich mit der Verlegung der Kreisbehörden des früheren Kreises Tondern nach dem heutigen Restkreis zusammen. In allen anderen Kreisen der Provinz überwog die Abwanderung. Größer als der Geburtenüberschuß waren die Verluste durch Wanderung außer beim Stadtkreis Kiel in den Kreisen Schleswig, Steinburg und auf der Insel Helgoland.

Brandenburg.

Ganz anders als in den bisher behandelten Landesteilen liegen die Verhältnisse bei der Provinz Brandenburg. Sie ist die einzige Provinz, bei der ein Überwiegen der Kreise mit Zuwanderung zu beobachten ist. Im Regierungsbezirk Potsdam hatten nur die beiden an Pommern grenzenden Kreise Prenzlau und Angermünde sowie der im Süden des Bezirks liegende Jüterbog-Luckenwalde Mehrabwanderung. Während die ersteren beiden Geburtenüberschüsse aufwiesen, hatte der letztere außer einem schwachen Wanderungsverlust auch noch einen Sterbefallüberschuß. Er ist der einzige Kreis dieses Bezirkes mit Bevölkerungsrückgang. Die übrigen 16 Kreise hatten sämtlich Wanderungsgewinne. Relativ den größten Gewinn verzeichnete mit 25,60 v. H. der Anfangsbevölkerung der Stadtkreis Eberswalde. Außer bei Eberswalde und dem schon genannten Kreis Jüterbog-Luckenwalde überwogen die Sterbefälle die Geburten in weiteren 6 Kreisen, die sich aber meist durch beträchtliche Wanderungsgewinne auszeichneten. Diese Sterbefallüberschüsse dürften z. T. darauf beruhen, daß die Geburten nicht selten in den benachbarten größeren Städten erfolgten und darum am Wohnsitz der Eltern nicht registriert wurden.

Auch in dem stark agrarischen Regierungsbezirk Frankfurt ist die gleiche Erscheinung wie beim Bezirk Potsdam festzustellen. Sieben Kreisen[30]) mit einer Gesamtabwanderung von 6000 Personen stehen fünfzehn Kreise mit Mehrzuwanderung gegenüber. Dieses ungewöhnliche Ergebnis, das — wie wir schon sahen — in einem Wanderungsgewinn von 29 900 Menschen beim ganzen Bezirk zum Ausdruck kommt, ist in erster Linie auf die Rückwanderung aus den östlichen Abtretungsgebieten zurückzuführen. Damit ist aber die Reihe der Provinzen, die eine gewisse Einheitlichkeit im Wanderungscharakter zeigen, erschöpft. Ich wende mich nun denen zu, bei denen Ab- und Zuwanderungskreise in buntem Gemisch vorkommen, wodurch häufig ein starker Ausgleich der Zu- und Abwanderung in der Provinz, manchmal auch schon im Regierungsbezirk erzielt wird.

---

[30]) Cottbus (Land), Crossen, Friedeberg N.-M., Guben (Land), Landsberg a. W. (Land), Luckau, Oststernberg.

Pommern.

Im pommerschen Regierungsbezirk Köslin war die Mehrzuwanderung in den Stadtkreisen Kolberg (18,91 v. H.), Köslin (22,71 v. H.) und Stolp (16,24 v. H.) mit insgesamt 15 000 Personen sehr groß, in den Kreisen Belgard und Dramburg mit zusammen 500 Menschen nur klein. Der gesamte Wanderungsverlust der restlichen 10 Kreise übertraf diese Zuwanderung um etwa 6000. Von den 14 Kreisen des Regierungsbezirkes Stettin hatten nur 5 (Anklam, Cammin, Demmin, Regenwalde und Saatzig) Abwanderung. Sie war im Kreise Demmin mit 3300 Personen (6,83 v. H. der Bevölkerung 1910) absolut und relativ am größten und betrug in den 5 Kreisen zusammen nur 6800 Personen. Dieser Bezirk gehört also zu den wenigen in Preußen, bei denen ein Überwiegen der Zuwanderungskreise vorliegt. Der gesamte Wanderungsgewinn in den Zuzugskreisen betrug 44 400 Personen. Das ist um so bemerkenswerter, als der Regierungsbezirk Stettin früher ausgesprochenes Abwanderungsland war[31]). Die Wanderungsverluste der Kreise Franzburg, Grimmen und Greifswald (Land) im Regierungsbezirk Stralsund wurden reichlich aufgewogen durch die Gewinne der übrigen drei Kreise des Bezirks. In den Stadtkreisen Stralsund und Greifswald und auf Rügen belief sich die Mehrzuwanderung auf 11 400 Personen, so daß der ganze Bezirk einen Gewinn von 6300 Menschen verzeichnen konnte. Bei Rügen und Usedom-Wollin sind möglicherweise Kurgäste zur Wohnbevölkerung statt zur ortsanwesenden Bevölkerung gerechnet worden[32]).

Niederschlesien.

Außerordentlich bunt ist das Bild, das die beiden niederschlesischen Regierungsbezirke bieten. Im Bezirk Breslau betrug der Wanderungsgewinn der Provinzhauptstadt allein 30 600 Personen. Außerdem gewannen die Stadtkreise Schweidnitz und Waldenburg und weitere 7 Kreise[33]), deren Gewinne im Vergleich zu denen der Stadtkreise aber unbedeutend waren. Waldenburg, der bedeutendste Ort im niederschlesischen Steinkohlengebiet, erreichte mit 5700 Personen einen Wanderungsgewinn von 15,18 v. H. der Bevölkerung von 1910. Freilich konnten diese Gewinne zusammen die Verluste der 17 Abwanderungskreise nicht ganz ausgleichen. Bei den Kreisen Schweidnitz (Land), Striegau und

---

[31]) 1895 — 1900: — 7 600
1900 — 1905: — 25 200
1905 — 1910: — 34 000
(„Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrg., 1927, Seite 310).

[32]) Vgl. „Statistik des Deutschen Reichs", 401, II, Seite 549.

[33]) Breslau (Land), Frankenstein, Glatz, Guhrau, Oels, Trebnitz und Wohlau.

Reichenbach sowie den durch die Grenzziehung betroffenen Militsch und Groß Wartenberg hat die Bevölkerung auch absolut abgenommen. Von den Stadtkreisen hatte allein Brieg einen Wanderungsverlust, was mit dem Wegfall der Garnison in Zusammenhang steht. Im Regierungsbezirk Liegnitz hielten sich Zu- und Abwanderungskreise der Zahl nach gerade die Waage. Es fällt auf, daß von den 12 Kreisen mit Wanderungsverlust vier Landkreise sind, die zu größeren Städten gehören (Glogau, Görlitz, Grünberg und Liegnitz). Diese Erscheinung ist auch bei Mittelstädten anderer Bezirke häufig zu beobachten. Vielleicht kann man daraus den Schluß ziehen, daß sie besonders auf ihre nähere Umgebung eine starke Anziehung ausüben. Die übrigen 8 Abwanderungskreise[34]) liegen fast ohne Ausnahme im Vorland des Riesen- und Isergebirges. Der Wanderungsgewinn der 12 Zuwanderungskreise übertrifft um etwa 10 000 Personen die Verluste der anderen Kreise und ist beim Stadtkreis Hirschberg mit 12,07 der Ausgangsbevölkerung relativ am größten. Bei dieser Stadt beruht der Gewinn zum Teil auf dem Zuzug von Rentnern; es besteht aber auch hier die Möglichkeit, daß Kurgäste der Wohnbevölkerung zugerechnet wurden. Im Kreise Hoyerswerda war der Grund für den Zuzug die Entwicklung der dortigen Braunkohlenindustrie, was durch die Tatsache bestätigt wird, daß fast drei Viertel der durch Wanderung gewonnenen Personen männlichen Geschlechtes sind.

Sachsen.

Die Verhältnisse in den drei sächsischen Regierungsbezirken sind den eben geschilderten nicht unähnlich. Im Bezirk Magdeburg hatten außer den Stadtkreisen Magdeburg, Stendal, Halberstadt und Burg bei Magdeburg noch die Kreise Jerichow II (6500 Personen = 10,84 v. H. der Bevölkerung 1910), Salzwedel und Grafschaft Wernigerode Zuwanderung. Sie betrug insgesamt 23 800 Menschen, vermochte aber nicht die Abwanderung in den übrigen (13) Kreisen des Bezirks ganz zu kompensieren.

Die letzten drei Zählperioden vor dem Kriege hatten dem Regierungsbezirk Merseburg immer beträchtliche Wanderungsverluste gebracht[35]). In dem 15jährigen Zeitraum 1910—1925 verlor er nur noch 7500 Menschen durch Wanderung. Der Hauptgrund für diese Erscheinung dürfte in dem raschen Aufblühen der chemischen Großindustrie zu suchen sein, die sich hier im

---

[34]) Bolkenhain, Goldberg-Haynau, Jauer, Landeshut, Lauban, Rothenburg O.-L., Schönau und Sprottau.

[35]) 1895 — 1900: — 28 800
1900 — 1905: — 25 400
1905 — 1910: — 38 900
(„Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrg., 1927, Seite 310).

mitteldeutschen Braunkohlenrevier angesiedelt hat. Die Stadtkreise Halle, Weißenfels, Zeitz, Merseburg, Naumburg und Wittenberg, ferner die zu letzteren drei gehörigen gleichnamigen Landkreise zeigten eine teilweise bedeutende Zuwanderung[36]). Dasselbe gilt auch von den Kreisen Bitterfeld und Querfurt. Im industriereichen Bitterfelder Kreis belief sich z. B. der Wanderungsgewinn auf 7300 Personen (9,54 v. H. der Bevölkerung 1910). Trotzdem war auch im Bezirk Merseburg die Abwanderung in den noch verbleibenden Kreisen (12) mit insgesamt 45 400 Menschen größer.

Beim letzten und kleinsten sächsischen Regierungsbezirk, Erfurt, hatten 8 Kreise Mehrabwanderung, die sich aber überall in mäßigen Grenzen hielt (größte: Kreis Ziegenrück mit 6,80 v. H. der Anfangsbevölkerung). Durch die Zuwanderung in den Stadtkreisen Erfurt, Mühlhausen i. Th., Nordhausen und im Kreise Weißensee wurden die Verluste fast ausgeglichen.

Hannover.

Die Gegenüberstellung von Zu- und Abwanderungskreisen ergibt bei den 6 hannoverschen Regierungsbezirken große Unterschiede. Ausgesprochenen Abwanderungscharakter zeigten die Bezirke Aurich, Stade, Hildesheim und Osnabrück. Bei letzteren beiden kommt dies weniger in der absoluten Höhe des Wanderungsverlustes zum Ausdruck als in der Tatsache, daß nur ganz wenige Zuzugsinseln vorhanden sind, während das übrige Land durchgängig Abgabegebiet ist. Im Bezirk Aurich hatte nur die Stadt Emden einen allerdings auch nur unbedeutenden Wanderungsgewinn (440 = 1,83 v. H. der Bevölkerung 1910). Alle übrigen Kreise hatten Wanderungsverluste. Hervorzuheben ist der Stadtkreis Wilhelmshaven, der mit 7500 Personen 21,36 v. H. der Ausgangsbevölkerung durch Abwanderung einbüßte. Dieser ungewöhnlich hohe Verlust beruht auf den gleichen Gründen, die für die Verluste der Stadt Kiel maßgebend waren (vgl. Seite 20). Die Verminderung der militärischen Belegung (1925 gegenüber 1910) betrug bei Wilhelmshaven 12 000 Mann.

Der Regierungsbezirk Stade hatte nur drei Zuzugskreise, die in seinem südlichen Teil gelegenen Kreise Achim, Rotenburg (Hannover) und Zeven. Ihr gesamter Gewinn war nur klein (3100), während die 12 Abwanderungskreise immerhin 21 400 Menschen verloren. In den Kreisen Kehdingen und Neuhaus waren die Verluste so groß, daß beide Kreise trotz mittelmäßiger Geburtenüberschüsse einen Bevölkerungsrückgang von über 8 v. H. gegenüber dem Stande von 1910 zu verzeichnen hatten. Von 15 Kreisen hatten im Regierungsbezirk Hildesheim nur 3 einen

[36]) Stadt- und Landkreis Merseburg zusammen 9000 Personen.

Wanderungsgewinn, die Stadtkreise Goslar, Göttingen und Hildesheim; letzterer gewann durch Wanderung 5800 Personen, das sind 10,56 v. H. der Bevölkerung von 1910. Im Regierungsbezirk Osnabrück ist es gleichfalls die Hauptstadt, die sich durch einen beträchtlichen Wanderungsgewinn (6600 Personen = 8.87 v. H. der Bevölkerung 1910) auszeichnete. Der kleine Gewinn (400) des Kreises Hümmling fällt demgegenüber nicht ins Gewicht. Die übrigen 9 Kreise hatten alle Abwanderung, die aber nirgends groß war, so daß sich für den ganzen Bezirk nur ein kleiner Verlust ergab.

Anders lagen schon die Verhältnisse im Bezirk Hannover. Hier überwog in 7 von 13 Kreisen die Abwanderung, die für die 7 Kreise[37]) zusammen 6900 Personen ausmachte. Die übrigen 6 Kreise gewannen durch Wanderung insgesamt 39 700 Menschen, wovon auf die Provinzhauptstadt mehr als drei Viertel entfielen. Bemerkenswert ist auch der große Gewinn des Landkreises Hannover, der um 16,64 v. H. gegenüber dem Bevölkerungsstande von 1910 durch Wanderung zugenommen hatte.

Beim Regierungsbezirk Lüneburg liegt wieder einmal der seltene Fall vor, daß die Anzahl der Zuwanderungskreise die der Abwanderungskreise[38]) übertraf. Unter den letzteren zeichnete sich der Stadtkreis Celle durch besonders starke Abwanderung aus (3000 = 12,59 v. H.), während der gleichnamige Landkreis durch Wanderung beträchtlich gewann (3300 = 9 v. H. der Bev. 1910). In den 9 Zuzugskreisen waren insgesamt 19 350 Personen mehr zugewandert, so daß der ganze Bezirk mit einem nicht unbedeutenden Gewinn abschnitt.

Ich wende mich nun den drei westlichen Provinzen Preußens zu. Während in den bisher betrachteten Gebietsteilen die Wanderungsverluste im allgemeinen von den ländlichen Kreisen getragen wurden, werden wir hier die Beobachtung machen, daß daneben auch Stadtgemeinden öfters Einbußen durch Wanderung erfahren haben.

Westfalen.

Im westfälischen Regierungsbezirk Münster gibt es 3 Stadtkreise (Recklinghausen, Osterfeld und Bocholt), die Wanderungsverluste hatten. Sie waren bei jedem von ihnen relativ größer als in den übrigen 6 Kreisen des Bezirks mit Abwanderung[39]). Bei Recklinghausen betrug der Verlust 4400 Personen, das sind 8.15 v. H. seiner Ortsbevölkerung vom Jahre 1910. Der Wanderungsgewinn in den 8 Zuwanderungskreisen war aber so hoch

[37]) Diepholz, Hameln-Pyrmont, Hoya, Nienburg, Springe, Stolzenau und Sulingen.

[38]) Bleckede, Celle (Stadt), Dannenberg, Gifhorn, Harburg (Land), Lüneburg (Land) und Winsen.

[39]) Ahaus, Borken, Coesfeld, Steinfurt, Tecklenburg und Warendorf.

(zusammen 79 900), daß dadurch der Bezirk im ganzen zu einem Zuzugsgebiet ersten Ranges erhoben wurde. Den stärksten Zuwachs durch Wanderung verzeichnete der Stadtkreis Buer mit 22,85 v. H. der Ausgangsbevölkerung.

Der Stadtkreis Bielefeld bildete zusammen mit dem gleichnamigen Landkreis eine Zuzugsinsel im Regierungsbezirk Minden. Der erstere gewann durch Wanderung 4000 (5,16 v. H.), der letztere 5600 (7,56 v. H.) Personen. Die Gewinne des Stadtkreises Herford (900) und des Kreises Wiedenbrück (600) waren demgegenüber unbedeutend. Die restlichen 8 Kreise hatten Wanderungsverluste; sie schwankten zwischen 1,85 v. H. (Minden) und 8,42 v. H. (Büren) der jeweiligen Bevölkerungen von 1910.

Im größten westfälischen Regierungsbezirk, Arnsberg, verteilte sich der Wanderungsgewinn auf 6 Stadtkreise[40]) und 6 Landkreise[41]). Er belief sich in diesen 12 Kreisen zusammen auf 48 800 Personen, wovon auf Stadt- und Landkreis Dortmund allein 30 800 entfielen. In 17 Kreisen des Bezirks aber überwog die Abwanderung, die im Stadtkreis Gelsenkirchen mit 20 900 Personen absolut und im Landkreis Gelsenkirchen mit 16,40 v. H. der Anfangsbevölkerung relativ am größten war. Sie betrug insgesamt mehr als 90 000 Menschen, so daß dieses einstige Zuzugsgebiet mit einem Wanderungsverlust von 41 700 Personen abschloß.

Hessen-Nassau.

Die Provinz Hessen-Nassau hatte einen Regierungsbezirk mit überwiegender Zu- und einen solchen mit überwiegender Abwanderung. Beim Bezirk Kassel waren die Kreise mit Wanderungsgewinn stark in der Minderheit. Im Stadtkreis Kassel erreichte er die größte absolute (16 300), im Landkreis Kassel die größte relative Höhe (16,94 v. H. der Bevölkerung 1910). Bemerkenswert groß war die Zuwanderung noch in den Kreisen Fulda (7200; 11,40 v. H.), Hanau (Land) (3400; 5,97 v. H.) und in dem vom Regierungsbezirk völlig getrennt liegenden Kreise Herrschaft Schmalkalden (4900; 11,06 v. H.). Ganz unbedeutende Gewinne verzeichneten die Kreise Gelnhausen und Wolfhagen. Die übrigen 17 Kreise hatten Wanderungsverluste; beim Kreise Frankenberg erreichte er eine Höhe von 30,99 v. H. der Ausgangsbevölkerung.

Im Regierungsbezirk Wiesbaden waren die Verluste der 9 Abwanderungskreise[42]) verhältnismäßig gering; in keinem von ihnen erreichte er 5 v. H. der Bevölkerung von 1910. Von dem

[40]) Dortmund, Hagen, Hamm, Hörde, Siegen und Witten.

[41]) Dortmund (Land), Hamm (Land), Iserlohn (Land), Altena, Lippstadt und Soest.

[42]) Biedenkopf, Oberlahnkreis, Sankt Goarshausen, Unterlahnkreis, Untertaunuskreis, Unterwesterwaldkreis, Usingen, Wiesbaden (Stadt) und Wiesbaden (Land).

48 400 Personen betragenden Wanderungsgewinn der 8 Zuwanderungskreise entfielen vier Fünftel auf den Stadtkreis Frankfurt am Main.

Rheinprovinz.

Ab- und Zuwanderungskreise liegen in der Rheinprovinz, wenn man von den beiden südlichen Regierungsbezirken absieht, in ziemlicher Mischlage. Der Bezirk Trier zeigte reinen Abwanderungscharakter, weil sein industrieller Teil, das Saargebiet, bei der Zählung 1925 nicht berücksichtigt werden konnte. Nur der ans Saargebiet grenzende Kreis Merzig-Wadern (Rest) hatte einen Wanderungsgewinn, während in allen anderen Kreisen (9) einschließlich des Stadtkreises Trier die Abwanderung überwog.

Nicht viel anders liegen die Verhältnisse im Regierungsbezirk Koblenz. Hier hatten von 14 Kreisen nur 4 Wanderungsgewinne, der Landkreis Koblenz, die Kreise Ahrweiler und Neuwied sowie der von der Provinz ganz getrennte Kreis Wetzlar. Den übrigen 10 Kreisen gingen durch Mehrabwanderung 27 300 Menschen verloren. Relativ am größten war der Verlust im Kreise Adenau, der 16,17 v. H. der Bevölkerung von 1910 einbüßte.

Der Bezirk Aachen hatte einen kleinen Wanderungsverlust, obwohl hier den 6 Kreisen mit überwiegender Zuwanderung nur 3 mit Mehrabwanderung gegenüberstanden. Sie war aber im Stadtkreis Aachen (4600; 2,92 v. H.) und im Kreise Schleiden (3400; 7,14 v. H.) nicht unbedeutend.

Die drei fünfjährigen Zählperioden vor dem Kriege hatten für den Regierungsbezirk Köln mit einem von Jahrfünft zu Jahrfünft sich verringernden Wanderungsgewinn abgeschlossen[43]). Der Zeitraum 1910—1925 brachte ihm aber im Gegensatz zu den Bezirken Arnsberg und Düsseldorf, bei denen in den Vorkriegsjahren die gleiche Entwicklung zu beobachten war, wieder einen beträchtlichen Wanderungsüberschuß. Nur 4 Kreise des Bezirkes zeigten Abwanderung. Sie war bedeutend im Stadtkreise Bonn (4700; 5,30 v. H.) und im Kreise Wipperführt (2700; 9,13 v. H.), dagegen waren die Verluste der Kreise Gummersbach und Waldbröl sehr gering. Der insgesamt 8100 Personen betragenden Abwanderung steht aber eine Mehrzuwanderung von 84 100 Menschen in 8 Kreisen gegenüber. Fast 50 000 dieses Gewinnes entfielen auf den Stadtkreis Köln. Auch hier ist wie bei anderen Großstädten die Tatsache zu konstatieren, daß der zur Großstadt gehörige Landkreis besonders starken Zuzug hatte. Man darf wohl annehmen, daß diese Erscheinung mit den häufig zu beobachtenden

---

[43]) 1895 — 1900: + 40 300
1900 — 1905: + 31 700
1905 — 1910: + 16 200
(„Wirtschaft und Statistik", 7. Jahrg., 1927, Seite 310).

Ansiedlungen zusammenhängt, die an der Peripherie der Großstädte außerhalb des Stadtgebietes entstanden sind.

Außerordentlich verwickelt liegen die Dinge im Regierungsbezirk Düsseldorf[44]). Hier liegen allein 10 Großstädte, für die sich Zahlenangaben im allgemeinen erübrigen, weil ich die Großstädte schon an anderer Stelle im Zusammenhang behandelt habe. Im rechtsrheinischen Teil des Bezirks hatten die Stadtkreise Barmen und Elberfeld (hauptsächlich Textilindustrie) starke Abwanderung, ferner die im Ruhrgebiet liegenden Stadtkreise Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr und Sterkrade (bei letzteren beiden war sie nur unbedeutend). Im Gebiet der rheinischen Kleineisenindustrie hatte der Stadtkreis Solingen einen kleinen Wanderungsverlust, der Stadtkreis Remscheid einen unbedeutenden Gewinn. Einen bemerkenswert hohen Wanderungsgewinn aber verzeichnete der Landkreis Solingen (13 200; 8,5 v. H.); er übertraf damit den Verlust des gleichnamigen Stadtkreises um das 14fache. Verluste hatten auf der rechten Rheinseite dann nur noch die Kreise Mettmann, Lennep und der ganz im Norden liegende Rees. Linksrheinisch fällt besonders die starke Abwanderung aus dem Stadtkreis Krefeld auf (Seidenindustrie). Mit dem Verlust eines Fünftels der Bevölkerung von 1910 durch Wanderung steht Krefeld unter den preußischen Großstädten relativ an erster Stelle, bezüglich der absoluten Höhe des Wanderungsverlustes wird es nur noch von Kiel übertroffen (der Landkreis Krefeld hatte einen kleinen Wanderungsgewinn [1600]). Gleichfalls Abwanderung hatten die Stadtkreise M.-Gladbach und Rheydt, die Mittelpunkt der rheinischen Wollindustrie sind. Mit zusammen 6900 Personen kommt dieser Verlust dem Krefelds nicht entfernt nahe. Sehr hohe Wanderungsverluste aber hatten die Kreise Geldern, Gladbach, Grevenbroich und Kempen (Rheinprovinz), die insgesamt 81 600 Menschen verloren. Zuwanderung hatten auf dieser Seite des Rheines nur der Kreis Mörs (14 000; 10,61 v. H.) mit Steinkohlenindustrie, der Stadt- und Landkreis Neuß (zusammen 5500) und eine ganz geringe der Kreis Kleve. Die Hauptzuwanderungspunkte liegen in dem rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks. Den weitaus größten Wanderungsgewinn verzeichnete Düsseldorf mit über 70 000 Personen. Es ist dies, wenn man von Berlin absieht, absolut der größte Gewinn, den eine preußische Großstadt aufzuweisen hatte. Mit einem relativen Gewinn von 20 v. H. der Ausgangsbevölkerung steht Düsseldorf an der Spitze der Großstädte Preußens. Im Bezirk folgen dann mit beträcht-

[44]) Die zahlreichen Umgemeindungen in diesem Bezirk, die nach der Volkszählung 1925 erfolgt sind, konnten ebenso wie bei den bereits behandelten Regierungsbezirken Münster und Arnsberg nicht berücksichtigt werden; allen Angaben liegt der Gebietsstand 1925 zugrunde.

lichem Abstand die Großstädte Essen, Hamborn und Duisburg. Auch die zu Düsseldorf und Essen gehörigen Landkreise hatten erhebliche Gewinne (13 100 bzw. 9200). Beachtenswert ist vor allem der große Wanderungsgewinn des Kreises Dinslaken, der mit 23 400 Menschen 68,55 v. H. der Anfangsbevölkerung ausmachte. Diese ungewöhnliche Zunahme läßt auf eine Ausweitung des Ruhrgebietes schließen, die mit dem nach Norden gerichteten Zug der zum Abbau kommenden Kohlenflöze zusammenhängt. Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Regierungsbezirk Düsseldorf in insgesamt 16 Kreisen eine Mehrabwanderung von 151 400 Personen aufwies und damit noch den Verlust des größten preußischen Abwanderungsgebietes, Ostpreußens, in seinen sämtlichen Wegzugskreisen ein wenig übertraf. Diesem Verlust stand freilich ein Wanderungsgewinn von 204 500 Menschen gegenüber. Die Zahlen lassen, selbst wenn man die außerordentliche Bevölkerungsdichte des Bezirkes in Betracht zieht, auf einen sehr regen Bevölkerungsaustausch schließen. Da die Zuzugs- und Wegzugskreise sich über den ganzen Bezirk verteilen, ist anzunehmen, daß der Menschenbedarf in den einen zum großen Teil durch den Überschuß in den anderen gedeckt wurde. Etwas genaueren Aufschluß über diese Frage wird uns noch die Statistik des Wohnsitzes bei Kriegsausbruch geben.

Hohenzollern.

Zum Schluß sei noch der Vollständigkeit halber das Hohenzollerische Ländchen erwähnt, das in einem seiner Oberämter, Sigmaringen, einen kleinen Wanderungsüberschuß aufwies (86; 0,36 v. H.). Die übrigen drei Oberämter (Gammertingen, Haigerloch, Hechingen) hatten Wanderungsverluste, die sich aber bei allen drei sowohl absolut wie relativ in bescheidenen Grenzen hielten.

V.

Die Binnenwanderungen in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925 auf Grund der Befragung der Bevölkerung nach dem Wohnsitz bei Kriegsausbruch.

Die Zahlen der Wanderungsbilanzen gaben ein Bild von den Wanderungsüber- bzw. -unterschüssen in den verschiedenen Gebietsteilen Preußens. Die Ergebnisse der Wohnsitzbefragung werden zeigen, in welchem Verhältnis am 16. Juni 1925 die seit Kriegsausbruch seßhafte zu der in der Zwischenzeit gewanderten Bevölkerung stand. Diese Untersuchung erstreckt sich — wie schon früher ausgeführt — nur auf einen Teil der gesamten Wohnbevölkerung, nämlich die Personen, die schon vor dem 1. August 1914 geboren waren. Den Verhältniszahlen kommt deshalb in den Statistiken dieses Kapitels eine erhöhte Bedeutung zu.

In Übersicht VII (s. S. 48) sind für die preußischen Provinzen und den Staat aus dem durch die Wohnsitzbefragung erfaßten Personenkreise drei Gruppen herausgegriffen worden:

1. Personen, die bei Kriegsausbruch im Zählkreis gewohnt haben (man kann sie als altansässige Bevölkerung bezeichnen, obwohl sich hierunter auch Personen befinden, die innerhalb des Kreises gewandert sind),
2. Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Kreise der Zählprovinz hatten,
3. Personen, die am 1. August 1914 in einer anderen preußischen Provinz oder in einem anderen deutschen Lande wohnten.

Es fehlen in dieser Aufstellung alle Personen, deren Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges außerhalb des Deutschen Reiches (Gebietsstand 1925) war oder nicht ermittelt werden konnte.

Die Zahl der Personen, deren Wohnsitz sich schon bei Kriegsausbruch im Zählkreis befand, gibt einen Maßstab für das Verhältnis der altansässigen zur gesamten zugewanderten Bevölkerung. Von den zugezogenen Personen sind hier nur die Binnenwanderer aufgeführt, die in die erwähnten beiden Gruppen zerfallen. Eine vergleichsweise Gegenüberstellung des Zuzuges aus Kreisen der Heimatprovinz und der Zuwanderung aus reichsdeutschen Gebietsteilen außerhalb der Zählprovinz läßt nicht ohne weiteres einen Schluß auf eine größere oder geringere Anziehungskraft der einzelnen Landesteile zu. Um einen solchen Vergleich

ÜBERSICHT VII

Die Bevölkerung Preußens und seiner Provinzen nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Weltkrieges[45]).

Gebiete	Am 16. Juni 1925 ermittelte Personen, die vor dem 1. August 1914 geboren waren						
	überhaupt	davon wohnten bei Kriegsausbruch					
		im Zählkreis		in einem and. Kreise der Zählprovinz		im Deutschen Reich (Stand 1925) außerhalb der Zählprov.	
	Zahl 1000	Zahl 1000	v. H. der Spalte 1	Zahl 1000	v. H. der Spalte 1	Zahl 1000	v. H. der Spalte 1
	1	2	3	4	5	6	7
Ostpreußen	1 791,8	1 430,0	79,8	205,3	11,5	54,3	3,0
Stadt Berlin	3 597,4	2 934,7	81,6	–	–	447,8	12,4
Brandenburg	2 183,6	1 671,2	76,5	121,1	5,5	246,2	11,3
Pommern	1 533,7	1 213,4	79,1	116,9	7,6	96,5	6,3
Grenzmark Posen-Westpreußen	267,6	208,6	78,0	7,5	2,8	18,7	7,0
Niederschlesien	2 561,9	2 041,4	79,7	247,2	9,6	136,2	5,3
Oberschlesien	1 076,1	882,1	82,0	78,9	7,3	37,4	3,5
Sachsen	2 699,7	2 199,1	81,5	170,1	6,3	211,5	7,8
Schleswig-Holstein	1 263,3	979,5	77,5	108,3	8,6	124,5	9,9
Hannover	2 627,2	2 167,2	82,5	165,9	6,3	198,0	7,5
Westfalen	3 839,1	3 114,9	81,1	282,9	7,4	292,0	7,6
Hessen-Nassau	1 991,1	1 678,3	84,3	85,2	4,3	143,9	7,2
Rheinprovinz	5 933,1	4 990,6	84,1	407,0	6,9	331,6	5,6
Hohenzollern	58,9	53,0	90,0	0,6	1,0	4,0	6,9
Preußen	31 424,5	25 564,0	81,3	1996,7	6,4	2342,7	7,5

anstellen zu können, müßte man bei den betreffenden Gebietsteilen die Größen, das Verhältnis ihrer Flächen zur Länge der Inlandsgrenzen und die Zahl der reichsdeutschen Nachbargebiete in Rechnung stellen. Auch über die Wanderungsstrecken läßt sich auf Grund der Ergebnisse dieser Statistik nichts aussagen. Es ist beispielsweise durchaus möglich, daß Personen, die aus einem anderen Kreise der Zählprovinz zugezogen, unter Umständen einen weit größeren Weg zurückgelegt haben als solche, die vorher in einer anderen Provinz oder auch in einem anderen deutschen Lande ihren Wohnsitz hatten.

[45]) „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, II; Seite 546. Personen, die am 1. August 1914 außerhalb des Deutschen Reiches (Gebietsstand 1925) ihren Wohnsitz hatten, sind nicht berücksichtigt.

Was nun die Ergebnisse im einzelnen anlangt, so zeigt es sich, daß der Anteil der Altansässigen in den preußischen Provinzen um 80 v. H. der vor Kriegsausbruch geborenen Wohnbevölkerung schwankte. Am geringsten war er in den ostelbischen Provinzen. Auszunehmen sind hierbei lediglich die Provinz Oberschlesien und die Stadt Berlin. Bei ihnen lag der Anteil der seßhaften Personen wie bei den westelbischen Landesteilen über 80 v. H. der Wohnbevölkerung. Den niedrigen Anteilssatz der Altansässigen in den östlichen preußischen Gebietsteilen führt die Reichsstatistik[46]) hauptsächlich auf zwei Gründe zurück:

1. die Rückwanderung aus den abgetretenen deutschen Landesteilen — sie wurde schon ausführlich behandelt — und
2. den Umstand, daß die ausländischen Wanderarbeiter bei der Zählung 1925 zur Wohnbevölkerung gerechnet wurden.

Ein ungefähres Bild von dem Einfluß der zuletzt erwähnten Tatsache mögen die folgenden Zahlen geben.

Es handelt sich hier um die im Jahre 1925 in der Landwirtschaft beschäftigten ausländischen Personen (in der Hauptsache Wanderarbeiter)[47]).

	(1000)		(1000)
Ostpreußen	9,2	Provinz Sachsen	27,0
Brandenburg	18,0	Schleswig-Holstein	0,8
Berlin	0,1	Hannover	8,8
Pommern	21,6	Westfalen	1,8
Grenzmark	0,7	Hessen-Nassau	1,8
Ober- und Niederschlesien	12,6	Rheinprovinz	4,7

Weitaus am meisten ausländische Arbeiter wurden in der Landwirtschaft Sachsens beschäftigt. Die große Zahl der Wanderarbeiter in den Ostgebieten mußte sich um so stärker in dem erwähnten Sinne auswirken, als es sich hier im Gegensatz zum Westen meist um dünner besiedelte Gegenden vorwiegend landwirtschaftlichen Charakters handelt.

Zu erwähnen ist noch, daß die seßhafte Bevölkerung mit 90 v. H. der Wohnbevölkerung im Hohenzollerischen Ländchen ungewöhnlich groß war.

Die Spalten 4 und 5 der Tabelle VII geben absolut und relativ die Zahl der innerhalb der Zählprovinz gewanderten Personen an, soweit bei diesen Umsiedlungen Kreisgrenzen überschritten wurden. Verhältnismäßig am größten war der Zuzug aus Kreisen der Heimatprovinz in Ostpreußen. Die relativ große flächenmäßige Ausdehnung dieses Landesteiles, insbesondere die große Zahl der

[46]) Vgl. „Statistik des Deutschen Reichs", 401, II; Seite 546.
[47]) „Statistische Korrespondenz", 53. Jahrg., Nr. 11.

Kreise, aus denen eine Zuwanderung möglich war, sind der Grund für diese Erscheinung. Immerhin kann man hieraus auch auf einen besonders regen Bevölkerungsaustausch innerhalb des Zählgebietes schließen. Gleichfalls sehr hoch gemessen an der Wohnbevölkerung war die Zahl der Umsiedlungen innerhalb der Heimatprovinz bei Niederschlesien und Schleswig-Holstein. Auch bei den Provinzen Pommern, Oberschlesien, Westfalen und Rheinland lagen die entsprechenden Zahlen über dem preußischen Durchschnitt. Daß bei der Provinz Grenzmark und bei Hohenzollern die Anteilszahlen so beträchtlich unter dem Durchschnitt lagen, ist auf die Kleinheit dieser Gebietsteile zurückzuführen.

Von der Größe des Zuzuges aus reichsdeutschen Gebietsteilen außerhalb der Provinz geben die letzten beiden Spalten der Übersicht ein Bild. Bei Ostpreußen betrug diese Zuwanderung nur ein Viertel des Bevölkerungsaustausches innerhalb der Provinz. Hierfür ist der Hauptgrund die exponierte Lage dieses Landesteiles gegenüber dem übrigen Reichsgebiet. Außerdem dürfte sich in diesem Ergebnis die geringe Anziehungskraft der östlichsten preußischen Provinz ausdrücken. Ähnliche Verhältnisse — doch nicht in so krasser Ausprägung — liegen bei Nieder- und Oberschlesien vor, wo in beiden Fällen der Zuzug aus dem übrigen Reichsgebiet nur etwa halb so groß war wie die Wanderung in der Provinz selbst.

Im Gegensatz zu den bisher erwähnten drei Provinzen war der Anteil der in die Provinz hineingewanderten Personen an der Wohnbevölkerung ungewöhnlich hoch bei Brandenburg. Er war mit 11,3 v. H. etwa doppelt so groß wie der Anteil der in der Provinz gewanderten Personen. Die zentrale Lage des Landesteiles macht sich hier bemerkbar, auch dürfte der Bevölkerungsaustausch mit Berlin diese Zahl stark mitbestimmt haben. Nicht zuletzt aber ist dieser hohe Anteilssatz als ein Ausdruck der Anziehungskraft des zentralen preußischen Zuwanderungsgebietes zu werten. Ein Vergleich mit Berlin ist nicht am Platze, weil bei dieser Stadt eine Unterscheidung der Zuzugsarten wie bei den Provinzen nicht möglich ist. In der Rheinprovinz konnten am Zähltage 330 000 Menschen ermittelt werden, die seit Kriegsausbruch aus anderen preußischen Provinzen und den übrigen deutschen Ländern zugezogen waren. Absolut übertraf diese Zuwanderung die Brandenburgs um 85 000 Personen; sie war aber mit 5,6 v. H. der Wohnbevölkerung relativ schwach und lag nicht unbeträchtlich unter dem preußischen Durchschnitt. Von einer Behandlung der übrigen Provinzen soll hier Abstand genommen werden. Insbesondere braucht an dieser Stelle nicht im einzelnen auf die Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen eingegangen zu werden, weil die nächste Tabelle in detaillierterer Form die Verhältnisse weiter klarstellen soll.

ÜBERSICHT VIII

Die Binnenwanderer in den preußischen Regierungsbezirken[48]).

Regierungsbezirke	Am 16. Juni 1925 ermittelte Personen, die bei Kriegsausbruch im Deutschen Reich (Gebietsstand 1925) ihren Wohnsitz hatten, und zwar			
	außerhalb des Zählkreises		außerhalb der Zählprovinz	
	a) absolut (in Tausend); b) in v. H. der Wohnbevölkerung 1925, die vor dem 1. August 1914 geboren war.			
	a)	b)	a)	b)
Königsberg	114,3	15,6	20,1	2,7
Gumbinnen	60,2	14,1	11,5	2,7
Allenstein	58,4	14,0	15,5	3,7
Westpreußen	26,8	12,7	7,3	3,4
Stadt Berlin	447,8	12,5	447,8	12,5
Potsdam	217,7	19,7	155,4	14,1
Frankfurt	149,6	13,9	90,8	8,4
Stettin	116,0	14,7	54,4	6,9
Köslin	61,8	11,4	24,5	4,5
Stralsund	35,6	17,7	17,6	8,7
Schneidemühl	26,2	9,8	18,7	7,0
Breslau	225,6	14,5	76,0	4,9
Liegnitz	157,7	15,6	60,2	5,9
Oppeln	116,3	10,8	37,4	3,5
Magdeburg	160,2	14,8	83,0	7,7
Merseburg	168,7	14,7	92,5	8,0
Erfurt	52,8	11,3	36,0	7,7
Schleswig	232,8	18,5	124,5	9,9
Hannover	115,5	16,5	58,9	8,4
Hildesheim	73,7	15,0	41,3	8,4
Lüneburg	73,5	14,8	40,7	8,2
Stade	42,3	11,4	23,1	6,3
Osnabrück	31,7	9,3	17,7	5,2
Aurich	27,1	11,9	16,3	7,2
Münster	175,0	17,7	87,5	8,9
Minden	67,5	10,3	33,3	5,1
Arnsberg	332,4	15,1	171,2	7,8
Kassel	91,0	10,2	51,5	5,8
Wiesbaden	138,0	12,5	92,5	8,4
Koblenz	52,0	8,2	21,4	3,4
Düsseldorf	457,3	14,4	233,2	7,3
Köln	159,0	13,4	57,2	4,8
Trier	22,7	6,1	5,4	1,4
Aachen	47,6	8,4	14,4	2,6
Sigmaringen	4,6	7,8	4,0	6,9
Preußen	4339,3	13,8	2342,7	7,5

[48]) Berechnet auf Grund der Unterlagen in „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I; Seite 436/437.

Die Übersicht VIII ist ganz auf die Binnenwanderung abgestellt. Sie gibt in der ersten Spalte für die einzelnen preußischen Regierungsbezirke die absolute Zahl der Personen an, die in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925 innerhalb des deutschen Reichsgebietes wenigstens eine Umsiedlung vorgenommen haben. Die zweite Spalte enthält den v. H.-Satz dieses Personenkreises an der Wohnbevölkerung. Personen, die erst nach Kriegsausbruch geboren wurden, sind in keinem Falle berücksichtigt. In der letzten Spalte ist angegeben, wie hoch der Anteil des Zuzuges aus Landesteilen außerhalb der Zählprovinz an der Gesamtzuwanderung aus reichsdeutschen Gebietsteilen war.

Die Zahl der Personen, die seit Kriegsausbruch ihren Wohnsitz innerhalb des Reiches verlegt hatten, war absolut am größten im Regierungsbezirk Düsseldorf. Ihm folgt in kurzem Abstande die Stadt Berlin und dann in einem größeren der Regierungsbezirk Arnsberg. In Wirklichkeit waren diese Zahlen noch etwas größer, weil Kinder, die nach dem 1. August 1914 geboren wurden, in ihnen nicht enthalten sind. Im übrigen erfüllen die Bestandszahlen dieser Übersicht lediglich den Zweck, ein ungefähres Bild von der tatsächlichen Größe der Binnenwanderung in den einzelnen Bezirken zu vermitteln.

Für die Beurteilung der Wanderung sind von größerer Bedeutung die Verhältniszahlen. Allerdings sind auch dabei einige Vorbehalte zu machen. Wie groß der Anteil der in den verschiedenen Regierungsbezirken aus Gebietsteilen außerhalb des Bezirks zugezogenen Binnenwanderer war, kann leider nicht gesagt werden, weil die Auszählung in der Weise erfolgt ist, daß die bei Ausbruch des Krieges im Zählkreis Wohnhaften festgestellt, als nächste Gruppe aber alle Personen ermittelt wurden, die zu diesem Termin in einem anderen Kreise der Zählprovinz ihren Wohnsitz hatten. Die Zahlen der zweiten Spalte geben also an, wie hoch die gesamte Binnenwanderung in den Regierungsbezirken einschließlich der Umsiedlungen von Kreis zu Kreis innerhalb des Bezirkes im Vergleich zur 1925 ermittelten Wohnbevölkerung war. Sind die Zahlen groß, so besagt dies noch nicht, daß man es mit einem Zuwanderungsgebiet im Sinne eines Gebietes mit Wanderungsüberschuß zu tun hat; denn der Zuwanderung kann eine ebenso große, vielleicht sogar größere Abwanderung gegenübergestanden haben. So sind diese Zahlen häufig nur ein Maßstab für den mehr oder weniger lebhaften Bevölkerungsaustausch des Bezirkes.

Der durchschnittliche Anteil der innerhalb des Reiches umgesiedelten Personen an der Gesamtbevölkerung betrug in Preußen 13,8 v. H. Erheblich über diesem Durchschnitt lag mit 19,7 v. H.

der Regierungsbezirk Potsdam. Von den hier ermittelten Personen über 11 Jahre hatte also seit 1914 jede fünfte wenigstens einmal innerhalb des Reichsgebietes den Wohnsitz gewechselt. Ebenfalls sehr hoch lagen die entsprechenden Anteilszahlen bei den Bezirken Schleswig, Münster und Stralsund. Beim Bezirk Schleswig, den wir schon als Abwanderungsgebiet kennengelernt haben, betrug sie 18,5 v. H. der Wohnbevölkerung. Das läßt auf einen regen Bevölkerungsaustausch, vielleicht auf eine Umkehrung der Wanderungsrichtung während der Beobachtungszeit schließen. Mit mehr als 15,0 v. H. der Wohnbevölkerung überschritt die Binnenzuwanderung den preußischen Durchschnitt noch beträchtlich in den Regierungsbezirken Hannover, Königsberg, Liegnitz, Arnsberg und Hildesheim. Außerordentlich gering (unter 9,0 v. H.) war anteilsmäßig die zugezogene Bevölkerung in den rheinischen Regierungsbezirken Trier, Koblenz und Aachen sowie im Bezirk Sigmaringen. Landesteile mit schwachem Zuzug von Binnenwanderern waren außerdem die Bezirke Osnabrück, Schneidemühl, Kassel, Minden, Oppeln, Erfurt, Köslin, Stade und Aurich. In keinem der zuletzt genannten 9 Bezirke erreichte er 12,0 v. H. der Bevölkerung. Bei den übrigen in diesem Zusammenhange noch nicht erwähnten Regierungsbezirken und bei Berlin schwankte der Anteil der aus dem Reichsgebiet Zugezogenen zwischen 12,0 und 14,9 v. H. der Bevölkerung, lag also nicht wesentlich über bzw. unter dem Durchschnitt des Staates.

Die Zahlen der 3. und 4. Spalte sind geeignet, das bisher gewonnene Bild in bestimmter Richtung zu erweitern. Es handelt sich hier um die Binnenwanderung ausschließlich des Zuzuges aus Kreisen der Provinz, zu der der betreffende Regierungsbezirk gehört. Die Verhältniszahlen geben, da man es hierbei im allgemeinen mit Fernwanderung zu tun hat, ein Bild von der Anziehungskraft der einzelnen Bezirke auf Binnenwanderer entfernterer Gegenden. Untereinander sind sie aber nur vergleichbar, wenn man die Lage der fraglichen Landesteile mitberücksichtigt.

Bei den Regierungsbezirken Schneidemühl, Oppeln und Schleswig, die für sich je eine Provinz bilden, handelt es sich hier um eine Wiederholung der entsprechenden Zahlen aus Tabelle VII. Die für Ostpreußen schon im ersten Teil dieses Kapitels festgestellte geringe Anziehungskraft auf Wanderer aus dem übrigen Reichsgebiet bestätigt sich auch für die vier Regierungsbezirke der Provinz im einzelnen. In den drei Abwanderungsbezirken des Rheinlandes (Trier, Koblenz und Aachen) lagen die entsprechenden Anteilszahlen zum Teil noch niedriger. Nimmt man noch das Grenzland Oberschlesien hinzu, dann zeigt es sich, daß in keinem der genannten Regierungsbezirke der Zuzug aus reichsdeutschem Gebiet außerhalb der Provinz 4 v. H. der Wohnbevölkerung aus-

machte, während in allen anderen Landesteilen der Anteilssatz darüber lag. Die Annahme scheint deshalb berechtigt, daß neben der geringen Anziehungskraft — es handelt sich ja ausnahmslos um Abwanderungsgebiete — die periphere Lage dieser Landesteile zum Reichsgebiet sich in dem Ergebnis ausdrückt. In den niederschlesischen Regierungsbezirken war die Zuwanderung aus deutschen Gebietsteilen außerhalb der Heimatprovinz gleichfalls nur unbedeutend; die Anteilszahl des zentraler gelegenen Bezirks Liegnitz war etwas höher als die des Bezirks Breslau. Ziemliche Unterschiede zeigen in dieser Hinsicht die Regierungsbezirke Pommerns. Während im Bezirk Köslin die Zuwanderung aus nichtpommerschen Landesteilen nur schwach war, war sie im Regierungsbezirk Stralsund, gemessen an der Wohnbevölkerung, größer als durchschnittlich in Preußen. Etwa in der Höhe dieses Durchschnitts lagen die Anteilszahlen bei den sächsischen Bezirken. In den östlichen Regierungsbezirken Hannovers (Hannover, Hildesheim und Lüneburg) war der Zuzug aus dem Reichsgebiet außerhalb der Provinz größer als in den westlichen. Allerdings war in den erstgenannten die gesamte Binnenwanderung überhaupt stärker als in den übrigen Bezirken dieses Landesteiles. Bei den einzelnen Regierungsbezirken Westfalens stammte durchgängig die Hälfte der gezählten Binnenwanderer nicht aus der Provinz. In Hessen-Nassau war die Zuwanderung aus Landesteilen außerhalb der Provinz beim Regierungsbezirk Wiesbaden anteilmäßig viel höher als beim Bezirk Kassel.

Im Zeitraum 1910—1925 war der Wanderungsgewinn des Regierungsbezirks Köln, gemessen an der Ausgangsbevölkerung, etwa 4 mal so groß als der des Bezirks Düsseldorf. Diese Erscheinung beruht, wie wir gesehen haben, auf der Tatsache, daß der Bezirk Köln nur wenige Abwanderungskreise — noch dazu mit verhältnismäßig geringen Wanderungsverlusten — hatte, während Düsseldorf, der volksreichste preußische Regierungsbezirk, neben Kreisen mit bedeutenden Wanderungsgewinnen auch zahlreiche Kreise mit beträchtlichen Verlusten aufwies. Dagegen war die Zahl der ermittelten Binnenwanderer, die seit Kriegsbeginn einen Wohnsitzwechsel vorgenommen hatten, im Bezirk Düsseldorf prozentual größer als im Bezirk Köln. Da es sich im zweiten Falle um einen fast vier Jahre kürzeren Zeitraum handelt und über die Entwicklung der Wanderungsbewegung vor und nach dem 1. August 1914 Aussagen nicht gemacht werden können, lassen sich diese beiden Tatsachen nicht ohne weiteres in einen Zusammenhang bringen. Wenn man aber weiter berücksichtigt, daß nach der Wanderungsbilanz des Preußischen Statistischen Landesamts[49]) der Bezirk Düsseldorf in der Zeit vom 1. De-

[49]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", Bd. 26, Seite 22 ff.

zember 1910 bis zum 8. Oktober 1919 mit einem Wanderungsverlust abschnitt, in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis zum Schluß des Gesamtzeitraumes aber einen Wanderungsgewinn verbuchen konnte, während der Regierungsbezirk Köln in beiden Teilabschnitten durch Wanderung gewann, dann wird man schließen dürfen, daß im erstgenannten Bezirk der Menschenumschlag in der Zeit von Kriegsbeginn bis zum Zähltermin 1925 größer gewesen ist. Der Vergleich beider Bezirke zeigt ferner, daß der Zuzug aus reichsdeutschen Gebietsteilen außerhalb des Rheinlandes bei Düsseldorf erheblich größer war als bei Köln. Vielleicht hat beim Bezirk Düsseldorf der Bevölkerungsaustausch mit dem westfälischen Teil des Ruhrgebietes dieses Ergebnis stark beeinflußt, es ist aber auch möglich, daß Düsseldorf, der industriereichste rheinische Regierungsbezirk, eine stärkere Anziehungskraft auf abgelegenere Landesteile ausgeübt hat. Immerhin war auch in diesem Bezirk der Zuzug aus Kreisen der Heimatprovinz fast ebenso groß wie die Zuwanderung aus dem übrigen Reichsgebiet. Daß es sich hierbei in erster Linie um einen Bevölkerungsaustausch innerhalb des Bezirks gehandelt hat, ist deshalb anzunehmen, weil mehr als die Hälfte aller Einwohner des Rheinlandes auf den Bezirk Düsseldorf entfielen und die einzelnen Kreise bezüglich der Wanderungstendenz gerade hier große Gegensätze aufwiesen.

Den außerordentlich hohen Anteil der Zuwanderung aus außerprovinziellen Landesteilen an dem Gesamtzuzug aus dem Reichsgebiet bei Brandenburg habe ich schon an anderer Stelle hervorgehoben. Beim Regierungsbezirk Potsdam betrug der entsprechende Anteilssatz 14,1 v. H. der Wohnbevölkerung. Der Zuzug aus deutschen Gebietsteilen außerhalb Brandenburgs machte damit fast drei Viertel der Gesamtbinnenwanderung aus. Man darf nicht übersehen, daß dieses Ergebnis zum Teil auf den wechselseitigen Bevölkerungsaustausch mit der Landeshauptstadt zurückzuführen ist, weil der Zuzug aus Berlin beim Bezirk Potsdam ja als Zuwanderung aus dem übrigen Reichsgebiet registriert wurde. In erster Linie aber drückt sich hierin die große Anziehungskraft des Hauptzuwanderungsbezirks in der Mitte Preußens aus. Auch im Bezirk Frankfurt — einst Abwanderungsgebiet — erreichte der Zuzug aus deutschem Gebiet außerhalb der Provinz eine bemerkenswerte Höhe. Erwähnt sei noch, daß die Zuwanderung aus Landesteilen außerhalb der Heimatprovinz beim Regierungsbezirk Schleswig gleichfalls sehr bedeutend war.

Die Darstellung der Binnenwanderung im Zeitraum 1914 bis 1925 auf Grund der Befragung der Bevölkerung nach dem Wohnsitz bei Kriegsausbruch soll abgeschlossen werden mit einer Untersuchung über den Einfluß der Großstädte auf den Zuzug

aus reichsdeutschem Gebiet in den zugehörigen Regierungsbezirken. Gleichzeitig handelt es sich hierbei um einen Vergleich der Anziehungskraft der Großstädte und ihrer Bezirke auf Binnenwanderer. Zu diesem Zweck ist in Übersicht IX getrennt für Großstädte und Bezirke in den ersten beiden Spalten wiederum der gesamte Zuzug, soweit er auf Binnenwanderung zurückgeht, absolut und relativ angegeben. Die Spalten 3—5 zeigen, wieviel von je 100 ermittelten Binnenwanderern 1. aus einem anderen Kreise der Zählprovinz, 2. aus einer anderen preußischen Provinz und 3. aus einem anderen deutschen Lande zugezogen sind. Die Gegenüberstellung der entsprechenden Anteilszahlen veranschaulicht, wie verschieden sich die Zuwanderung in den Großstädten und den zugehörigen Regierungsbezirken ausschließlich der Großstädte zusammensetzte.

Ganz allgemein ist zunächst festzustellen, daß bei den Großstädten die Zahl der gezählten Binnenwanderer im Vergleich zur Wohnbevölkerung größer war als in den Bezirken. Eine Ausnahme hiervon machten lediglich Stettin und zwei linksrheinische Großstädte, Krefeld und M.-Gladbach — die letzteren beiden hatten im Zeitraum 1910—1925 starke Wanderungsverluste —. Besonders groß war der Anteil der Binnenwanderer an der Gesamtbevölkerung, verglichen mit dem zugehörigen Regierungsbezirk, in den Städten Erfurt, Hannover, München, Kassel, Frankfurt a. M., Wiesbaden und Hamborn. Diese hohen Prozentsätze erklären sich einerseits durch die verhältnismäßig niedrigen Geburtenüberschüsse in den Großstädten, die zur Folge haben, daß die Zahl der zugezogenen Personen anteilig stärker in Erscheinung tritt, anderseits drückt sich hierin auch die besondere Stellung der Großstädte in der Wanderbewegung aus. Bei der Betrachtung der Wanderungsergebnisse für die Großstädte im Zeitraum 1910—1925 hatten wir gesehen, daß neben den Städten mit großen Wanderungsgewinnen auch zahlreiche mit beträchtlichen Verlusten vorhanden waren. Jetzt konnten wir die Feststellung machen, daß — von den drei Ausnahmen abgesehen — in allen Großstädten, auch denen mit Wanderungsverlust, die zugezogene Bevölkerung einen größeren Prozentsatz ausmachte als in den Bezirken selbst. Die Bedeutung der Großstädte als Zuwanderungszentren ist damit auch für eine Zeit (1914—1925) unter Beweis gestellt, in der aus mancherlei Gründen diese Entwicklung gehemmt wurde, bisweilen sogar ein Tendenzumschwung zu beobachten war.

Was aber die Zuwanderung aus anderen preußischen Provinzen, insbesondere auch aus außerpreußischen Landesteilen anlangt, so war sie bei den Großstädten im allgemeinen anteilig viel größer als bei ihren Regierungsbezirken. Das gilt sowohl für die östlichsten preußischen Großstädte Königsberg und Breslau,

ÜBERSICHT IX

Die Binnenwanderer in den preußischen Regierungsbezirken mit Großstädten unter Ausschluß der Großstädte und in den Großstädten selbst[50]).

Regierungsbezirk bzw. Stadt	Am 16. Juni 1925 ermittelte Personen, die bei Kriegsausbruch im Deutsch. Reich, aber nicht im Zählkreise ihren Wohnsitz hatten (Gebietsstand 1925)				
	überhaupt		davon wohnten		
	Zahl (1000)	v. H. der Wohnbev. 1925, die vor dem 1. VIII. 14 geb. war	i. einem and. Zählkreis der Zählprov.	in einer anderen preuß. Provinz	in einem anderen deutschen Lande
			in v. H. der 1. Spalte		
	1	2	3	4	5
Königsberg ohne Königsberg	74,5	15,0	85,3	12,9	1,8
Königsberg	39,8	17,0	77,0	18,6	4,4
Stettin ohne Stettin	83,3	14,8	52,8	39,2	8,0
Stettin	32,7	14,4	53,9	36,8	9,3
Breslau ohne Breslau	151,0	14,0	70,6	25,4	4,0
Breslau	74,6	15,7	56,5	37,0	6,5
Magdeburg ohne Magdeburg	120,5	14,6	48,8	33,3	17,9
Magdeburg	39,6	15,7	46,3	32,3	21,4
Merseburg ohne Halle	138,1	14,0	44,9	25,8	29,4
Halle	30,6	18,4	46,3	29,2	24,5
Erfurt ohne Erfurt	34,2	9,7	37,4	30,5	32,1
Erfurt	18,5	16,1	21,5	32,5	46,0
Schleswig ohne Kiel u. Altona	158,7	17,2	50,7	20,0	29,3
Kiel	36,7	20,3	49,2	32,1	18,7
Altona	37,2	23,2	26,2	27,6	46,2
Hannover ohne Hannover	36,8	11,1	48,3	30,9	20,8
Hannover	78,7	21,4	49,3	33,7	17,0
Münster ohne Münster	150,5	16,7	50,2	42,1	7,7
Münster	24,5	27,3	48,9	42,3	8,8
Arnsberg ohne die 3 Großstädte	226,6	13,8	53,3	38,8	7,9
Bochum	22,5	17,6	41,1	50,1	8,8
Dortmund	50,1	18,9	46,8	44,3	8,9
Gelsenkirchen	33,2	20,3	22,9	71,7	5,4
Kassel ohne Kassel	65,4	8,8	45,7	31,4	22,9
Kassel	25,7	17,9	38,0	40,7	21,3
Wiesbaden oh. die 2 Großstädte	49,9	8,3	49,8	26,4	23,8
Frankfurt a. M.	72,4	17,3	22,2	28,0	49,8
Wiesbaden	15,7	17,0	29,2	34,2	36,6
Düsseldorf oh. d. 10 Großstädte	272,1	13,3	57,9	34,5	7,6
Essen	54,2	14,1	29,4	60,2	10,4
Düsseldorf	58,5	15,8	47,6	38,9	13,5
Duisburg	41,5	18,7	44,7	41,6	13,7
Barmen	22,0	13,6	30,5	61,2	8,3
Elberfeld	20,3	14,1	44,6	43,4	12,0
Mülheim a. Ruhr	15,2	14,5	53,4	35,6	11,0
Hamborn	25,6	26,1	36,6	51,4	12,0
Oberhausen	13,9	16,8	49,3	42,3	8,4
Krefeld	12,9	11,4	69,1	21,8	9,1
M.-Gladbach	8,1	8,4	71,7	20,2	8,1
Köln ohne Köln	77,8	13,0	71,1	20,6	8,3
Köln	81,2	13,7	57,2	29,3	13,5
Aachen ohne Aachen	34,1	8,1	70,2	21,6	8,2
Aachen	13,5	9,7	68,7	21,2	10,1

[50]) Berechnet auf Grund der Unterlag. in „Statistik des Deutsch. Reichs", 401, 1; Seite 436—439.

wie für Erfurt, Altona, Münster, Bochum, Dortmund, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Köln und sämtliche Großstädte im Regierungsbezirk Düsseldorf mit Ausnahme von Krefeld und M.-Gladbach. Bei den zuletzt genannten beiden, sowie bei Stettin, Magdeburg und Aachen war die Zuwanderung aus preußischen Gebietsteilen außerhalb der Provinz anteilig etwas geringer als beim entsprechenden Bezirk, während in Halle, Kiel, Hannover, Gelsenkirchen und Kassel der Zuzug aus außerpreußischen Landesteilen schwächer war als im zugehörigen Bezirk. Es ist hierbei immer zu beachten, daß es sich um Prozentsätze der einzelnen Wandererkategorien an der gesamten Binnenwanderung handelt. Will man die Wanderer der einen oder anderen Gruppe in Großstadt und Bezirk in bezug auf ihren Anteil an der Wohnbevölkerung vergleichen, dann müssen die Relativzahlen der 2. Spalte entsprechend berücksichtigt werden. Stellt man z. B. bei den zuletzt erwähnten 5 Großstädten in Rechnung, daß bei ihnen die gesamte Binnenwanderung, bezogen auf die Wohnbevölkerung, viel größer war als im Bezirk, dann ergibt sich auch für den Zuzug aus außerpreußischen Landesteilen ein entsprechend höherer Anteil an der Wohnbevölkerung. Bei Halle, Hannover und Kassel würde er dann über dem entsprechenden Anteilssatz des Bezirkes liegen, bei Gelsenkirchen etwa die gleiche Höhe erreichen und nur bei Kiel darunter bleiben. Man kann also feststellen, daß die Anziehungskraft auf Binnenwanderer entfernterer Gebietsteile bei den Großstädten fast durchweg stärker gewesen ist als bei ihren Bezirken.

VI.

Die Wanderungen in Preußen in den Zeiträumen 1910—1919 und 1919—1925.

Die bisherigen Ausführungen stützten sich auf die Ergebnisse der Volkszählungen von 1910 und 1925. Soweit die Differenzmethode angewandt wurde, galten die Wanderungszahlen dem Gesamtzeitraum 1910—1925. Die Darstellung der Wanderungsergebnisse für den ganzen Zählabschnitt wurde noch ergänzt durch eine Auswertung der Wohnsitzstatistik, die über die Herkunft der Wanderer in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 16. Juni 1925 Auskunft gab.

Broesike, der die Binnenwanderungen in Preußen in den Zählperioden 1895—1900 und 1900—1905 untersucht hat, hielt den Fehler, der durch Abgleichung von zeitlich aufeinander folgender Zu- und Abwanderung bei Anwendung der Differenzmethode entsteht, für unerheblich[51]). Wenn er seinen Standpunkt damit begründet, daß man es in Preußen meist mit ausgesprochenen Zu- bzw. Abwanderungsbezirken zu tun habe, so mag diese Argumentation für die von ihm beobachteten Zeitabschnitte richtig sein. Je größer aber der gewählte Beobachtungszeitraum ist, um so größer ist auch die Wahrscheinlichkeit von Abgleichungen durch die Aufeinanderfolge von Zu- und Abwanderungsphasen. Und in der Tat haben in dem hier behandelten Zeitabschnitt 1910—1925, in den die Kriegs- und Nachkriegszeit fallen, häufig Änderungen der Wanderungsrichtung stattgefunden.

Vom Standpunkt der Wanderungsforschung ist es darum zu begrüßen, daß das Preußische Statistische Landesamt über die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts hinaus eine Wanderungsbilanz aufgestellt hat, die die Zwischenzählung vom 8. Oktober 1919 berücksichtigt. Diese Unterteilung der 15jährigen Zählperiode 1910—1925 läßt eine Reihe von Erscheinungen hervortreten, die in dem Ergebnis für den Gesamtzeitraum völlig verloren gegangen sind.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1919 dürften an Zuverlässigkeit denen der Flügelzählungen von 1910 und 1925 aus mancherlei Gründen etwas nachstehen, insbesondere aber deshalb,

---

[51]) „Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Bureaus", 42. Jahrg., S. 273 ff.

weil diese Erhebung in erster Linie der Sicherung der Volksernährung dienen sollte. Aus diesem Grunde wurden fremde Militärpersonen, die sich auf deutschem Gebiet aufhielten, nicht gezählt, ebenso aber auch nicht die deutschen Militärpersonen, die sich am Zähltage noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Amtlich wird die Zahl der letzteren für das ganze Reich auf 600 000 geschätzt.

Ich stelle zunächst die Wanderungsergebnisse in den beiden Unterabschnitten für ganz Preußen voran:

Wanderungsgewinn bzw. -verlust[52])

Zeitraum	männlich	weiblich	zusammen
1910 — 1919	99 179	346 958	446 137
1919 — 1925	164 427	— 159 450	4 977

Es fällt auf, daß der große Wanderungsgewinn des ersten Zeitabschnittes fast ausschließlich dem weiblichen Geschlecht zugute kam. Wenn man aber mit Golding[53]) annimmt, daß 62 v. H. der noch nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrten deutschen Militärpersonen auf Preußen entfielen, dann errechnet sich ein tatsächlicher Wanderungsgewinn für das männliche Geschlecht von 372 000 + 99 000 = 471 000 Personen. Der Gesamtwanderungsgewinn würde sich damit für Preußen in dieser Zeit auf 818 000 Personen erhöhen. Auf die eben besprochene Tatsache ist es auch zurückzuführen, daß im Zählabschnitt 1919—1925 sich rechnerisch bei den Männern ein Wanderungsüberschuß ergibt, während in auffälligem Gegensatz hierzu beim weiblichen Geschlecht ein Wanderungsverlust sich herausstellt. Der Wanderungsgewinn für den männlichen Bevölkerungsteil ist aber nur ein scheinbarer, weil am 8. Oktober 1919 die Militärpersonen, welche zu dieser Zeit noch in Kriegsgefangenschaft waren, aus den schon erwähnten Gründen nicht mitgezählt wurden. In Wirklichkeit würde sich bei Zugrundelegung der von Golding für diesen Personenkreis errechneten Zahl auch für die Männer ein Wanderungsverlust in Höhe von etwa 200 000 Personen ergeben. Betrachtet man die gesamte preußische Bevölkerung, dann dürfte der Nachkriegszählabschnitt dem Staate aus dem gleichen Grunde ebenfalls einen Wanderungsverlust gebracht haben, obwohl die rechnerische Ermittelung auf Grund der Volkszählungsergebnisse von 1919 und 1925 eine Abgleichung von Zu- und Abwanderungen

[52]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", Bd. 26, Seite 22.
[53]) „Zeitschrift des Preuß. Stat. Landesamts", 69. Jahrg., II. und III. Abtg., Seite 206.

vortäuscht. Das verdient um so mehr Beachtung, als die Rückwanderung aus den ehemals preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in größerem Umfange erst 1920, die aus dem abgetretenen Teil Oberschlesiens zu einem noch späteren Zeitpunkt einsetzte. Man kann daraus schließen, daß in der Nachkriegszeit auch die Abwanderung sehr groß gewesen sein muß.

Unterstellt man als richtig, daß die Zahlen von 1919 überhöht sind, weil die Zählung Unterlagen für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung liefern sollte, dann würden die für die Nachkriegszeit ermittelten Wanderungsverluste in den einzelnen Gebieten etwas zu hoch sein. Man neigt zu der Annahme, daß bei den Ergebnissen der Zählung vom 8. Oktober 1919 die Bevölkerung der Großstädte und Industriegegenden zu hoch angegeben ist, daß aber auf dem Lande die Zahlen eher als zu niedrig angesehen werden können. Trotz dieser Mängel muß man sich jedoch der Zahlen der Zwischenzählung bedienen, wenn man sich einen Einblick in die verschiedenen Wanderungstendenzen des ganzen Zeitraumes verschaffen will. Übrigens heben sich diese Tendenzen meist so deutlich ab, daß kleine Korrekturen der entsprechenden Zahlen an dem durch sie vermittelten Bilde nichts Grundsätzliches ändern können.

In Übersicht X (s. S. 62) sind für die preußischen Regierungsbezirke die absoluten und relativen Wanderungszahlen in den Zeiträumen 1910—1919 und 1919—1925 angegeben. Zum Vergleich sind in der ersten Spalte die Gewinne bzw. Verluste durch Wanderung (Bestandszahlen) für die Zeit vom 1. Dezember 1900 bis zum 1. Dezember 1910 aufgeführt. Alle Zahlen beziehen sich auf den Gebietsstand von 1925.

In nicht weniger als 19 Regierungsbezirken hat sich die Wanderungsrichtung im Zeitabschnitt 1910—1919 gegenüber der Vorkriegszeit geändert. Darunter befinden sich allein 16 ehemalige Abwanderungsgebiete, deren Verluste in den Jahren 1900 bis 1910 z. T. sehr erheblich waren. Es ist anzunehmen, daß die Vorkriegstendenz in diesen Landesteilen auch in der Zeit vom Zähltermin 1910 bis zum Ausbruch des Weltkrieges im allgemeinen angehalten hat. Um so größere Zuwanderungen müssen hier nach dem 1. August 1914 stattgefunden haben. Diejenigen Bezirke, die wie in dem zehnjährigen Zeitraum zwischen den Zählterminen 1900 und 1910 auch von 1910 bis 1919 Mehrabwanderung hatten, zeigten zum größten Teil eine starke Verminderung der Verlustziffern[54]). Eine Ausnahme machten nur die hannoverschen Bezirke Stade und Aurich sowie der Regierungsbezirk Aachen.

[54]) Die Regierungsbezirke: Allenstein, Westpreußen, Breslau, Hildesheim und Trier.

ÜBERSICHT X

Die Wanderungen im Freistaat Preußen und seinen Regierungsbezirken in der Zeit vom 1. Dezember 1910 bis 8. Oktober 1919 und vom 8. Oktober 1919 bis 16. Juni 1925[55]).

(Zum Vergleich die absoluten Wanderungszahlen für den Zeitraum 1900—1910)

Regierungsbezirke	Die Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung durch Wanderung betrug				
	überhaupt (in Tausend)			v. H. der Anfangsbevölkerung des jeweiligen Zeitraumes	
	1900—1910	1910—1919	1919—1925	1910—1919	1919—1925
Königsberg	— 58,3	21,4	— 37,1	2,52	— 4,19
Gumbinnen	— 54,5	16,0	— 48,9	3,03	— 8,90
Allenstein	— 57,8	— 4,7	— 45,2	— 0,90	— 8,44
Westpreußen	— 21,4	— 1,7	— 11,5	— 0,68	— 4,44
Potsdam	0,2	45,1	50,8	3,77	4,19
Frankfurt	— 68,0	23,4	6,5	1,90	0,53
Stadt Berlin	697,1	150,1	222,1	4,02	5,84
Stettin	— 59,0	23,7	13,9	2,72	1,56
Köslin	— 63,0	18,2	— 23,9	2,92	— 3,66
Stralsund	— 14,8	17,6	— 12,5	7,83	— 5,13
Schneidemühl	— 35,2	4,8	— 14,0	1,55	— 4,31
Breslau	— 36,4	— 0,4	— 8,1	— 0,02	— 0,45
Liegnitz	— 33,1	18,8	— 9,0	1,60	— 0,76
Oppeln	— 77,8	— 11,2	— 26,9	— 0,88	— 2,07
Magdeburg	— 68,8	7,5	— 11,2	0,60	— 0,90
Merseburg	— 63,7	14,8	— 22,3	1,13	— 1,67
Erfurt	— 6,9	2,6	— 5,8	0,48	— 1,06
Schleswig	19,3	— 22,2	— 17,5	— 1,53	— 1,19
Hannover	11,7	16,3	16,6	2,15	2,13
Hildesheim	— 28,0	— 1,7	— 4,7	— 0,30	— 0,83
Lüneburg	10,4	12,6	0,6	2,30	0,11
Stade	— 12,3	— 12,4	— 5,8	— 2,89	— 1,35
Osnabrück	— 11,4	10,2	— 11,5	2,72	— 2,82
Aurich	— 6,9	— 8,9	— 10,1	— 3,25	— 3,65
Münster	104,8	73,8	— 8,2	7,46	— 0,70
Minden	— 20,8	2,4	— 12,2	0,33	— 1,59
Arnsberg	47,1	— 26,8	— 14,9	— 1,12	— 0,58
Kassel	— 21,8	10,3	— 21,9	1,02	— 2,10
Wiesbaden	57,4	12,5	23,8	1,03	1,93
Koblenz	— 34,0	5,4	— 26,1	0,72	— 3,39
Düsseldorf	221,5	— 10,0	63,1	— 0,29	1,77
Köln	48,6	55,7	20,3	4,46	1,52
Trier[56])	— 20,8	— 4,9	— 13,5	— 1,13	— 3,00
Aachen	— 5,7	— 12,7	12,0	— 2,01	1,89
Sigmaringen	— 3,3	0,7	— 1,9	0,97	— 2,75
Preußen[56])	334,4	446,1	5,0	1,27	0,01

[55]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", Bd. 26, Seite 22 ff.
[56]) Ohne Saargebiet.

Bei letzterem hatte sich der Wanderungsverlust sogar beträchtlich erhöht.

Einen Tendenzumschwung in entgegengesetzter Richtung verzeichneten die Regierungsbezirke Schleswig, Arnsberg und Düsseldorf. In Schleswig dürfte diese Erscheinung hauptsächlich mit den bedeutenden Wanderungsverlusten der Provinzhauptstadt zusammenhängen, die ich schon an anderer Stelle als unmittelbare Folge des verlorenen Krieges gekennzeichnet habe. Es wurde auch bereits darauf hingewiesen, daß in den industriereichen Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf die Wanderungsgewinne in der Zeit von 1895—1910 von Zählperiode zu Zählperiode zurückgingen. Ob die Feststellung von Wanderungsverlusten für beide Bezirke im Kriegszählabschnitt als eine Fortsetzung dieser Tendenz anzusehen ist, oder ob es sich hierbei um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die mit der zeitweiligen Stillegung irgendwelcher Industrien in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit zu erklären ist, mag dahingestellt bleiben. Zusammenfassend sei also nochmals festgestellt, daß im Zeitraum 1910—1919 in den einstigen Abwanderungsbezirken fast ohne Ausnahme die Zuwanderung überwog, wo dies nicht der Fall war, die Wanderungsverluste meist stark zurückgegangen waren, daß ferner in drei Regierungsbezirken, die früher Wanderungsgewinne aufwiesen, eine Mehrabwanderung sich zeigte.

Wie verhielten sich aber die sonstigen Zuzugsbezirke der Vorkriegszeit? Die Stadt Berlin konnte von 1900—1910 eine Mehrzuwanderung von annähernd 700 000 Menschen aufweisen, gewann aber im Zeitraum 1910—1919 nur noch 150 000 Personen durch Wanderung. Geringer als in dem Jahrzehnt vor der Zählung 1910 waren die Wanderungsgewinne auch bei den Bezirken Münster und Wiesbaden. Ein wenig größer als in der Vorkriegszeit dagegen war die Mehrzuwanderung in den Regierungsbezirken Hannover, Lüneburg und Köln. Hervorzuheben ist der Bezirk Potsdam, der in der Zeit von 1910—1919 einen beträchtlichen Wanderungsgewinn für sich buchen konnte, während im Vergleichszeitraum 1900—1910 bei ihm Zu- und Abwanderung sich noch die Waage hielten.

Zieht man auch noch den zweiten Teilabschnitt des Gesamtzeitraumes 1910—1925 zum Vergleich mit der Vorkriegszeit heran, dann zeigt es sich, daß die meisten Regierungsbezirke in der Zeit nach dem 8. Oktober 1919 wieder zur Vorkriegstendenz zurückkehrten. Das war nicht der Fall bei den Bezirken Frankfurt und Stettin. Während beide Regierungsbezirke in der Zeit von 1900 bis 1910 starke Wanderungsverluste hatten, zeigten sie im Zählabschnitt 1919—1925 einen Wanderungsgewinn, der, verglichen mit dem Zeitraum 1910—1919, allerdings wieder zurückgegangen

war. Auch im Regierungsbezirk Aachen, der im Zähljahrzehnt vor dem Kriege einen Wanderungsverlust hatte, überwog in der Zeit von 1919—1925 die Zuwanderung. Dieser Bezirk hatte aber im Gegensatz zu den eben erwähnten Frankfurt und Stettin im Kriegszählabschnitt durch Wanderung Bevölkerungseinbußen erlitten. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit hatten aber Verluste durch Wanderung auch nach 1919 die Regierungsbezirke Schleswig und Arnsberg, während der Bezirk Düsseldorf schon wieder einen Wanderungsgewinn zeigte. Es fällt auf, daß der Regierungsbezirk Münster, der in den Jahren 1900—1910 100 000, in der Zeit von 1910—1919 70 000 Personen durch Wanderung gewonnen hatte, in dem Nachkriegszählabschnitt einen — allerdings geringen — Wanderungsverlust aufwies.

Wie außerordentlich gegensätzlich die Wanderungstendenzen im Zeitraum 1910—1925 häufig gewesen sind, veranschaulicht ein Vergleich der Zahlen für die Zeit bis zum 8. Oktober 1919 und für die Zeit nach diesem Termin bis zur Zählung 1925. Alle ostpreußischen Regierungsbezirke zeigten in der Zählperiode nach dem Kriege wieder große Wanderungsverluste, ebenso die pommerschen Bezirke Köslin und Stralsund. Auch bei den rheinischen Abwanderungsbezirken Koblenz und Trier, bei den Regierungsbezirken Osnabrück, Aurich, Kassel und Sigmaringen sowie bei den Provinzen Grenzmark und Oberschlesien tritt er Abwanderungscharakter wieder stark in Erscheinung. Es ist dies um so bemerkenswerter, als in der Zeit kurz nach dem Kriege eine starke Beschränkung der Freizügigkeit eingetreten war, die insbesondere das massenhafte Abströmen von Menschen aus den agrarischen Gebietsteilen verhinderte. Um die Volksernährung zu sichern, hatte das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung am 16. März 1919 eine „Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft" erlassen. Darin wurde nichtlandwirtschaftlichen Arbeitgebern verboten, Arbeitskräfte, die vor oder während des Krieges in der Land- oder Forstwirtschaft tätig waren, einzustellen. Arbeitsuchende der eben genannten Art durften von Arbeitsnachweisen und Stellenvermittlern nur land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugeführt werden, solange hier noch offene Stellen vorhanden waren. Erst durch Aufhebung dieser Verordnung durch den Reichstag im März 1922 trat wieder volle Freizügigkeit ein. Auf der anderen Seite machten sich in diesen Jahren auch Einflüsse geltend, die die Wanderung begünstigten. Von den die Einwanderung befördernden politischen Ereignissen dieser Zeit soll hier ganz abgesehen werden. Soweit Binnenwanderung in Frage kommt, hat das Brachliegen mancher Industriezweige nach dem Kriege ein Abströmen der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter mit sich gebracht. Die geringeren

Ernährungsschwierigkeiten auf dem flachen Lande haben ihm zweifellos einen beträchtlichen Zuzug eingetragen. Ein Teil der aus dem Felde zurückkehrenden Krieger hat wahrscheinlich erst die Heimat aufgesucht, um erst später sich der neuen Arbeitsstätte zuzuwenden. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit die schon im Kriegszählabschnitt beobachtete, der Vorkriegszeit im allgemeinen zuwiderlaufende Wanderungstendenz angehalten hat. Bestätigt wird diese Auffassung durch eine Untersuchung über die Wanderbewegung in Preußen für die Zeit von Oktober 1919 bis Oktober 1922, die sich auf die ausgegebenen Lebensmittelabmeldescheine stützt[57]), und eine weitere Untersuchung über den Zuzug und Wegzug der Zivilpersonen nach dem Ergebnis der Fortschreibungen der versorgungsberechtigten Zivilbevölkerung in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis zum 31. August 1923[58]). Ohne auf die Einzelheiten dieser Untersuchungen einzugehen, soll hier nur gesagt werden, daß bei einer großen Zahl von Regierungsbezirken, die im Gesamtergebnis des Zeitraumes 1919—1925 Mehrabwanderung zeigten, bis zum August 1923 noch ein Wanderungsüberschuß vorhanden war. Wenn man bedenkt, daß bis zur Wiederherstellung der Freizügigkeit, soweit innere Wanderung in Betracht kommt, nennenswerte Abwanderungen aus den agrarischen Landesteilen kaum stattgefunden haben können, daß außerdem in den Jahren nach dem Kriege die ganze Wucht des Rückwandererstromes besonders die östlichen Abwanderungsbezirke getroffen hat, dann kann man ermessen, wie groß die Abwanderungen in den 2 bis 3 Jahren vor dem Zählungstermin 1925 in einzelnen Landesteilen gewesen sein müssen. Diese Massenabwanderung in kurzer Zeit war die notwendige Reaktion auf eine unter ungewöhnlichen Umständen erfolgte Zuwanderung.

Ich habe in diesem Kapitel ausgeführt, wie der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen auf die Wanderungsintensität in den verschiedenen Landesteilen gewirkt, wie er insbesondere die Abwanderung aus den einstigen Wegzugsgebieten beeinflußt und in vielen Fällen eine Umkehrung der Wanderungsrichtung mit sich gebracht hat. Die verhältnismäßig kleinen Wanderungszahlen des gesamten 15jährigen Zeitraumes 1910—1925 finden damit ihre Erklärung. Aufgabe des nächsten Kapitels wird es sein, zu zeigen, daß auch der Bevölkerungsaustausch zwischen Stadt und Land unter dem Einfluß des Krieges grundlegend verändert wurde.

---

[57]) „Statistische Korrespondenz", 49. Jahrg., Nr. 12.
[58]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", Bd. 20, Seite 11/12.

VII.

Die Wanderungen in Preußen, getrennt nach Stadt und Land, in der Zeit vom 1. Dezember 1900 bis zum 16. Juni 1925.

Die Bevölkerungsverschiebungen zwischen Stadt und Land nehmen in der Wanderungsforschung eine bevorzugte Stellung ein. Die vom Preußischen Statistischen Landesamt im Jahrbuch (Bd. 26) veröffentlichte Wanderungsbilanz gibt auch über diese Frage wertvollen Aufschluß für die Zeit vom 1. Dezember 1900 bis zum 16. Juni 1925. Man hat hier eine Auszählung nach städtischer und ländlicher Bevölkerung vorgenommen, wobei unter ersterer die Bevölkerung in Gemeindeeinheiten mit 2000 Einwohnern und darüber und unter letzterer die in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern verstanden wird.

Bevor ich mich der Behandlung der Ergebnisse dieser Statistik für die einzelnen Provinzen zuwende, stelle ich noch eine zusammenfassende Übersicht voran, die sich in einem Aufsatz von Golding über „Wanderungen in Preußen“[59]) findet. Diese Tabelle scheint mir deshalb besonders geeignet, ein generelles Bild von der jeweiligen Tendenz in den einzelnen Zeitabschnitten zu vermitteln, weil es sich hierbei um eine Auszählung nach Kreisen handelt und außerdem nur Ab- und Zuwanderungen von mehr als 500 Personen berücksichtigt wurden. Für den Zeitraum 1900—1925 ergibt sich, wenn man die Zählabschnitte 1900—1905 und 1905 bis 1910 zusammenfaßt, folgendes Bild:

Zahl der Kreise, deren städtische bzw. ländliche Bevölkerungen mehr als 500 Personen durch Wanderung gewonnen oder verloren haben, in Preußen

Zeitraum	städtische Bevölkerung		ländliche Bevölkerung	
	+	—	+	—
1900 — 1910	188	116	32	371
1910 — 1919	165	106	111	164
1919 — 1925	198	40	41	310

[59]) Zeitschrift „Der Heimatdienst“, Jahrg. 7, Nr. 17, Seite 281.

Die Zahl der Kreise, deren städtische Bevölkerungen Wanderungsgewinne von mehr als 500 Personen hatten, hat sich im Kriegszählabschnitt gegenüber der Vorkriegszeit etwas verringert, um nach dem Kriege noch über den Vorkriegsstand emporzuschnellen. Anderseits sind die Kreise mit größerer Abwanderung aus städtischen Gemeinden in den drei Zeitabschnitten zahlenmäßig ständig zurückgegangen.

Von 1900—1910 hatten 371 Kreise in den ländlichen Gemeindeeinheiten eine Abwanderung von über 500 Personen. Ihre Zahl verminderte sich im Zeitraum 1910—1919, in den der Krieg fiel, auf weniger als die Hälfte, erreichte aber in der Nachkriegszeit fast wieder ihren alten Stand. Entsprechend dieser Tendenz war die Zahl der Kreise mit größerem Wanderungsgewinn in Gemeinden unter 2000 Einwohnern in der Kriegszählperiode etwa 3 mal so groß wie in der Vor- und Nachkriegszeit. Dieses Ergebnis zeigt deutlich eine Verringerung der Abwanderung vom Lande im Abschnitt 1910—1919. Wahrscheinlich hat sogar die Landflucht während des Krieges ganz aufgehört. Soweit größere Wanderungsverluste in den Landgemeinden in dieser Zählperiode noch festzustellen waren, dürften sie auf Abwanderung in den $3^2/_3$ Jahren bis zum Ausbruch des Weltkrieges zurückzuführen sein.

Wie dieser ungewöhnliche Tendenzumschwung sich in den einzelnen preußischen Landesteilen ausgewirkt hat, soll die Übersicht XI (s. S. 68) veranschaulichen. Ich beschränke mich hierbei auf eine Wiedergabe der absoluten Wanderungszahlen für die Provinzen. Eine weitere Ausgliederung nach Regierungsbezirken scheint nicht nötig, weil die Bezirke im allgemeinen die gleiche Tendenz zeigten wie die Provinzen. Wo aber im einzelnen Abweichungen vorlagen, wird dies im Text besonders zu erwähnen sein. Auch auf die Wiedergabe der Verhältniszahlen glaubte ich hier verzichten zu können, weil die Bestandszahlen für alle 4 Zeitabschnitte auf den Gebietsstand von 1925 umgerechnet und deshalb in den einzelnen Landesteilen untereinander vergleichbar sind.

Wir betrachten zunächst die Entwicklung der Wanderbewegung auf dem Lande. In den beiden fünfjährigen Zählperioden der Vorkriegszeit war die Abwanderung vom Lande ganz allgemein. Lediglich die Provinz Westfalen hatte im Zeitraum 1905—1910 einen geringen ländlichen Wanderungsgewinn. Dieser Gewinn kam ausschließlich dem Regierungsbezirk Münster zugute, denn die beiden anderen westfälischen Bezirke hatten in dieser Zeit auf dem Lande gleichfalls Mehrabwanderung. Außer Münster konnten im gleichen Zählabschnitt noch die Regierungsbezirke Lüneburg, Düsseldorf und Aachen einen Wanderungsgewinn bei den ländlichen Gemeinden buchen, was besonders zu

ÜBERSICHT XI

Die Wanderungen im Freistaat Preußen und seinen Provinzen in der Zeit vom 1. Dezember 1900 bis zum 16. Juni 1925, getrennt nach Stadt und Land[60]).

a) Gemeinden über 2000 Einwohner, b) Gemeinden bis zu 2000 Einwohner, c) alle Gemeinden

Gebiete		Zu- oder Abnahme (—) der Bevölkerung durch Wanderung (in Tausend)			
		1900—1905	1905—1910	1910—1919	1919—1925
Ostpreußen	a	18,0	15,9	37,9	15,2
	b	—110,1	—115,8	— 6,8	—157,9
	c	— 92,1	— 99,8	31,1	—142,7
Brandenburg	a	9,7	10,7	27,7	70,2
	b	— 48,4	— 39,8	40,7	— 12,8
	c	— 38,7	— 29,1	68,5	57,4
Stadt Berlin	a	357,4	339,1	150,1	222,1
Pommern	a	1,5	— 1,1	40,1	32,8
	b	— 63,9	— 73,3	19,4	— 55,4
	c	— 62,4	— 74,5	59,5	— 22,6
Grenzmark Posen-Westpreußen	a	— 1,4	— 1,2	7,1	6,4
	b	— 17,8	— 14,9	— 2,3	— 20,4
	c	— 19,1	— 16,1	4,8	— 14,0
Niederschlesien	a	42,7	37,3	32,3	55,3
	b	— 72,7	— 76,8	— 14,0	— 72,5
	c	— 30,0	— 39,5	18,3	— 17,1
Oberschlesien	a	12,8	— 2,3	— 1,9	22,2
	b	— 47,4	— 41,0	— 9,3	— 49,0
	c	— 34,6	— 43,2	— 11,2	— 26,9
Sachsen	a	7,1	— 10,7	28,9	17,2
	b	— 55,2	— 80,6	— 4,0	— 56,5
	c	— 48,1	— 91,3	24,9	— 39,3
Schleswig-Holstein	a	33,7	12,8	— 12,9	7,5
	b	— 19,4	— 7,8	— 9,3	— 25,0
	c	14,3	5,0	— 22,2	— 17,5
Hannover	a	30,3	40,5	26,3	28,8
	b	— 52,6	— 54,7	— 10,3	— 43,8
	c	— 22,3	— 14,2	16,0	— 15,0
Westfalen	a	64,1	67,8	46,8	27,9
	b	— 10,4	9,6	2,6	— 63,3
	c	53,7	77,4	49,4	— 35,4
Hessen-Nassau	a	61,1	38,5	20,6	36,2
	b	— 29,0	— 35,1	2,2	— 34,3
	c	32,2	3,4	22,8	1,9
Rheinprovinz[61])	a	157,1	119,1	13,0	82,3
	b	— 47,2	— 19,4	20,5	— 26,4
	c	109,9	99,7	33,4	55,9
Hohenzollern	a	0,5	1,4	0,6	0,3
	b	— 2,6	— 2,7	0,1	— 2,3
	c	— 2,0	— 1,3	0,7	— 1,9
Preußen[61])	a	794,7	668,4	416,6	624,5
	b	—576,4	—552,2	29,5	—619,5
	c	218,2	116,2	446,1	5,0

[60]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", 26. Bd., Seite 22 ff.
[61]) Ohne Saargebiet.

erwähnen ist, weil die zugehörigen Provinzen in dieser Zeit einen Wanderungsverlust auf dem Lande aufwiesen.

Der Kriegszählabschnitt 1910—1919 zeigt aber ein völlig verändertes Bild. In allen Provinzen ist die Abwanderung vom Lande stark zurückgegangen. Sie hat in einigen sogar einer Mehrzuwanderung in den ländlichen Gemeinden Platz gemacht, so in Brandenburg, Pommern, Hessen-Nassau, in der Rheinprovinz und in Hohenzollern. Nur in Schleswig-Holstein hatte die Abwanderung vom Lande gegenüber der letzten Zählperiode vor dem Kriege etwas zugenommen. In einigen Provinzen mit schwachem ländlichen Wanderungsverlust hatten entgegen dieser Tendenz einzelne Bezirke auf dem Lande Mehrzuzug (Gumbinnen, Liegnitz, Merseburg, Lüneburg und Osnabrück). Umgekehrt hatten in Westfalen die Regierungsbezirke Minden und Arnsberg und im Rheinland die Bezirke Koblenz, Trier und Aachen in der Kriegszählperiode ländliche Abwanderung, während beide Provinzen einen Wanderungsgewinn auf dem Lande buchen konnten.

Im Gegensatz zu dem eben behandelten Zeitabschnitt nahm im Zeitraum 1919—1925 die Abwanderung aus Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern in allen Provinzen wieder ausgeprägte Formen an. Die Ähnlichkeit in dieser Hinsicht mit den beiden Zählperioden vor dem Kriege ist evident. Was die Größe der ländlichen Wanderungsverluste anlangt, ist in Ostpreußen gegenüber der Vorkriegszeit eine Steigerung zu bemerken. Das gilt auch für die Provinzen Schleswig-Holstein und Westfalen. Auffällig ist die ständige Zunahme der Wanderungsverluste auf dem Lande im Regierungsbezirk Arnsberg[62]). Der verhältnismäßig geringe Verlust durch Wanderung bei den ländlichen Gemeinden Brandenburgs beruht darauf, daß im Bezirk Potsdam die Landbevölkerung auch noch in der Nachkriegszeit durch Wanderung gewonnen hatte, eine Erscheinung, die in den rheinischen Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen gleichfalls festzustellen ist.

Die Betrachtung der ländlichen Wanderungszahlen in den Provinzen bestätigt also bezüglich der Wanderbewegung auf dem Lande für die einzelnen Landesteile das Ergebnis der Auszählung nach Kreisen. Sieht man von den wenigen Ausnahmen ab, dann ergibt sich, daß in einigen Gebietsteilen im Kriegszählabschnitt eine Zunahme der ländlichen Bevölkerung durch Wanderung eingetreten war, in den übrigen aber die Wanderungsverluste auf dem Lande sich stark vermindert hatten. Wahrscheinlich haben auch in den zuletzt genannten Landesteilen nach dem Ausbruch

---

[62]) 1900 — 1910: — 4 600
1910 — 1919: — 18 900
1919 — 1925: — 31 100
(„Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", Bd. 26, Seite 22 ff).

des Krieges häufig Zuwanderungen auf dem Lande stattgefunden, die aber die Verluste in den Jahren vor diesem Termin nicht mehr ganz kompensieren konnten. In dem etwa sechsjährigen Zeitraum 1919—1925 sind in den ländlichen Gemeinden fast aller Provinzen wieder große Wanderungsverluste zu beobachten, obwohl — wie schon an anderer Stelle bemerkt wurde — in den ersten Nachkriegsjahren gegenüber der Kriegszeit eine Änderung der Wanderungstendenz noch nicht eingetreten war.

Die Wanderbewegung in den städtischen Gemeinden zeigt, wenn man die vier Zählabschnitte überschaut, nicht das gleiche einheitliche Gepräge. In den Jahren 1910—1919 waren die Wanderungsgewinne der Städte verglichen mit der Vorkriegszeit größer geworden in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Sachsen und Brandenburg. Die entgegengesetzte Tendenz ist bei den Provinzen Niederschlesien, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland zu beobachten. Bei den ersten beiden war der Rückgang nur unbedeutend, bei den zuletzt genannten aber hatte er größere Ausmaße angenommen. Das gilt besonders von der Rheinprovinz, wo der Wanderungsgewinn nur etwa den zehnten Teil des Mehrzuzuges in jeder der letzten Vorkriegszählperioden ausmachte. Die starke Abnahme des städtischen Wanderungsgewinnes im Rheinland erklärt sich daraus, daß die städtische Bevölkerung im Regierungsbezirk Düsseldorf in dieser Zeit mehr als 20 000 Menschen durch Abwanderung eingebüßt, in den Zählabschnitten vor dem Kriege aber jeweils 100 000 Personen durch Mehrzuwanderung gewonnen hatte. Die gleiche Erscheinung ist auch bei dem benachbarten westfälischen Bezirk Arnsberg festzustellen. Außer diesen beiden Regierungsbezirken hatten in den Städten im Zeitraum 1910—1919 Mehrabwanderung die Bezirke Stade, Aurich, Trier und Aachen, sowie die Grenzprovinzen Oberschlesien und Schleswig-Holstein. Erwähnen will ich noch, daß die städtischen Gemeinden in der Provinz Grenzmark einen verhältnismäßig hohen Wanderungsgewinn aufwiesen (in der Vorkriegszeit kleine Wanderungsverluste).

Während im Zählabschnitt 1919—1925 die allgemeine Wanderungstendenz ebenso wie die Abwanderung vom Lande mit den Zeiträumen 1900—1905 und 1905—1910 große Ähnlichkeit zeigte, nahm die Wanderbewegung in den Städten nach dem Kriege in mancher Hinsicht eine andere Entwicklung. Ganz allgemein sei zunächst festgestellt, daß die städtischen Gemeinden auch nach 1919 in allen Provinzen Wanderungsgewinne hatten. Das gilt ebenso für die Regierungsbezirke mit Ausnahme von Stralsund, Osnabrück und Koblenz. Beim Vergleich mit der Vorkriegszeit aber fällt es auf, daß in der Provinz Brandenburg die Mehrzuwanderung sehr zugenommen hat, insbesondere hat sie gegen-

über der Kriegszeit noch eine weitere Steigerung erfahren. In den Provinzen Pommern und Grenzmark haben sich die städtischen Wanderungsgewinne des Kriegszählabschnittes auch nach dem Kriege behauptet, obwohl in diesen Landesteilen vor dem Kriege schwache Mehrzuwanderung bzw. geringer Mehrwegzug zu beobachten war. Bei Ostpreußen und Niederschlesien lag der Wanderungsgewinn der Städte nach 1919 in der Höhe der Vorkriegszeit. Oberschlesien hatte von 1919—1925 erstmalig größeren städtischen Wanderungsgewinn, und auch in der Provinz Sachsen war er bedeutender als vor dem Kriege. In allen übrigen Landesteilen aber war die Mehrzuwanderung in den Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern im Zählabschnitt 1919—1925 niedriger als in den Jahrfünften 1900—1905 und 1905—1910. Besonders auffällig ist der Rückgang bei den Provinzen Westfalen und Rheinland. In den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf verwandelten sich zwar die städtischen Wanderungsverluste des Kriegszählabschnitts wieder in Gewinne, sie konnten den Vorkriegsstand aber nicht mehr erreichen.

Die Entwicklung der Wanderbewegung nach dem Kriege brachte, wie wir eben gesehen haben, nicht überall eine Rückkehr zur Vorkriegstendenz. Ein Schaubild (Übersicht XII, s. S. 72) soll die Verschiedenheit der Entwicklung im Osten und Westen Preußens zum Ausdruck bringen. Diese beiden Gebietseinheiten sind aus je sechs Provinzen gebildet worden, eine Trennung von Stadt und Land wurde durchgeführt. Die Landeshauptstadt ist keinem dieser Gebiete zugerechnet, sondern steht selbständig neben ihnen.

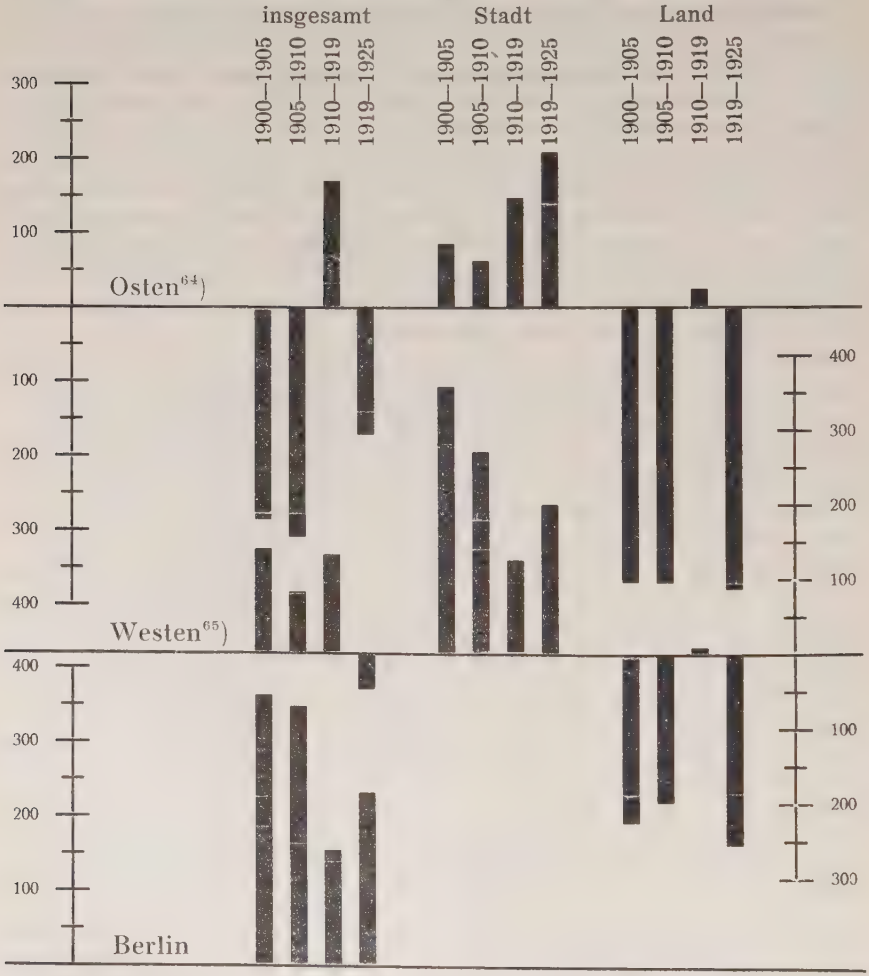
Die Bildung großer Gebiete durch Zusammenfassung mehrerer Landesteile birgt freilich die Gefahr einer Verwischung der Einzelergebnisse in sich. Immerhin ergeben sich für den Osten wie für den Westen einige ganz bemerkenswerte Tatsachen. Was die Vergleichbarkeit der einzelnen Zeiträume anlangt, so fällt der Kriegszählabschnitt wegen seiner Länge und der durchaus anders gearteten Wanderungstendenz ganz aus dem Rahmen. Die Zählperiode nach dem Kriege aber zeigte, was auch schon die Betrachtung der Einzelergebnisse ergab, das charakteristische Gepräge der Vorkriegszeit, bezüglich der Länge unterschied sie sich nicht wesentlich von den Zählabschnitten vor dem Kriege.

Die Gesamtabwanderung im Ostgebiet ist in der Nachkriegszeit erheblich zurückgegangen. Wir erinnern uns, daß im Zeitraum 1919—1925 der Wanderungsverlust Ostpreußens, verglichen mit den Jahrfünften vor dem Kriege, zwar noch eine Steigerung erfahren hatte, daß er in den anderen Ostprovinzen aber ausnahmslos kleiner geworden, bei Brandenburg an seine Stelle sogar ein Wanderungsgewinn getreten war. Zweifellos drückt sich in diesem

ÜBERSICHT XII

Wanderungsgewinne und -verluste in 6 östlichen und 6 westlichen Provinzen Preußens und in Berlin in den 4 Zählperioden seit 1900[63])

(in allen Gemeindeeinheiten und getrennt nach Stadt und Land)



[63]) Berechnet nach: „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", 26. Bd., Seite 22 ff.

[64]) Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Ober- und Niederschlesien.

[65]) Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Hohenzollern.

Ergebnis auch der Einfluß der Rückwanderung aus den Abtretungsgebieten aus. Deshalb soll auf die Tatsache des Rückganges der Abwanderung aus dem gesamten Ostgebiet nicht so großes Gewicht gelegt werden. Beachtenswert dagegen erscheint es mir, daß in den Westprovinzen der schon in der Vorkriegszeit sich verringernde Wanderungsgewinn sich in der Nachkriegszeit in einen Wanderungsverlust verwandelt hat. Diese auffällige Erscheinung beruht in erster Linie darauf, daß in Westfalen und Schleswig-Holstein die Mehrzuwanderung von einer Mehrabwanderung abgelöst wurde und in der Rheinprovinz der Wanderungsgewinn eine beträchtliche Verminderung erfahren hat. Es sei noch erwähnt, daß Berlin seine Stellung als Zuzugsgebiet behauptet hat, wenn es auch nach dem Kriege den Stand der Vorkriegsgewinne nicht mehr zu erreichen vermochte.

Wie lagen nun die Verhältnisse, wenn man die Wanderungen in den städtischen und ländlichen Gemeinden getrennt betrachtet. Die Abwanderung vom Lande zeigte im Osten wie im Westen das gleiche Bild. Abgesehen von dem völligen Verschwinden der Wanderungsverluste im Zeitraum 1910—1919 in beiden Gebieten, ergab die Periode 1919—1925 hier wie da eine kleine Zunahme der Verluste auf dem Lande. Eine gewisse Bedeutung möchte ich der verschiedenartigen Entwicklung der Wanderbewegung in den Städten des Ostens und des Westens beimessen. Während nach dem Kriege in den östlichen Provinzen die Gewinne der Stadtbevölkerungen durch Wanderung stark zugenommen haben, ist in den Städten des Westens eine ständige Abnahme der Zuwanderung zu beobachten. Dieses Ergebnis für die Westprovinzen ist in erster Linie auf die Verringerung der städtischen Wanderungsgewinne in den Industriezentren Westfalens und des Rheinlandes zurückzuführen. Dabei ist noch zu beachten, daß der relative Gewinn weit stärker zurückgegangen sein muß, als es die Bestandszahlen zum Ausdruck bringen, weil im Laufe der 25 Jahre von 1900—1925 die Bevölkerungszunahme in den Städten große Fortschritte gemacht hat. Bei Beurteilung der ungewöhnlichen Steigerung des Wanderungsgewinnes in den Städten des östlichen Preußen nach dem Kriege ist die Rückwanderung aus den abgetretenen Gebieten entsprechend in Rechnung zu stellen. Unter diesen Umständen erscheint es sehr fraglich, ob man die steigende Entwicklung der städtischen Wanderungsgewinne im Osten als symptomatisch ansprechen darf. Der ständige Rückgang der Wanderungsüberschüsse in den Städten des Westens aber läßt auf eine im Zuge der Entwicklung liegende Verringerung der Aufnahmefähigkeit schließen.

VIII.

Wanderungsursachen und Einfluß von Bevölkerungsverschiebungen auf den Altersaufbau der Bevölkerung.

Bei der Betrachtung von Wanderungsvorgängen kann man an der Frage der Wanderungsursachen nicht vorbeigehen. Es interessiert dabei in erster Linie, inwieweit die Bevölkerungsverschiebungen durch wirtschaftliche Gründe bedingt sind. Für die Feststellung von Zusammenhängen dieser Art liegen die Verhältnisse im Gesamtzeitraum 1910—1925 denkbar ungünstig aus folgenden Gründen:

1. Die Wanderungen sind im Berichtszeitraum maßgeblich durch politische Geschehnisse mitbestimmt worden, auch ist im einzelnen Falle kaum festzustellen, ob das Ergebnis mehr auf politischen oder wirtschaftlichen Ursachen beruht.
2. Die erzielten Wanderungseffekte geben insofern kein richtiges Bild von der Größe der Wanderung, als durch das Aufeinanderfolgen von Zu- und Abwanderungsphasen in dem langen Beobachtungszeitraum die Ergebnisse häufig sehr nivelliert wurden.
3. Die statistische Untersuchung der Wanderungsursachen erfordert im allgemeinen ein Vordringen in Details, das sich bei Arbeiten, die sich auf ein kleineres Beobachtungsgebiet erstrecken, wohl durchführen läßt, im vorliegenden Falle aber zu weit führen würde.

Eine Ergänzung der Erkenntnisse, die durch Untersuchungen auf diesem Gebiete aus früheren Zählperioden gewonnen wurden, ist bei Verwendung der Wanderungszahlen des Zeitraumes 1910 bis 1925 nicht zu erwarten. Deshalb werde ich mich darauf beschränken, einige Forschungsergebnisse über Wanderungsursachen aus früherer Zeit hier wiederzugeben und sie durch Ergebnisse zu ergänzen, bei denen unser Zeitraum bzw. Teile von ihm mitberücksichtigt wurden.

Bei Untersuchungen über Wanderungsursachen stand früher stets die Frage im Vordergrund, ob zwischen der Grundbesitzverteilung und der Abwanderung auf dem flachen Lande ein Zusammenhang bestehe. Die Auffassung war weit verbreitet, daß

die Großbetriebsform die Abwanderung auf dem Lande begünstige. Sering[66]) war bei seinen umfangreichen Untersuchungen zu dieser Frage für den Zeitraum 1871—1905 zu dem Ergebnis gekommen, daß das Vorherrschen des Großbetriebes das Land entvölkere. Seit den Veröffentlichungen Serings wurde das Problem für Preußen nicht mehr so umfassend behandelt. Es liegen aber einige Spezialuntersuchungen für Ostpreußen sowohl für die letzten Zählperioden vor dem Kriege als auch für die Zeit nach 1910 vor. Von jeher hat Ostpreußen als der durch Abwanderung am stärksten gefährdete preußische Landesteil für Untersuchungen dieser Art den stärksten Anreiz geboten. Hesse[67]) konnte einen durchgehenden Zusammenhang zwischen Abwanderung und Grundbesitzverteilung im Zeitraum 1895—1910 für die Provinz nicht feststellen. Für die Zählperiode 1910—1925 glaubt v. Batocki[68]) sogar eine besonders günstige Bevölkerungsentwicklung in den Großbetriebskreisen insbesondere auch bezüglich der Wanderungen beobachten zu können. Schließlich hat auch Golding[69]) in der mehrfach erwähnten Abhandlung über die Wanderungen in Ostpreußen ganz eingehend die Beziehungen zwischen Betriebsgröße und Abwanderung untersucht. Er hat dieser Untersuchung den 25jährigen Zeitraum 1900—1925 zugrunde gelegt und auf diese Weise vermieden, daß die Störungen, die die Kriegs- und Nachkriegszeit der Wanderbewegung gebracht haben, allzu stark ins Gewicht fallen. Das Ergebnis faßt Golding etwa wie folgt zusammen. Die Kreise mit vorherrschendem Großbetrieb haben geringere Abwanderungsziffern als die Kreise mit vorherrschend kleineren Betrieben, am stärksten macht sich die Abwanderung bemerkbar in den Kreisen mit vorwiegend mittelbäuerlichen Betrieben. Der verschiedene Grad der Abwanderung ist zu erklären durch die zahlenmäßige Abnahme der Großbetriebe bei gleichzeitiger Zunahme der kleineren Betriebe. „Diese Feststellung", so sagt er, „spricht für die Annahme, daß die Abwanderung mit einem bestimmten Zustande der Grundbesitzverteilung gar nicht in Zusammenhang steht, sondern davon abhängt, ob die Neuschaffung von Erwerbsmöglichkeiten mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt hält oder dahinter zurückbleibt."

Auf der Suche nach Beziehungen zwischen den Wanderungen und ihren wirtschaftlichen Ursachen hat man sich nicht damit

---

[66]) „Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande", Berlin 1910.

[67]) „Die Bevölkerung von Ostpreußen", Jena 1916, Seite 54.

[68]) „Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen", Jena 1929, Seite 87 (unter Mitarbeit von Dr. Gerhard Schack).

[69]) „Zeitschrift des Preuß. Stat. Landesamts", 69. Jahrg., II. und III. Abtg., Seite 218.

begnügt, festzustellen, wodurch die Abwanderung gefördert worden sein könnte, sondern man hat auch nach Gründen geforscht, durch die das massenhafte Abströmen von Bevölkerungsteilen vom platten Lande bisweilen verhindert oder wenigstens sehr eingedämmt wurde. Für den Zeitraum 1895—1905 hatte schon Broesike die Beobachtung gemacht, daß in den Landesteilen vorwiegend landwirtschaftlichen Charakters die Abwanderung geringer wurde, wenn der Anteil der Industriebevölkerung an der Gesamtbevölkerung sich vergrößerte. Eine Bestätigung dieses Ergebnisses für die Provinz Ostpreußen, auch für die neueste Zeit, bringen die in der gleichen Richtung angestellten Untersuchungen Goldings (die Ergebnisse der Volks- wie der Berufszählung von 1925 wurden hierbei verwandt). Es sei ausdrücklich bemerkt, daß Broesike, dessen Untersuchung sich auf ganz Preußen erstreckte, nur für die agrarischen Gebiete des Ostens diese Feststellung treffen konnte, während in den stärker industriellen Landesteilen Zusammenhänge zwischen Wanderungsgröße und dem Grade der Durchsetzung mit Industriebevölkerung nicht zu beobachten waren.

Wenn es richtig ist, daß die Wanderungen eine Erscheinung sind, die in der Hauptsache auf wirtschaftlichen Ursachen beruhen, die vor allem dem Ausgleich von Arbeitsangebot und -nachfrage dienen, dann müßte sich auch eine gewisse Parallelität zwischen den Wanderungen und dem größeren oder geringeren Ausmaß günstiger oder ungünstiger Arbeitsbedingungen herausstellen. Nach dem Vorbilde Goldings, der Beziehungen zwischen der Größe der Wanderungszahlen und der Höhe des Aufkommens an Einkommensteuer pro Kopf der Bevölkerung für die ostpreußischen Kreise feststellen konnte, habe ich für die preußischen Regierungsbezirke den gleichen Versuch gemacht. In Übersicht XIII sind zu diesem Zweck Angaben der Einkommensteuerstatistik für das Jahr 1925 — als Maßstab für die Wohlhabenheit der Bevölkerung — und die relativen Wanderungszahlen für den Nachkriegszählabschnitt 1919—1925 herangezogen worden. Die Regierungsbezirke Preußens sind in aufsteigender Reihe nach der Größe des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Betrages an festgesetzter Einkommensteuer geordnet, die Wanderungsziffern stehen daneben. Es zeigt sich, daß mit steigender Einkommenshöhe die Größe der Abwanderung abnimmt, um bei den höheren Kopfquoten einer Mehrzuwanderung Platz zu machen. Eine lückenlose Reihe ergibt sich aber erst, wenn man die Regierungsbezirke nach Gruppen zusammenfaßt, wie das in den letzten beiden Spalten der Übersicht geschehen ist. Ein Zusammenhang zwischen der Größe der Wanderungsziffern und dem Grade der Wohlhabenheit der Bevölkerungen in den einzelnen Bezirken ist unverkennbar. Damit dürfte aber auch erwiesen sein, daß nach Überwindung

ÜBERSICHT XIII

Wanderung und Größe des Steueraufkommens aus Einkommen in den preußischen Regierungsbezirken.

a) Der für 1925 festgesetzte Einkommensteuerbetrag in RM., berechnet auf den Kopf der Bevölkerung [70]), b) Wanderungsgewinn und -verlust (—) 1919-1925 in v. H. der ortsanwesenden Bevölkerung am 8. Oktober 1919 [71])

Regierungsbezirke	a	b		durchschn. Wanderungsgewinn oder -verlust [71])
Allenstein	4,09	— 8,44	bis 5 RM	— 8,67
Gumbinnen	4,83	— 8,99		
Trier	5,06	— 3,00		
Westpreußen	7,47	— 4,44	5–10 RM	— 3,18
Königsberg	8,42	— 4,19		
Oppeln	8,66	— 2,07		
Köslin	9,00	— 3,66		
Koblenz	10,13	— 3,39	10–15 RM	— 1,36
Stralsund	10,43	— 5,13		
Schneidemühl	10,44	— 4,31		
Hohenzollern	10,44	— 2,75		
Aurich	11,70	— 3,65		
Münster	12,68	— 0,70		
Kassel	12,99	— 2,10		
Osnabrück	13,49	— 2,82		
Stade	13,92	— 1,35		
Liegnitz	14,03	— 0,76		
Arnsberg	14,14	— 0,58		
Aachen	14,48	1,89		
Frankfurt	15,65	0,53	15–20 RM	— 0,09
Hildesheim	15,84	— 0,83		
Stettin	16,10	1,56		
Lüneburg	16,72	0,11		
Breslau	17,51	— 0,45		
Magdeburg	18,14	— 0,91		
Merseburg	18,15	— 1,67		
Erfurt	18,41	— 1,06		
Potsdam	18,74	4,19		
Minden	19,70	— 1,59		
Schleswig	19,92	— 1,19		
Düsseldorf	22,34	1,77	üb. 20 RM	+ 3,22
Köln	25,62	1,52		
Hannover	25,76	2,13		
Wiesbaden	33,76	1,93		
Stadt Berlin	49,70	5,84		

[70]) Der Berechnung sind Zahlen aus „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, I und Bd. 348, Seite 254 ff. zugrunde gelegt.

[71]) „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen", Bd. 26, Seite 24 ff., in Bd. 24, Seite 17 finden sich die Bevölkerungszahlen von 1919 für den Gebietsstand von 1925, auf denen die Berechnung der durchschnittlichen Wanderungszahlen beruht.

der durch den Krieg geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit recht bald wieder wirtschaftliche Erwägungen für den Entschluß zu wandern in erster Linie bestimmend geworden sind. Mit dieser Feststellung will ich den eben behandelten Fragenkomplex verlassen, um zum Schluß meiner Ausführungen noch ganz kurz auf eine volkswirtschaftlich wichtige Folgeerscheinung der Wanderungen einzugehen. Es handelt sich um den Einfluß der Zu- und Abwanderungen auf den Altersaufbau der Bevölkerung.

Auf die unterschiedlichen Geburtenziffern und die Verschiedenheit der Wanderungserscheinungen ist es zurückzuführen, daß in den einzelnen Landesteilen die Bevölkerungen bezüglich der Altersstruktur sehr von einander abweichen. Je größer die Geburtenziffern in einem Gebiet sind, um so größer ist auch der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung. Da aber gerade die agrarischen Landesteile die größten Geburtenziffern aufweisen und gleichzeitig meist große Wanderungsverluste haben, während in den Zuwanderungsgebieten die Verhältnisse häufig umgekehrt liegen, werden durch das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren die Unterschiede im Altersaufbau bei den Zu- und Wegzugsgebieten außerordentlich verschärft.

Ein Bild von der Verschiedenheit des Anteils der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in den preußischen Provinzen gibt Übersicht XIV. Die Tabelle enthält außerdem die relativen Wanderungsverluste im Berichtszeitraum 1910—1925 und den v. H.-Satz der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung. Während in den Abwanderungsgebieten Oberschlesien, Ostpreußen und Grenzmark etwa ein Drittel der Bevölkerung im Jahre 1925 im Alter unter 15 Jahren stand, betrug der Anteil der Jugendlichen männlichen Geschlechts in Brandenburg noch nicht ein Viertel, in Berlin sogar weniger als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Bei den weiblichen Personen unter 15 Jahren lagen die entsprechenden Anteile noch etwas niedriger. Wenn ein Zusammenhang zwischen der Größe der Wanderungszahlen und den größeren und geringeren Anteilen Jugendlicher an der ganzen Bevölkerung hier nicht deutlich in Erscheinung tritt, so beruht das auf den unterschiedlichen Geburtenziffern in den verschiedenen Landesteilen. Noch viel weniger sind in dieser groben Übersicht Beziehungen des Prozentsatzes landwirtschaftlicher Bevölkerung zu dem Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung zu beobachten.

Wie durch das gleichzeitige Auftreten großer Geburtenziffern und starker Abwanderung auf der einen Seite und geringer Geburtenziffern und beträchtlicher Zuwanderung auf der anderen Seite der Bevölkerungsaufbau der jeweiligen Gebietsteile ganz

ÜBERSICHT XIV

Der Anteil der Jugendlichen unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung 1925 in den preußischen Landesteilen[72])

(geordnet nach der Größe des Anteiles).

Landesteile	Von je 1000 männlichen	Von je 1000 weiblichen	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (—) 1910—1925 in v. H. der Bev. von 1910	Anteil der landw. Bevölk. an der Gesamtbevölkerung 1925
	Personen stehen im Alter von unter 15 Jahren			
Oberschlesien	337	297	— 3,0	30,7
Ostpreußen	315	283	— 5,2	45,4
Grenzmark	310	278	— 3,0	47,5
Westfalen	303	294	0,3	13,3
Hohenzollern	289	257	— 1,8	53,7
Niederschlesien	287	250	0,0	27,5
Pommern	282	257	2,2	41,2
Rheinprovinz	275	257	1,4	13,3
Hannover	271	254	0,0	31,7
Sachsen	269	246	— 0,5	23,5
Hessen-Nassau	265	237	1,1	21,9
Schleswig-Holstein	259	244	— 2,7	23,0
Brandenburg	245	229	5,2	31,5
Berlin	183	152	10,0	0,8

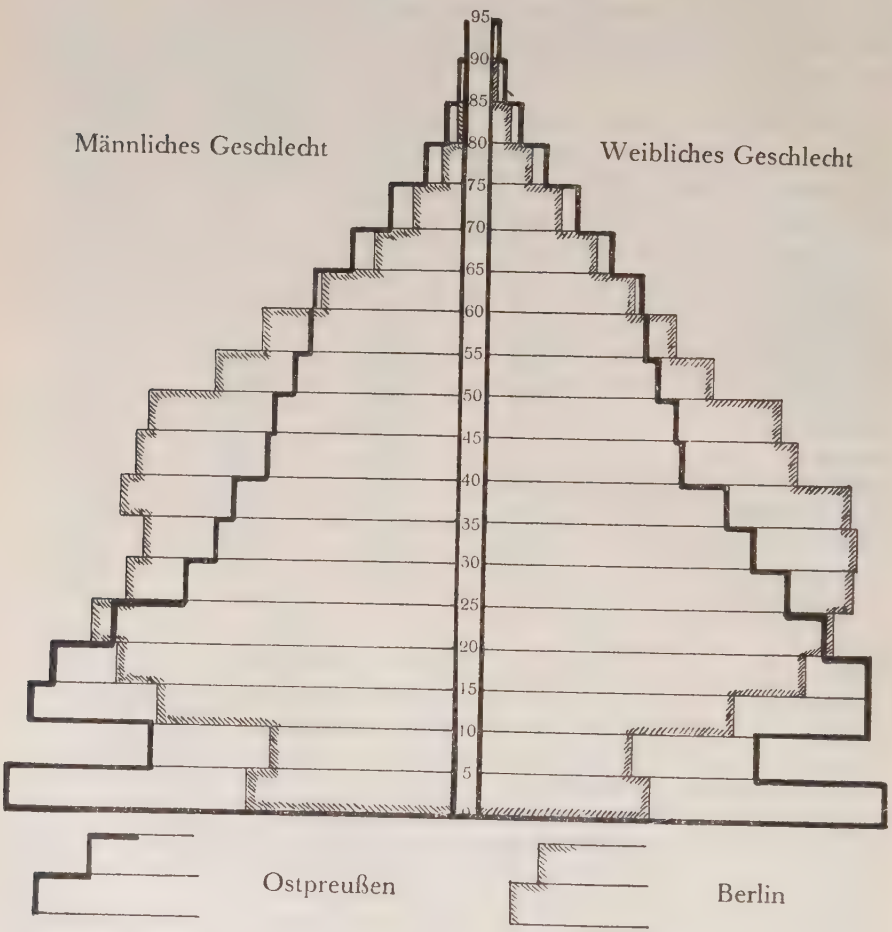
extreme Formen annehmen kann, verdeutlicht ein Schaubild (Übersicht XV, s. S. 80). Hier sind die Bevölkerungspyramiden von Ostpreußen und Berlin übereinander gezeichnet. Sie zeigen den Altersaufbau der Bevölkerungen beider Gebiete am Zähltage 1925. Um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, ist in der Zeichnung für Ostpreußen und Berlin die gleiche Bevölkerungszahl angenommen. Dadurch wird es möglich, den Unterschied des jeweiligen Anteils der einzelnen Altersstufen an der gesamten Bevölkerung aus dem Schaubild direkt abzulesen.

Die starke Einschnürung beider Pyramiden am Fuße (Altersklassen 5—10 Jahre) beruht auf dem Geburtenausfall während des Krieges. Es fällt aber auf, daß die Kinderbasis bei Ostpreußen sehr viel breiter ist als bei Berlin. Der Anteil der mittleren Altersstufen an der Gesamtbevölkerung ist bei der ostpreußischen Bevölkerung weit geringer als bei der Berlins. Diese Erscheinung

[72]) „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, II, Seite 572.

ÜBERSICHT XV

Altersaufbau der Bevölkerungen Ostpreußens und Berlins nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925[73]).



— sie tritt bei beiden Geschlechtern deutlich hervor — ist auf die Ab- bzw. Zuwanderungen zurückzuführen. Die etwas schwächere Besetzung der Altersklassen 25—50 beim männlichen

[73]) Gezeichnet nach den Zahlenangaben in „Statistik des Deutschen Reichs", Bd. 401, II; Seite 574/575.

Geschlecht, verglichen mit den entsprechenden des weiblichen, die bei Ostpreußen recht gut zu beobachten ist, hängt mit den Kriegsverlusten zusammen, durch die gerade diese Altersstufen betroffen wurden. Bei Berlin wurden die Kriegsverluste durch die starke Zuwanderung mehr als ausgeglichen. Erst die höchsten Altersstufen wieder (über 60 Jahre) sind in Ostpreußen stärker besetzt als in Berlin.

Wie in dem eben behandelten Beispiel wird auch bei den anderen Landesteilen in mehr oder minder abgeschwächter Form das Zusammenwirken von Zu- und Abwanderungen mit größeren und geringeren Geburtenziffern zu beobachten sein. Um die außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Erscheinung zu kennzeichnen, genügt ein Hinweis darauf, daß es sich bei den mittleren Altersklassen, bezüglich deren Ab- und Zuwanderungsgebiete so große Verschiedenheiten aufweisen, in der Hauptsache um die im Erwerbsleben stehenden Jahrgänge handelt, während die Personen der Altersstufen unter 20 und über 60 Jahre, soweit sie überhaupt erwerbstätig sind, meist als noch nicht bzw. nicht mehr vollerwerbsfähig anzusehen sind.

IX.

Ergebnis der Untersuchung.

Rückblickend kann man das Ergebnis vorstehender Untersuchung wie folgt zusammenfassen:

1. Die Wanderungsbilanz für den Gesamtzeitraum 1910 bis 1925 wird in ungewöhnlich starkem Maße durch politische Ereignisse bestimmt, die mit dem Weltkriege und seinem unglücklichen Ausgang für Deutschland zusammenhängen.

2. Als ausgesprochene Abwanderungsgebiete treten hervor: Ostpreußen und Oberschlesien im Osten, Schleswig-Holstein und der Regierungsbezirk Stade im Nordwesten und die Bezirke Trier und Koblenz im Südteil des Rheinlandes. Als ausgesprochenes Zuzugsgebiet hebt sich in der Mitte Preußens die Landeshauptstadt und der Regierungsbezirk Potsdam ab. Das ehemalige zweite preußische Hauptzuwanderungsgebiet, der rheinisch-westfälische Industriebezirk, hat an Bedeutung verloren.

3. Der Vergleich unserer Berichtsperiode mit dem fünfzehnjährigen Zeitraum 1895—1910 zeigt eine starke Nivellierung der Wanderungseffekte. Das gilt insbesondere für die Abwanderungsbezirke des Ostens, bei denen zahlreiche, die Abwanderung hemmende Momente auf der einen und die Überschwemmung mit Rückwanderern aus den Abtretungsgebieten auf der anderen Seite eine erhebliche Verkleinerung der Abwanderungsziffern zur Folge gehabt haben.

4. Während die meisten Großstädte ihre Stellung als Aufsaugungszentren für die Menschenüberschüsse anderer Landesteile — insbesondere des flachen Landes — auch im Berichtszeitraum zu behaupten vermochten, hatten Kiel, Wiesbaden und 9 Großstädte des Rheinlandes und Westfalens zum Teil sehr erhebliche Wanderungsverluste.

5. Die Betrachtung der Wanderungen nach Kreisen zeigt, daß die Abwanderungskreise stark überwiegen, daß also räumlich die Abwanderung die Regel war. Bei nur wenigen Landesteilen war in dieser Hinsicht ein einheitlicher Wanderungscharakter zu beobachten. In den meisten Provinzen und Bezirken lagen Zu- und Abwanderungskreise in buntem Gemisch nebeneinander.

6. Was die Anzahl und Herkunft der zugewanderten Personen anlangt, so zeigt die Befragung der Bevölkerung nach dem Wohnsitz bei Kriegsausbruch für die einzelnen Landesteile beachtliche Unterschiede. Die Zahl der Altansässigen war im Osten im

allgemeinen geringer als im Westen. Die Zahl der seit dem 1. August 1914 zugezogenen Binnenwanderer schwankte in den einzelnen Regierungsbezirken zwischen 6,1 und 19,7 v. H. der Wohnbevölkerung. Aus dem Verhältnis der aus der Heimatprovinz bzw. aus Landesteilen außerhalb der Heimatprovinz zugezogenen Personen zu einander können wegen zahlreicher störender Momente Schlüsse auf eine größere oder geringere Anziehungskraft der einzelnen Landesteile nicht abgeleitet werden. Dagegen ist bei den Großstädten fast durchgängig eine stärkere Anziehungskraft auf Wanderer entfernterer Landesteile zu beobachten als bei den Regierungsbezirken, in denen sie liegen.

7. Die Unterteilung des Berichtszeitraumes 1910—1925 durch Berücksichtigung der Zwischenzählung vom 8. Oktober 1919 läßt die außerordentliche Verschiedenheit der Wanderungstendenzen in den Teilabschnitten deutlich hervortreten. Während bei der Zählperiode 1910—1919 eine Umkehrung der Wanderungsrichtung gegenüber der Vorkriegszeit in mehr als der Hälfte der Regierungsbezirke zu beobachten ist, zeigt die Zeit nach 1919 wieder das charakteristische Wanderungsbild der Zeiten vor dem Kriege.

8. Noch in einer anderen Hinsicht ergibt sich für den Zählabschnitt 1910—1919 ein bemerkenswerter Unterschied zu den Zählperioden davor und danach. Im Kriegszählabschnitt ist eine starke Verminderung der Abwanderung vom Lande festzustellen, bisweilen ist sogar an ihre Stelle eine Zuwanderung in den ländlichen Gemeinden getreten.

9. Der Vergleich des Teilabschnittes 1919—1925 mit den Zählperioden vor dem Kriege ergibt bezüglich der Wanderungsverhältnisse auf dem Lande das gleiche Bild. In bezug auf die Entwicklung der städtischen Wanderung seit der Jahrhundertwende ist aber ein beachtlicher Unterschied zwischen den östlichen und den westlichen Landesteilen zu beobachten. Während im Westen die Wanderungsgewinne seit 1900 erheblich zurückgegangen sind, verzeichnen die städtischen Gemeinden des Ostens eine Zunahme der Gewinne.

10. Für den Gesamtzeitraum 1910—1925 ist der Nachweis von Beziehungen zwischen Wanderungsgröße und wirtschaftlichen Ursachen nicht zu erbringen. Dagegen spricht die Feststellung von Zusammenhängen zwischen der Höhe der Wanderungsziffern und dem Grade der Wohlhabenheit bei den Bevölkerungen der verschiedenen Regierungsbezirke im Zählabschnitt 1919—1925 für die Annahme, daß für die Wanderungen in der Nachkriegszeit in der Hauptsache wirtschaftliche Motive bestimmend gewesen sind.

Lebenslauf.

Am 7. Februar 1899 in Marienborn, Kreis Siegen (Westfalen) geboren, verbrachte ich Kindheit und Schulzeit in Oberschlesien, wohin meine Eltern im Jahre 1900 übergesiedelt waren. Nach Ablegung der Reifeprüfung am humanistischen Gymnasium in Königshütte OS. trat ich im September 1918 in den vaterländischen Hilfsdienst. Vom Januar bis einschließlich April des Jahres 1919 gehörte ich als Freiwilliger dem Oberschlesischen Freiwilligenkorps (Res.-Inf.-Regt. 19) an. Im Sommersemester 1919 ließ ich mich an der Technischen Hochschule Breslau einschreiben, um Maschinenbau zu studieren. Nach mehrfachen Unterbrechungen gab ich dieses Studium schließlich ganz auf. In den Zwischenzeiten (insgesamt 3½ Jahre) war ich auf verschiedenen Gruben- und Hüttenwerken Oberschlesiens praktisch tätig.

Im Herbst 1926 entschloß ich mich von neuem zum Studium. Ich ließ mich bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau einschreiben und widmete mich in erster Linie dem Studium der Wirtschaftswissenschaften. Am 24. Juni 1929 bestand ich die Diplomprüfung für Volkswirte und am 25. Februar 1932 die mündliche Doktorprüfung.

Falkenberg OS., im April 1932.

Emil Oft.